

Kapitel 2: Friedensprozeß in Israel und Palästina

Nach Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung« vom 13. September 1993 sprach die westliche Öffentlichkeit von einem »Friedensprozeß« im Nahen Osten. Vor allem in den USA und Europa neigten Politiker und Medien dazu, sich an alles zu klammern, was ein Ende des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern versprochen hat. Eine sachliche Auswertung der Abkommen läßt jedoch nur den Schluß zu, daß die völkerrechtswidrige Besetzung neu geordnet und »legalisiert« wurde, denn die unterzeichneten Dokumente haben die politische, wirtschaftliche und soziale Unterwerfung der Palästinenser festgeschrieben. Folglich mußte dieser Prozeß in einem Desaster enden.

1. Die »Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung« vom 13. September 1993

Führende Politiker Israels machten aus ihrer Einschätzung der PLO kein Hehl. So erklärte Shimon Peres am 1. September 1993 in der Fernsehsendung Moked: »Es gab bei ihnen eine Veränderung, nicht bei uns. Wir verhandeln nicht mit der PLO, sondern nur noch mit einem Schatten ihrer selbst.« Am gleichen Tag sagte General Uri Orr im israelischen Militärrundfunk: »Zum ersten Mal wurde eine Situation geschaffen, in der jemand anderer die israelischen Sicherheitsinteressen teilt.« Und Yitzhak Rabin am 3. September 1993 in der Tageszeitung »Yediot Aharonot«: »Ich hoffe, daß wir einen Partner finden, der die Verantwortung über die internen Probleme in Gaza übernimmt, ohne Probleme durch das Oberste Gericht, B'Tselem und alle ›blutenden Herzen‹ zu machen.«

Bevor die »Prinzipienerklärung« in Kraft treten konnte, mußten beide Seiten Briefe austauschen, in denen sie sich gegenseitig anerkannten. Der zentrale Satz in Arafats Brief an Yitzhak Rabin lautet: »Die PLO erkennt das Recht des Staates Israel auf Existenz in Frieden und Sicherheit an.«¹ Rabin hat dagegen nur »die PLO als die Vertretung des palästinensischen Volkes« anerkannt und sich bereit erklärt, mit dieser Verhandlungen zu beginnen. Die Zitate machen die Asymmetrie zwischen den beiden Kontrahenten deutlich: Die PLO erkennt Israel als Staat und damit seine Souveränität an, Israel jedoch nur eine Organisation und keine Souveränität der Palästinenser. Eine vergleichbare Ebene wäre erreicht, wenn Arafat die Arbeitspartei als Vertreter der Israelis anerkannt hätte. Zu Unrecht behauptet deshalb Uri Avnery, daß »sich beide Völker, Israelis und Palästinenser, anerkannt haben«², als die Briefe

ausgetauscht wurden. Die Korrespondenz zwischen Rabin und Arafat ist vom rechtlichen Standpunkt wichtiger als die »Prinzipienerklärung«, weil sie den Weg für die Unterzeichnung dieses Dokuments erst ebnete.

Die PLO erkannte einen Staat an, dessen Grenzen nicht festgelegt sind. Sie hat somit akzeptiert, daß Israel jenseits der Grenzen von 1967 Souveränität beanspruchen kann, d.h. auch Souveränität über die Westbank und den Gaza-Streifen. Das Recht Israels auf Frieden und Sicherheit erhielt offiziell Vorrang vor dem Recht der Palästinenser, für ihre Rechte zu kämpfen, wie auch der damalige amerikanische Außenminister James Baker Anfang September 1993 in einem Fernsehinterview feststellte. Anfang November 1993 erklärte er vor der National Association of Arab-Americans (NAAA): »Falls die Autonomie nicht die Sicherheit Israels erhöht, wird es keine palästinensische Autonomie geben.«

In Arafats Brief werden Terrorismus und Gewalt als Mittel der Politik abgelehnt. Verstöße dagegen sollen mit »disziplinarischen Maßnahmen« geahndet werden. Die Zusicherung, alle Artikel in der Palästinensischen Nationalcharta, die das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zu streichen, kam der Erklärung eines Verzichts auf Widerstand gegen die israelische Besetzung gleich. Da Arafat die israelische Sprachregelung in bezug auf »Terrorismus« übernommen hatte, wurde auch die Intifada zum »Terrorismus« deklariert. Der PLO-Führer hat die Palästinenser in der Westbank und dem Gaza-Streifen mehrfach dazu aufgerufen, »auf Terror und Gewalt zu verzichten« und sich aktiv an der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen.

Arafat äußerte damals in einem Brief an den norwegischen Außenminister Johan Joergen Holst die »feste Überzeugung«, daß mit der Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung« eine »neue Ära in der Geschichte des Nahen Ostens« beginnt.

Das Abkommen war jedoch selbst innerhalb Arafats Fatah-Bewegung umstritten. Zu den Kritikern zählten Farouq Qaddumi, Hani al-Hasan und Abbas Zaki. Dennoch stimmte auf der Sitzung des PLO-Zentralkomitees im Oktober 1993 eine Mehrheit von 68 zu 8 Stimmen für die »Prinzipienerklärung«. 25 Mitglieder, die hauptsächlich zur DFLP und PFLP zählten, boykottierten das Treffen. Für sie war es eine »Vereinbarung der Schande«. Der palästinensische Nationaldichter Mahmoud Darwish trat aus Protest aus dem PLO-Zentralkomitee aus. Zu den Kritikern der ersten Stunde zählte auch Edward Said. Er bewertete das Abkommen als eine »palästinensische Kapitulation, ein palästinensisches Versailles«³. Und am 9. September 1993 schrieb er in der Zeitung »The Guardian«, daß »die

PLO sich selbst von einer Befreiungsbewegung in eine Art Kleinstadt-Regierung verwandelt« habe. Sie hätte seit mehr als einem Jahrzehnt eine bessere Vereinbarung mit Israel bekommen können als diesen modifizierten Allon-Plan. 1977 habe Arafat die von Anwar al-Sadat angebotene Gaza-Jericho-Option zurückgewiesen. »Das Endergebnis führte zur schlimmsten politischen Spaltung der PLO in ihrer 30jährigen Geschichte.«⁴ Avi Shlaim bewertete die »Prinzipienerklärung« als eine »eine Agenda für Verhandlungen, bestimmt durch einen engen Zeitplan«⁵. Diese Einschätzung ist nur zum Teil korrekt, denn sie enthält durchaus elementare Konzessionen von palästinensischer Seite, die völkerrechtlichen Charakter haben. So erhielten zum Beispiel die illegalen Siedlungen eine Legitimität, die sie vorher nie hatten.

Burhan Dajani vertritt die These, daß in der »Prinzipienerklärung« direkter über die Rechte der Palästinenser gesprochen werde und ein Bezug zum Land bestehe.⁶ Während Rabin keinerlei Verbindung zwischen den Briefen und der »Prinzipienerklärung« gezogen hat, versuchte Arafat ständig, darauf Bezug zu nehmen.

Die »Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung« besteht aus 17 Artikeln, vier Anhängen, in denen Ausführungsbestimmungen über Art und Bedingungen von Wahlen, über den Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen und der Stadt Jericho, über Fragen der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet und über die Kooperation in regionalen Entwicklungsprogrammen niedergelegt sind, sowie einer von den Vertragsparteien ebenfalls in Washington unterzeichneten Niederschrift über die »Prinzipienerklärung«.

Die israelische Regierung betrachtet sich als die »einzig legitime« Autorität. Dies bedeutet, daß Israel gegenüber einer Organisation, die keinen Staat repräsentiert, die Souveränität ausübt. Diese Ungleichgewichtigkeit prägt alle Dokumente.

In der Präambel zur »Prinzipienerklärung« wird zwar von der gegenseitigen Anerkennung ihrer »legitimen und politischen Rechte« gesprochen. Artikel III Abs.3 handelt von der »Verwirklichung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seiner gerechtfertigten Bedürfnisse«. Was diese »legitimen Rechte« beinhalten, wird jedoch nicht exakt definiert. Somit bleibt offen, ob sie mit den politischen Rechten Israels identisch sind oder mit »religiösen Ansprüchen«, die von der Arbeitspartei zwar nie öffentlich vertreten, aber permanent durch politische Fakten untermauert wurden, indem sie die Siedlungspolitik vorantrieb.

Ziel dieser Vereinbarung ist laut Artikel 1, für das palästinensische Volk eine Palästinensische Interimsbehörde (Rat) für eine Zeit von fünf Jahren einzurichten und auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 zu einer dauerhaften Übereinkunft zu kommen. Artikel XIII Abs.2 sieht den Rückzug israelischer Streitkräfte aus bewohnten Gebieten vor, Artikel XIV f. den Rückzug aus dem Gaza-Streifen und Jericho.

Die Interimsbehörde (Rat) wird von den Palästinensern aus der Westbank und dem Gaza-Streifen gewählt, muß aber von Israel bestätigt werden. (Nach Abschluß einer gesonderten Vereinbarung können die Bewohner Ost-Jeruselems an den Wahlen teilnehmen.) Der Rat erhält Befugnisse in folgenden Bereichen (Artikel VI Abs.2): Bildungswesen und Kultur, Gesundheitswesen, Sozialfürsorge, direkte Besteuerung und Tourismus. Die Übertragung weiterer Rechte ist Verhandlungssache.

Um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, muß der Rat eine »starke Polizei-Truppe« aufstellen (Artikel VIII); für die äußere Sicherheit sowie die »allumfassende Sicherheit« bleibt Israel zuständig. Israelische Militärverordnungen bleiben in Kraft. In einem gesonderten Abkommen (Artikel VII Abs.1) sollen die Struktur des Rates, die Zahl seiner Mitglieder sowie die Übertragung von exekutiven und legislativen Befugnissen und Zuständigkeiten festgelegt werden. Entscheidungen des palästinensischen Rates bedürfen der Zustimmung Israels. Mögliche Streitigkeiten sollen in einem israelisch-palästinensischen Verbindungsausschuß geregelt werden. Kann man sich dort nicht einigen, beginnt ein Schiedsverfahren in einem Schlichtungsausschuß (Artikel XV Abs.2 und 3). Zur Förderung des Wirtschaftswachstums sollen folgende Institutionen eingerichtet werden: eine palästinensische Elektrizitätsbehörde, eine Gaza-Hafenbehörde, eine Entwicklungsbank, eine Export-Förderungs-Behörde, eine Umweltbehörde, eine Landbehörde und eine Behörde für Wasserbewirtschaftung.

Der Rat ist tatsächlich eine rein »zeremonielle Einrichtung«,⁷ denn die eigentliche Macht üben vier Ausschüsse aus, die paritätisch besetzt sind: der Gemeinsame Israelisch-Palästinensische Verbindungsausschuß, der Ständige Israelisch-Palästinensische Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, ein Ständiger Ausschuß, hier sind Jordanien und Ägypten zur Teilnahme aufgefordert, sowie ein Palästinensisch-Israelischer Ausschuß für Koordination und Zusammenarbeit im Bereich beiderseitiger Sicherheitsfragen. Die »Prinzipienerklärung« legt zwei Phasen fest: eine Interims- und eine Permanente Statusphase. Die Statusendverhandlungen sollten spätestens nach zwei Jahren beginnen, die Interimsphase sollte fünf Jahre dauern.

Die Palästinenser haben im wesentlichen nicht mehr erreicht als die Verwaltung ihrer persönlichen Angelegenheiten und den Aufbau eines neuen Repressionsapparates in Form einer starken Polizeitruppe, zwölf Geheimdiensten sowie einer bürokratischen Klasse, die sich auf Kosten der eigenen Bevölkerung in schamloser Weise bereichert. Nach der Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung« hat sich im Gaza-Streifen nichts geändert. Alle Siedlungen blieben erhalten. Sie sind exterritorial und unterliegen israelischer Jurisdiktion. Die israelischen Soldaten wurden – wie vereinbart – innerhalb von zwei Monaten an die Ränder von Städten und in die Umgebung von Siedlungen umgruppiert. Dadurch gab Israel zwar erstmals nach mehr als 27 Jahren ideologische und praktische Positionen teilweise auf, die bisher immer als irreversibel galten, aber den Palästinensern wurde lediglich »Teilsouveränität« unter Oberaufsicht der Israelis zugestanden. Alle israelischen Militärverordnungen sind in Kraft geblieben, neue sind hinzugekommen, und die Arafat-Behörde muß sie umsetzen. Über 40 Prozent des Gaza-Streifens haben die Palästinenser keine Verfügungsgewalt. Sie sind für Siedler und Armee reserviert. Auf dem Rest leben zirka eine Million Palästinenser. Israel behält sich das alleinige Recht vor, über Außenpolitik, Wirtschaft und alle Belange der nationalen Sicherheit zu bestimmen.⁸ Die Palästinenser haben Israel vom Status des Okkupanten befreit, ohne daß es dafür einen adäquaten Preis gezahlt hat. Abgesehen von den fünf Sachgebieten, die ihnen laut Artikel VI der Erklärung übertragen wurden, bleibt alles weiteren Verhandlungen vorbehalten. Von den 5000 Gefangenen wurde knapp die Hälfte freigelassen.

Ohne die Ausklammerung zentraler Streitfragen wäre die »Prinzipienerklärung« nicht zustande gekommen. Der Status von Jerusalem, die Siedlungen, das Selbstbestimmungsrecht, das Rückkehrrecht der Flüchtlinge von 1967, Wasser- oder Entschädigungsfragen, Außenbeziehungen sowie »andere Fragen von gemeinsamem Interesse« wurden auf die Statusendverhandlungen vertagt. Israelische Kommentatoren haben den Vertrag korrekt bewertet: Aharon Barnea in »Yediot Aharonot« am 10. September 1993: »Durch die Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung« haben die Palästinenser die Niederlage ihrer Prinzipien, die sie in ein kämpfendes Volk verwandelt hatten, akzeptiert: das Recht auf Rückkehr, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Unabhängigkeit. Indem die Palästinenser Israel anerkannten, haben sie ihrer Enteignung zugestimmt.« Gideon Eshet in derselben Zeitung vom 14. September 1993: »Nicht nur werden sie keinen Staat haben, sie werden noch nicht einmal eine Bananenrepublik sein.«

Rabin bestätigte im Interview vom 29. September 1993 mit der Zeitung »Davar«, daß es um einen »israelischen Frieden« ging: »Ich bin gegen die Entstehung eines unabhängigen Staates zwischen uns und Jordanien. Ich bin gegen das ›Recht auf Rückkehr‹ der Flüchtlinge und Vertriebenen. Und deshalb findet sich zu diesen Fragen keine einzige Silbe in der Grundsatzerklärung. Das war kein Zufall; wir haben es so geplant. Was Jerusalem betrifft, haben wir erreicht, daß die Stadt während der gesamten Verhandlungsperiode ungeteilt unserer Souveränität und Kontrolle untersteht. Die palästinensische Seite hat während der Interimsphase nicht den geringsten Einfluß in Jerusalem. Auch die Verantwortung für die Sicherheit der israelischen Siedler in den Gebieten bleibt uns überlassen. Die Siedlungen selbst werden niemals angetastet werden.« Kurz darauf sagte er im gleichen Interview: »Die endgültige Lösung für den Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis besteht nicht in einem palästinensischen Staat, sondern in einem palästinensischen Gebilde ohne nationalen Status ... Als Hauptstadt für ihr Gebilde können sich die Palästinenser Jericho oder Nablus aussuchen, wenn sie wollen. Das ist ihr Problem, nicht meines.« Tanya Reinhardt zog am 7. April 1997 in »Yediot Aharonot« ein nüchternes Resümee: Dieser Prozeß verwandelte einen »nationalen Führer in einen rührenden Herrscher eines Protektorates«.

Beide vertragsunterzeichnende Seiten sollten gemeinsam die Opposition gegen diesen Friedensprozeß bekämpfen. Für die israelische Regierung war das Hauptziel dieses und aller weiteren Abkommen die Unterdrückung des Terrorismus. Am 2. September 1993 lautete die Schlagzeile in »Yediot Aharonot«: »Der Shabak (der israelische Inlandsgeheimdienst – L.W.) und die PLO wollen in Sicherheitsfragen in Gaza kooperieren.«

Die Vorteile des Abkommens für Israel wurden in den Medien groß herausgestellt. So kommentierte der Journalist Haim Baram in »Kol Ha'ir« am 3. September 1993: »Shimon Peres beruhigte diese Woche den Likud mit intelligenten und rationalen Argumenten. Er betonte, daß sein Autonomieplan, einschließlich des ersten Schrittes in Gaza und Jericho, weitaus moderater sei als Menachem Begins Angebot im Camp-David-Abkommen. Diese Autonomie ist personal und nicht territorial, die Besatzungsmacht wird überall sein, die Siedlungen und die Zufahrtsstraßen bleiben in israelischer Hand. Tatsächlich deutete Peres an, daß wir erfolgreich waren und aus Arafats enormer Schwäche einen Vorteil zogen, indem wir seinen Sturz als PLO-Vorsitzender abgefedert und dafür dieses Kapitulationsabkommen billig bekommen haben. Die domestizierte PLO wird Hamas für uns unterdrücken. Wir haben ihnen keinen Palästinenserstaat versprochen, und über das vereinigte Jerusalem wird noch nicht einmal diskutiert.« Meron Benvenisti schrieb in »Ha'aretz« vom 9. September 1993, daß die

Vereinbarung ein mutiger Schritt, aber seine symbolische Bedeutung noch größer sei, weil es »das zionistische Projekt legitimierte, das für die Palästinenser ein Desaster bedeutete«. Amos Oz sagte in einem Interview am 14. September 1993 in der BBC: »Dies ist der zweitgrößte Sieg in der Geschichte des Zionismus.« Oder Yacov Ben Efrat: »Zum zweiten Mal hat der zionistische Kolonialismus einen Moment der Schwäche genutzt. Er hat (den Palästinensern – L.W) ein Abkommen aufgezwungen, das einen Handel mit der Führung, aber keinen Frieden mit dem Volk schließt. Eine genuine Lösung ist in weitere Ferne gerückt als jemals zuvor. Jetzt ist ein Wendepunkt erreicht, wenn die PLO selbst in eine Rolle schlüpft, in der sie eine inakzeptable Lösung ihrem eigenen Volk aufzwingen muß. Es ist ein Wendepunkt, der nur im Chaos und der Vergessenheit enden kann.«⁹ Die PLO hat Israel nicht nur die Tür zur arabischen Welt aufgestoßen, sondern das Land aus der Isolation in der Region geführt, was sich in der diplomatischen Anerkennung durch Staaten wie China, Indien sowie einem großen Teil der Länder der Dritten Welt niederschlug.

Benvenisti verweist in einem Kommentar für »Ha'aretz« vom 29. September 1993, auf die neue Rhetorik der Besatzer: »Bis jetzt wurde die israelische Ausbeutung, Diskriminierung und Beherrschung der besetzten Gebiete aus Sicherheitsgründen, nationalistisch-politischen oder altruistischen Gründen gerechtfertigt. Jetzt wird ein neues Wörterbuch zusammengestellt, um die gleiche Politik zu rechtfertigen, aber mit den umgekehrten Argumenten: jetzt tun wir es zum Nutzen der Palästinenser, für den Erfolg des Friedensprozesses, es ist so, daß die Palästinenser es schließlich begriffen haben, was ihre Vorfahren sich geweigert haben zu verstehen, daß nämlich das zionistische Unternehmen hier ist, um sie aus ihrer Misere und Rückständigkeit zu befreien und sie uns dafür ewig dankbar sein müssen.«

Die Diskrepanz zwischen der realen Entwicklung und öffentlicher Perzeption konnte nicht deutlicher zutage treten als in den Schlagzeilen der »taz« vom 21. Oktober 1993: »Autonomie zwischen Stacheldraht«, und »Feinde nennen sich Freunde« in der »FAZ«. Amos Wollin berichtet über die Pläne, einen 61 Kilometer langen Zaun um den 352 Quadratkilometer großen Gaza-Streifen zu errichten und die militärischen Verbindungsstraßen durch Wachtürme und Beobachtungsposten zu sichern. (Letzteres wurde realisiert.) Arafats Behörde werde keinerlei Befugnisse über die Kontrolle der Außengrenzen haben. Jörg Bremer dagegen schrieb, daß die alten Begriffe nicht mehr gelten und aus ehemaligen Feinden Freunde geworden seien: »Israel erkennt das Recht auf Familienzusammenführung an und läßt großzügig Araber in die besetzten Gebiete zurück. Flüchtlinge aus dem Unabhängigkeitskrieg

1948 werden mit Reparationen rechnen können ... statt verschlossener Tore nun weite Perspektiven«, so der FAZ-Journalist. Beide Behauptungen trafen nicht zu; das Gegenteil ist eingetreten. Auch hat sich Israel nie »offen als Besatzer auf fremdem Land dargestellt«, wie Bremer behauptet, im Gegenteil, mit keinem Wort wird zugestanden, daß es sich um besetztes Gebiet oder um fremdes Land handelt. Die Vision vom »jüdischen Boden« und dem »heiligen Land Israel« ist nicht hohl, wie Bremer behauptet, vielmehr hat die Opposition bereits zu diesem Zeitpunkt von »Verrat an Eretz Israel« gesprochen.

Der in der »Prinzipienerklärung« vorgesehene Terminplan konnte nicht eingehalten werden. Das »Gaza-Jericho-Abkommen« wurde erst am 4. Mai 1994 in Kairo paraphiert, ursprünglich war der 13. Dezember 1993 vorgesehen. Die Wahlen zum palästinensischen Rat fanden erst am 20. Januar 1996 statt, laut Abkommen sollten sie bis zum 13. Juli 1994 abgehalten werden. Die Verzögerungen hatte Rabin mit dem Ausspruch gerechtfertigt »Es gibt keine heiligen Daten.«

Der Ministerpräsident konnte die »Prinzipienerklärung« mit 61 Ja-Stimmen gegen 50 Nein-Stimmen bei acht Enthaltungen sowie einem Abwesenden durch das israelische Parlament bringen. Der eindeutige Verlierer zur damaligen Zeit war der Likud-Block. Seine ablehnende Haltung fand zunächst keinen Widerhall in der israelischen Öffentlichkeit. Sie unterstützte den Friedensprozeß, solange sich Fortschritte abzeichneten. Die Linke war mit ganzem Herzen für diesen Prozeß, die Rechte zerstritten. Wie weit diese Unterstützung ging, zeigt ein Bericht in »Ha'aretz« vom 8. Oktober 1993, in dem eine Gruppe Intellektueller, zu denen auch die Schriftsteller Amos Oz und Abraham B. Yehohsua gehörten, sich für die »Sicherheit und das Wohlergehen der Israelis« aussprachen, die in »Judäa, Samaria und Gaza« leben. Die Präsenz der Siedler sei »wichtig für den Frieden«. Laut einem Artikel vom 4. Oktober 1993 in »Hadashot«, versicherte Yehohsua den Siedlern in einem »leidenschaftlichen Telefonanruf«: »... falls ihnen auch nur ein Haar gekrümmt wird, unterstütze ich ihr (der Palästinenser L.W.) Bombardement«. Obwohl heftigst kritisiert, hat Yehohsua diese Worte nicht zurückgenommen. Er meinte, die Siedler würden Israel veranlassen, die »palästinensische Demokratie zu beaufsichtigen«. Hat nicht die israelische Besatzungspolitik über 34 Jahre die Menschenrechte der Palästinenser mit Füßen getreten? Die Siedler drangen in den Lebensraum der Palästinenser ein, ihre Präsenz unterstützt die Terrorisierung und Enteignung der einheimischen Bevölkerung. Yehohsua war derjenige »Linke« in Israel, der permanent gefordert hatte, die »Palästinenser sollten aus seinem Blickfeld verschwinden«. In einer berühmten Debatte zwischen Anton Shamas und Yehoshua 1990 schlug letzterer vor, Shamas

sollte »doch in einen Palästinenserstaat gehen«, falls er sich in Israel nicht wohl fühle. Weder Oz noch Yehoshua verurteilten die Unterdrückung der Palästinenser durch die israelische Regierung.

Vor dem 13. Dezember 1993, dem ursprünglich anvisierten Unterzeichnungstermin, nahmen die Übergriffe extremistischer Siedler gegenüber der palästinensischen Bevölkerung und die Gewalt der Armee in den besetzten Gebieten zu. In den letzten beiden Novemberwochen machten Siedler und Armee regelrecht Jagd auf »gesuchte Personen«, insbesondere auf radikale Hamas- und PFLP-Mitglieder. Einer der meistgesuchten Terroristen, Imad Aqel, der den Iz-a-Din-al-Qassem-Brigaden angehörte, wurde von israelischen Sicherheitskräften in Gaza-Stadt erschossen. Sein Tod führte zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften. Als das Mitglied der Fatah-Falken Ahmad Abu Rish erschossen wurde, nachdem sich Mitglieder der Organisation freiwillig den Israelis gestellt hatten, war der Gaza-Streifen in Aufruhr. Flugblätter tauchten auf, in denen Fatah-Aktivisten für eine Eskalation der Intifada eintraten. Mitglieder der zukünftigen Arafat-Bürokratie konnten jedoch eine Eskalation verhindern. Am 30. November 1993 traf sich Mohammad al-Desouki, Generalsekretär der Fatah, in Khan Yunis mit General Matan Vilnai, dem israelischen Kommandeur im Gaza-Streifen. Der Palästinenser versprach, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Der Siedlungsbau und die Landenteignungen gingen weiter. Erste Berichte über den Bau eines separaten Straßensystem für 700 Millionen US-Dollar für die Siedler wurden publik.

Am 20. Januar 1994 berieten US-Präsident Bill Clinton und der syrische Präsident Hafes al-Assad in Genf über Modalitäten eines israelischen Rückzugs vom Golan und eventuelle syrische Konzessionen. Die Annexion des Golan war in der Resolution 497 vom 17. Dezember 1981 vom UN-Sicherheitsrat als »null und nichtig und ohne völkerrechtliche Wirkung« beurteilt worden. Durch eine von Rabin vorgeschlagene Volksabstimmung könnte Israel keinen Erwerbstitel erlangen, da die ursprüngliche Bevölkerung befragt werden müßte, die durch die israelische Armee vertrieben wurde. Die Siedler auf dem Golan sind nicht stimmberechtigt. Eine rein innerstaatliche Abstimmung aus politischen Gründen ist völkerrechtlich irrelevant. Sollte solch ein Referendum negativ ausgehen, könnte keine israelische Regierung den Golan im Zuge eines Friedensvertrages an Syrien zurückzugeben. Damit hätte eine solche Volksabstimmung rechtswidrige Folgen, und zwar die Aufrechterhaltung der Besetzung fremden Territoriums, die mit dem Wegfall der Bedrohung ihren Grund verlöre, schrieb Ulrich Fastenrath in der »FAZ« vom 22. Januar 1994.

Die israelischen Siedler nahmen das Gesetz des Handelns in ihre Hand. Palästinenser wurden beschimpft, geschlagen und mit Steinen beworfen, ihre Häuser und Fahrzeuge zerstört und der Gemüsemarkt in Hebron verwüstet. Fotografen durften die Siedler sogar bei ihren Schießübungen auf dem zentralen Gemüsemarkt fotografieren. Die Armee schritt nicht ein. Die Soldaten mußten Siedler bei ihren freitäglichen Ausflügen zu jüdischen historischen Stätten begleiten, die Einhaltung der Gebetsanordnungen in der Machpela-Höhle überwachen und Palästinenser aus ihren Häusern und Geschäften vertreiben. Zwischen September und Dezember 1993 kamen zehn Palästinenser zu Tode.

Am 26. Januar 1994 gründete eine neue radikale Siedlergruppe »Zu Arzeno« (Das ist unser Land) in Hebron eine neue Siedlung mit Namen »Givat Lapid«, genannt nach Mordechai und Shalom Lapid, die von Palästinensern umgebracht worden waren.

Der Leiter des islamischen Waqf und des »Höheren Islamischen Rates« in Jerusalem schrieb am 16. Oktober 1993 an Ministerpräsident Rabin: »Eine Anzahl jüdischer Siedler hatte am Freitag, dem 8. Oktober 1993, sechs palästinensische Wachen und einen Gläubigen angegriffen. Als der Ruf zum Abendgebet erschallte, griff Baruch Goldstein den Muezzin an, der daraufhin den Ruf plötzlich unterbrach. Am Dienstagabend, dem 14. Oktober 1993, schüttete er brennbare Flüssigkeit auf den Teppich der Moschee. Nur der Aufmerksamkeit der Wachen und der Gläubigen ist es zu verdanken, daß nichts Schreckliches passiert ist. Diese täglichen Schändungen der Ibrahimi-Moschee können nicht ignoriert werden. Leider haben die israelischen Behörden nie etwas gegen dieses feindselige Verhalten der Siedler unternommen ... Wir hoffen, daß die Behörden gegen diese aufstachelnden und feindseligen Aktionen, die sich gegen die Religionsfreiheit der Muslime und ihr Recht auf die umfassende Nutzung ihrer Moschee richten, etwas unternehmen werden.«¹⁰ Niemand konnte deshalb überrascht sein, als Baruch Goldstein am 25. Februar 1994 in der Ibrahimi-Moschee in Hebron 29 betende Muslime erschöß. Einige palästinensische Quellen behaupten, daß auch herbeigeeilte Soldaten und Siedler wahllos in die Moschee feuerten. Während der sich anschließenden Proteste erschöß die israelische Armee nochmals die gleiche Anzahl Palästinenser.

Goldstein stammte aus den USA. Er lebte und arbeitete als Arzt in der Extremistensiedlung Kiryat Arba vor den Toren Hebrons. Am Morgen vor der Tat hatte er seine Reservistenuniform angezogen, sein Gewehr umgelegt und ging in die Machpela-Höhle, den zentralen heiligen Ort für Juden und Muslime. Dort sind die Gräber der auch von den Muslimen verehrten Erzväter Abraham, Isaak und Jakob sowie der Erzmütter Sarah, Rebekka

und Lea. Es ist üblich, daß die Siedler beim Gebet ihre Waffen tragen. Goldstein verschob mehrere Magazine, bevor er vermutlich von dort weilenden Palästinensern umgebracht wurde. Goldstein war für seinen Haß auf die Araber bekannt. Am 1. März 1994 zitierte die Zeitung »Yediot Aharonot« folgende Passage aus einem Gespräch Goldsteins mit dem Militärrabbiner Gad Navon: »Ich bin als Arzt nicht bereit, jemanden zu behandeln, der kein Jude ist. Ich kenne nur den Rambam und Kahane an.« »Man hat mir gesagt, Sie seien nicht bereit, die drusischen Soldaten in unserer Armee zu behandeln«, fragte General Navon. »Stimmt«, erwiderte Goldstein. Navon erwiderte: »Sie sind verpflichtet, jeden Menschen zu behandeln – auch wenn er ein Araber ist, ein Kriegsgefangener oder sogar ein Terrorist. Das ist mein halachisches Urteil, dem Sie verpflichtet sind. Übrigens – Sie haben einen ärztlichen Eid abgelegt, und Sie sind ihm verpflichtet.« Da Goldstein sich weiterhin weigerte, war er in eine Panzereinheit überstellt worden.

Einige Monate vor dem Attentat hatte Goldstein gegenüber einem amerikanischen Fernsehteam von einer Zeit des Tötens und einer Zeit des Heilens gesprochen. Für ihn waren die Araber »Nazis« und die »Feinde der Juden«, mit denen es kein Zusammenleben geben könne. »Sie haben uns krank gemacht, die Araber sind wie eine Epidemie. Sie sind Bazillen, die uns infizieren.«

Die israelische Regierung war sofort um Schadensbegrenzung bemüht. Einhellig wurde das Massaker als die Tat eines »hirnverbrannten Psychopathen«, so Rabin, verurteilt. Selbst Vertreter einiger Siedlerorganisationen distanzieren sich von dem Attentäter. Felicia Langer charakterisierte in ihrer umfangreichen Studie zum Goldstein-Massaker das Verhalten der Regierung: »Israels positives Bild im Ausland zu wahren, war nur eine Komponente der Reaktion der Regierung. Die andere war darauf ausgerichtet, die symbiotische Beziehung zwischen Armee und Siedlern in den besetzten Gebieten zu verschleiern.«¹¹ Nach Langer begann die Regierung sofort nach dem Massaker, Spuren zu vertuschen. Das Verbrechen sei von der Frage der Siedlungen getrennt worden, da für letztere die Regierung die Verantwortung trage. Die israelische Regierung verbot nach dem Attentat die rechtsextremistischen Siedlergruppen Kach und Kahane-Chai, zu denen Goldstein gehört hatte.

Paradoxerweise riegelte die israelische Armee nach dem Massaker die gesamte Westbank und den Gaza-Streifen völlig ab, was der palästinensischen Wirtschaft beträchtlichen Schaden zufügte. Über Hebron wurden eine sechswöchige Ausgangssperre verhängt, um die 450 Siedler zu schützen. Die Angehörigen der Opfer des Massakers wurden obendrein noch

bestraft. Die Vorgänge in Hebron sowie die sich anschließenden Repressionen demonstrierten den Palästinensern, daß die Abkommen weder die Existenz der Siedlungen noch die Anwesenheit der israelischen Besatzungsarmee die die Siedlungen weiter schützen mußten, in Frage stellten.

Israel Shahak erläuterte am 8. April 1994 in der Zeitung »Davar« die religiösen Motive der Tat. Die orthodoxe Richtung des Judentums, die sich auf den Rambam (Maimonides - jüdischer Philosoph aus Cordoba) bezieht, verbiete einem jüdischen Arzt, Nichtjuden zu heilen. Dies sei nur erlaubt, wenn einem Juden selber Gefahr drohe oder eine solche abgewendet werden könne. Den Standpunkt teilten alle Orthodoxen und die meisten Nationalreligiösen. Diese Gesetze beeinflussten aber auch jene Säkularen, die sich nicht gänzlich von der Religion befreit hätten, speziell in ihrem Verhältnis zu den Nichtjuden, so Shahak.

Die Bestattung des Massenmörders geriet zu einer eindrucksvollen Demonstration des jüdischen Extremismus. Die Menge rief immer wieder: »Welch ein Held«, »Welch ein Gerechter!«, »Er hat es für uns alle getan.« Seine Grabinschrift in Kyriat Arba lautet: »Hier ruht der Heilige, der Arzt Baruch Kapel Goldstein. Möge der Gerechte gesegnet sein. Möge Gott sein Blut rächen. Ohne Fehl und mit reinem Herzen opferte er sich für sein Volk, die Thora und das Land Israel. Möge seine Seele in Frieden ruhen.« Im israelischen Parlament ist ein Gesetz eingebracht worden, das die Auflösung dieses Grabmals und die Umbettung Goldsteins ermöglichen soll.

Der Friedensblock und das Hebronner Solidaritätskomitee forderten von der Regierung Rabin am 25. Februar 1994, die Siedler zu entwaffnen und zu evakuieren, eine Kommission einzusetzen, die das Verhalten der Streitkräfte untersuchen soll, sowie eine internationale Schutztruppe für die besetzten Gebiete zuzulassen. Die beiden letzten Punkte wurden von der Regierung akzeptiert, brachten aber keine befriedigenden Ergebnisse.

Der Bericht der Shamgar-Kommission, genannt nach dem ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichts Israels, Meir Shamgar, konnte keinerlei Fehlverhalten bei den Militärbehörden und der Regierung feststellen. Goldstein sei ein »verrückter Fanatiker« bzw. ein Einzeltäter, der »verzerrten religiösen und ideologischen Ideen« angehangen habe. (Zu diesem Zeitpunkt war in Israel längst bekannt, daß Teile der Rabbinerschaft jüdischen Terroristen ihren Segen gegeben hatten.) Die Okkupationsmacht und auch die Siedler hätten sich korrekt verhalten. Die Hoffnungen der Palästinenser auf Gerechtigkeit wurden erneut

enttäuscht. Zwar kam im Verlauf der Untersuchung zur Sprache, daß das Militär, selbst wenn das eigene Leben in Gefahr ist, nicht auf Siedler schießen darf. Der Militärkommandant für Judäa und Samaria erklärte der Kommission jedoch: »Sie müssen die grundlegende Situation verstehen. Ein Jude hat eine Waffe, um sich zu verteidigen. Ein Araber, der eine Waffe trägt, ist ein Terrorist. Ein Jude mit einer Waffe verteidigt sich selbst und hat die Erlaubnis zu schießen. Wir verboten den Soldaten der Armee, auf sie zu schießen.«

Straftaten der Palästinenser werden vor israelischen Militärgerichten verhandelt, die der Siedler vor Zivilgerichten im israelischen Kernland. Über diese Ungleichbehandlung wird im Bericht kein Wort verloren. »Das ›System‹ hat ja längst beschlossen, den Siedlern alles zu ersparen, und deshalb akzeptiert die Kommission diese Situation der Apartheid de facto und de jure, ohne ein Wort darüber zu verlieren.«¹² Auch die PLO setzte eine Untersuchungskommission ein, deren Bericht nicht veröffentlicht wurde, um den Friedensprozeß nicht zu stören.

Der orthodoxe Jude Yeshiyahu Leibowitz gehörte zu den schärfsten Kritikern der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern. In »Yediot Aharonot« vom 2. März 1994 ließ er keinen Zweifel daran, wer seiner Meinung nach die Verantwortung für Baruch Goldsteins Tat trägt. »Jedem sollte klar sein: Jeder, der sich nicht weigert, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun, ist ein Freund Goldsteins und ein Partner in diesem Mord. In diesem Akt repräsentiert er das Volk. Er ist ein Repräsentant des Volkes und der Regierung, und der Schuldige ist Yitzhak Rabin.« In einem Streitgespräch mit Shimon Peres, das in »Ma'ariv« vom 25. März 1994 erschien, sagte der Philosoph: »Das moderne Israel wird vom politischen, religiösen und nationalen Blickwinkel authentisch durch Baruch Goldstein repräsentiert. Er ist die authentische Verkörperung der augenblicklichen Kultur und des Regimes. Dies heißt natürlich nicht, daß die über vier Millionen Juden die gleiche Mentalität haben. Im Gegenteil: Es gibt viele, die dieses Regime, diese Kultur und diese Mentalität ablehnen. Ihre Zahl hat kürzlich stark zugenommen. Wenn wir jedoch über ein ›Kollektiv‹ sprechen, dann wird unser ›Kollektiv‹ durch diese Kreatur, Baruch Goldstein, repräsentiert.« Natürlich sei das Massaker nicht das Werk eines »Wirkkopfs« gewesen, sondern »das Ergebnis einer ideologischen Strömung des radikalen Zionismus, wie er aus Nordamerika herüberkommt, durchdrungen zugleich vom Messianismus der Nachfahren der Pilgrim Fathers und vom Klima der Gewalt in der ›gettoisierten‹ Gesellschaft der großen nordamerikanischen Städte von heute«, schrieb Juan Goytisolo in der »Frankfurter Rundschau« vom 27. Februar 1995.

Obwohl eine große Mehrheit der Israelis die Evakuierung der Siedler befürwortete, lehnte Rabin dies mit der Begründung ab, sie »widerspreche der ›Prinzipienerklärung«, so in »Ha'aretz« vom 18. März 1994. Er ließ sich damals vermutlich von Sicherheitsbedenken leiten, denn die Siedler hatten mit Bürgerkrieg gedroht. Die Hälfte der Bewohner der Siedlung Tapuah gehört zur Kahane-Chai-Gruppe und ist bewaffnet. Sie glauben das Recht zu haben, Palästinenser zu erschießen. »Das ist ein Krieg zwischen Arabern und Juden um das Land«, erklärte ein 21jähriger Yeshiva-Student. Die folgenden Zitate aus einem Artikel von Armin Wertz in der »Frankfurter Rundschau« vom 5. März 1993 zeigen die Gesinnung der Bewohner dieser Siedlung. Goldsteins Blutbad sei eine »gerechte Tat« gewesen und Rabin ein »Verräter«, der »gegen die Juden und für die PLO arbeitet«. Die meisten Bewohner Tapuahs kommen aus den USA und seien deshalb »nicht der Gehirnwäsche der Regierung ausgesetzt« gewesen. »Die Araber müssen rausgeschmissen werden. Nur wenn sie bereit sind, unter jüdischer Herrschaft und ohne politische Rechte zu leben, dürfen sie hierbleiben.« Kahane-Chai-Specher David Axelrod sieht die Siedlerbewegung »einer wahren Hexenjagd« ausgesetzt. »Wir finden viel Unterstützung in der Armee und noch mehr in der Grenzpolizei«, sagte er. Für ihn waren die Toten in der Ibrahimi-Moschee »die radikalsten Mitglieder der islamisch-fundamentalistischen Hamas«. Nicht ein einziger Araber sei unschuldig. »Und wir stehen im Krieg mit ihnen.« Es lebten viele Baruch Goldsteins in den Siedlungen. Das Attentat auf Rabin war die konsequente Folge solcher Gesinnung. Auf das rechtsextremistisch-fundamentalistische Lager in Israel wird in einem gesonderten Kapitel eingegangen. Die Hamas-Bewegung übte mit Terroranschlägen am 6. April 1994 in Afula, bei dem neun Israelis getötet und 45 verwundet wurden, und am 13. April in Hadera, wo sechs Menschen getötet und 25 verwundet wurden, »Vergeltung« für das Massaker in Hebron.

Die PLO hatte danach die Verhandlungen mit den Israelis in Taba abgebrochen. Das Verbot der beiden extremistischen Gruppen Kach und Kahane-Chai sollte den USA und den Ägyptern signalisieren, Druck auf die Palästinenser auszuüben, damit sie an den Verhandlungstisch zurückkehren. Rabins Versuch, die Tsomet-Partei von Raphael Eitan in seine Regierung zu holen, scheiterte am Einspruch der linksliberalen Meretz-Partei.

Welche Konsequenzen zogen die Palästinenser aus diesem Massaker? Arafat, der die Illusion genährt hatte, der nationale Befreiungskampf habe sich auf die politisch-diplomatische Ebene verlagert, mußte einsehen, daß die Sicherheit Israels nach wie vor Priorität besaß. Er konnte keine Trennung von palästinensischen und Siedlerinteressen durchsetzen und mußte die eigene Opposition gegen die Besetzung unterdrücken. Die Frage, ob der Kampf und die

Intifada weitergeführt werden sollten, spaltete die Palästinenser in den besetzten und »autonomen« Gebieten und in der Diaspora. Schließlich mußte Arafat an den Verhandlungstisch zurückkehren.

Noch im November 1993 hatten er und Nabil Shaath die Vorstellungen Israels in Taba als Fortsetzung der Okkupation bezeichnet und deshalb abgelehnt. Im Mai 1994 unterzeichnete der PLO-Vorsitzende das »Gaza-Jericho-Abkommen«. Rabin konnte also seine Idee der fortdauernden Okkupation mit Arafats Zustimmung umsetzen. »Dies sollte als eine Leistung von jedem angesehen werden, der an der Fortsetzung der Besetzung interessiert ist«, schrieb Tanya Reinhardt am 6. April 1994 in »Yediot Aharonot«. Selbst Ariel Sharon hätte dies nicht besser machen können. Warum griff er Rabin dennoch so heftig an? Der Journalist Yoel Marcus glaubte, daß der Ministerpräsident Sharon animierte, einen Protest gegen eine Räumung von Siedlungen anzuzetteln. Dies mag auf den ersten Blick merkwürdig anmuten, aber eine solche Strategie ist durchaus erfolgsversprechend. Den einen machte Sharons Aufregung klar, daß das Erreichte nicht zu überbieten sei und es keine Alternative zur Strategie Rabins gebe. Andere könnten die Empörung auf eine positive Entwicklung zurückgeführt haben. Viele Israelis akzeptierten wohl Rabins Vorgehen, damit nicht Sharon im Gegenzug an die Macht käme. Die Hysterie der Rechtskräfte in Israel war überflüssig, denn Rabin hat ihre Agenda umgesetzt.

2. Das »Gaza-Jericho-Abkommen« vom 4. Mai 1994 und das Protokoll über die Wirtschaftsbeziehungen vom 29. April 1994

Dieses Abkommen wurde in Kairo vor mehr als tausend geladenen Gästen unterzeichnet. Die Verhandlungen gestalteten sich bis zum Schluß als äußerst schwierig. Der Druck auf die Palästinenser war so groß, daß einige israelische Politiker davor warnten, Arafats Position nicht von vornherein völlig zu untergraben. Eine total besiegte PLO sei ebenso gefährlich wie eine siegreiche. Die Zeremonie selbst nahm groteske Züge an. Ein sichtlich entnervter PLO-Chef war zunächst nicht bereit, die Dokumente zu paraphieren. Daraufhin verweigerte auch der israelische Ministerpräsident seine Unterschrift. Erst nach intensiven Gesprächen hinter den Kulissen kam es schließlich doch zur Unterzeichnung. Arafat rechtfertigte sich später: Er habe diese Szene machen müssen, weil er Rabins Zusagen über den Status von Jerusalem nicht traute. »Ich wollte nicht nur von Rabin dieses Versprechen. Nein, ich wollte dieses Versprechen von den Kosponsoren, Christopher und Kozyrev, und als Zeugen Präsident

Mubarak.« Den israelischen Verhandlungsführern war klar, daß sie Arafat ein »Kapitulationsabkommen« aufgezwungen hatten.

Das Abkommen besteht aus einer Präambel und 23 Artikeln sowie vier Anhängen: dem Protokoll über den Abzug der israelischen Armee und Sicherheitsvereinbarungen; dem Protokoll über zivile Angelegenheiten; dem Protokoll über rechtliche Angelegenheiten; dem Protokoll über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Staat Israel und der PLO, das am 29. April 1994 in Paris unterzeichnet und dem »Gaza-Jericho-Abkommen« als Anhang beigelegt worden ist. Es enthält viele Kreuz-, Rück- und Querverweise, die bereits gemachte Konzessionen wieder zurücknehmen bzw. relativieren. Die Modalitäten der Truppenverlegung und die Pflichten der palästinensischen Behörde in Fragen der Sicherheit sind detailliert beschrieben. Der Vorwurf, es handele sich um ein reines Sicherheitsabkommen, ist zu Recht erhoben worden. Konkret heißt das: 1. Die Israelis behalten die Kontrolle über die Außengrenzen und legen die Größe und den Status von Jericho fest, 2. die Siedlungen im Gaza-Streifen bleiben israelische Enklaven. Ihre Zusammenfassung in Blocks verdoppelte nochmals das bereits von Israel enteignete Land.

In Taba zeigte sich erneut, wie weitreichend und verhängnisvoll die Konzessionen waren, die in der »Prinzipienerklärung« gemacht wurden. Für den damaligen Generalstabschef Ehud Barak stand während der langwierigen Verhandlungen fest: »Wir bereiten uns auf die Umgruppierung der Truppen aus Jericho und dem Gaza-Streifen vor. Für die übrigen Gebiete haben sich unsere Aufgaben nicht geändert, dort bleibt alles beim alten.« Auf Arafats Versuche, den Handlungsspielraum für die Palästinenser durch neue Forderungen zu erweitern, erklärte Rabin in einer Kabinettsitzung am Jahreswechsel 1993/94: »Wenn die Palästinenser dauernd die Vereinbarungen ändern, dann können wir das auch. Man kann offenbar mündlichen Absprachen nicht trauen. Wir sind nicht in Eile. Laßt sie ein wenig schwitzen.« Im Februar 1994 sagte der Rechtsberater des israelischen Außenministeriums Joel Singer: »Das neue palästinensische Gebilde wird in seiner Natur weder unabhängig noch souverän sein, es wird weitestgehend der Autorität der Militärregierung untergeordnet sein.« Israel kann jederzeit eine gemachte Zusage oder Konzession wieder zurücknehmen, ohne daß die palästinensische Behörde dagegen einschreiten könnte. Bis heute dürfen selbst VIPs die Autonomiegebiete nur mit Zustimmung der Israelis verlassen. Reisepässe berechtigen nicht zur Ausreise aus dem Gaza-Streifen und der Westbank.

Der Gaza-Streifen ist von einem Netz israelischer und palästinensischer Kontrollposten überzogen, wobei letztere nur als Staffage dienen. Macht und Verantwortlichkeiten (Artikel

III Abs.4) der israelischen Militärregierung bleiben unangetastet. Sie behält die Jurisdiktion über die Siedlungen, die militärischen Einrichtungen, die Außenbeziehungen, die interne Sicherheit, die öffentliche Ordnung in den Siedlungen, die äußere Sicherheit (Artikel V Abs.1 a und b) sowie die Luftraumüberwachung Israels (Artikel V Abs.3 b). Außenpolitisch hat die palästinensische Behörde keinerlei Rechte. Sie darf keine Botschaften, Konsulate oder andere Vertretungen unterhalten. Auswärtige Staaten dürfen keinerlei Vertretungen im Gaza-Streifen oder Jericho errichten (Artikel VI Abs.2 a).

Die palästinensische Behörde hat nur eine sehr eingeschränkte Gesetzgebungsbefugnis. Jede von ihr erlassene Verordnung und jedes Gesetz bedarf der Zustimmung durch Israel. Die Bearbeitungsfrist beträgt 30 Tage. Ein wichtiger Punkt des Abkommens ist die Gründung einer starken Polizeitruppe. Die palästinensische Behörde wird zur Kooperation in allen Sicherheitsfragen verpflichtet. Sie muß versuchen, alle feindseligen Akte gegen Israel oder die Siedlungen zu unterbinden (Artikel XVIII). Zum ersten Mal in der Geschichte muß ein unterdrücktes Volk für die Sicherheit seiner Besetzer aufkommen. Der um den Gaza-Streifen errichtete Sicherheitszaun bleibt erhalten.¹³ Damit ähnelte Gaza auch nach Unterzeichnung der Prinzipienklärung eher einem riesigen Gefängnis, zu dem Israel allein die Schlüssel besitzt, als einem werdenden »Staat«. Die Palästinenser besitzen nur völlig überbevölkerte Gebiete ohne eine Entwicklungsperspektive. Das noch landwirtschaftlich nutzbare Land bleibt unter israelischer Kontrolle.

Wie geschickt die Israelis verhandelten, zeigt sich darin, daß ihr Staat für die während seiner Besatzungsherrschaft verursachten Schäden nicht verantwortlich und haftbar gemacht werden kann. So heißt es in Artikel 22 des Gaza-Jericho-Abkommens, der auch im »Interimsabkommen« als Artikel 20 wieder auftaucht: »Die Übergabe von Befugnissen und Verpflichtungen von der israelischen Militärregierung und ihrer Zivilverwaltung auf den Rat – wie in Anhang III ausgeführt – schließt alle verwandten Rechte, Haftungen und Verpflichtungen ein, die sich in bezug auf Akte und Unterlassungen ergeben, die vor der Übertragung passiert sind. Israel wird aufhören, irgendwelche finanziellen Verpflichtungen zu tragen, die solche Akte und Unterlassungen betreffen, und der Rat wird alle finanziellen Verpflichtungen dafür und für sein eigenes Funktionieren übernehmen.« In diesen Fragen darf die palästinensische Behörde nach eigenem Ermessen entscheiden und handeln.

Das Protokoll, das die wirtschaftlichen Beziehungen regeln soll, wurde am 29. April 1994 in Paris vom israelischen Finanzminister Avraham Shohat und Ahmed Qrei alias Abu Ala unterzeichnet. Es ist ebenso asymmetrisch wie die bereits unterzeichneten Abkommen. Das Protokoll besteht aus 21 Artikeln. Sie basieren auf Empfehlungen, die während eines Workshops erarbeitet wurden, den der amerikanische Ökonom Stanley Fischer an der Harvard-Universität mit israelischen, palästinensischen, jordanischen und amerikanischen Ökonomen abgehalten hatte. Die meisten der israelischen und palästinensischen Teilnehmer gehörten auch der Verhandlungsdelegation in Paris an. Der Vertrag regelt die Wirtschaft in den autonomen Gebieten sowie die ökonomischen Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern bzw. zu Drittstaaten. Die Umsetzung und Kontrolle obliegt einem palästinensisch-israelischen Wirtschaftsausschuß, der Unterausschüsse einsetzen kann. Da sämtliche Entscheidungen einvernehmlich getroffen werden müssen, hat sich die israelische Regierung indirekt die absolute Kontrolle über die Wirtschaft der Autonomiegebiete sowie über Entscheidungen gesichert, die die autonomen Enklaven betreffen.

Die Kontrolle der palästinensischen Wirtschaft durch die Israelis dient in erster Linie dem Schutz des eigenen wirtschaftlichen Einflusses und der Normalisierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu den arabischen Staaten. Die Palästinenser müssen den Zugang zu den internationalen Märkten mit der israelischen Regierung aushandeln. Solange sie über wichtige Sektoren der palästinensischen Wirtschaft mitbestimmen kann, wird es keinen Aufschwung geben. Hinzu kommt die totale politische Kontrolle durch Israel, die den Palästinensern keinen eigenen Handlungsspielraum läßt und Investitionen von privater Seite verhindert.

Politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bedingen einander. Der Aufbau einer unabhängigen palästinensischen Wirtschaft ist in dem Wirtschaftsabkommen nicht vorgesehen. Die Autonomiegebiete und die neue »Partnerschaft« dienen Israel als Arbeitskräftereservoir und als Sprungbrett zu den arabischen Märkten. Die neue palästinensische politisch-ökonomische Klasse ist zum Juniorpartner Israels geworden. Sie profitiert von den Diensten, die sie ihren israelischen »Partnern« leistet. Israelische Produkte mit dem Gütezeichen »Made in Israel« waren in den arabischen Staaten schwer absetzbar, »Made in Palestine« verkauft sich besser. Die palästinensischen Subunternehmer fertigen die mit israelischem Know how vorgefertigten Waren zudem wesentlich billiger als israelische Firmen. Sie haben sich eine Monopolstellung beim Import von Baustoffen, vor allem Kies und Zement, Benzin und Flüssiggas sowie Elektronik gesichert. Diese Palästinenser leben gut,

sie haben kein Interesse an völliger Unabhängigkeit, ihnen reicht die durch Israel kontrollierte Autonomie.

Nach Unterzeichnung des Wirtschaftsabkommens fragten sich israelische Journalisten, wie Arafat solch einen Vertrag billigen konnte. Jeder Import muß den israelischen Zoll passieren, jeder Export über israelische Vertragspartner laufen. Tanya Reinhardt hat am 7. April 1997 in »Yediot Aharonot« auf einen Artikel in »Ha'aretz« verwiesen. Dem Bericht dieser Zeitung zufolge sei Arafat mit Geld gekauft worden. Mohammed Rashid, kurdischer Millionär und Arafats Wirtschaftsberater, soll sich mit dem ehemaligen Sicherheitschef Yossi Ginossar geeinigt haben, einen Teil der einbehaltenen Benzinsteuern nicht auf das Konto der Autonomiebehörde, sondern auf ein Konto bei der Bank Leumi in Tel Aviv zu überweisen, über das nur Arafat und Rashid verfügen konnten. Das Geld sei für den Fall bestimmt, daß es in den Gebieten zu Aufständen kommen würde und Arafat und sein engster Führungszirkel fliehen müßten. Bei dem enormen Vermögen, das die PLO bis heute im Ausland hortet, eine überflüssige Vorsichtsmaßnahme. Die Vermarktung des Benzinmonopols wurde der Firma Dor übertragen. Josef Antwerg und Mohammed Rashid unterschrieben diese Vereinbarung. Antwerg ist ein Manager der Israelischen Landbehörde (ILA), die für die Enteignung von palästinensischem Land zuständig ist. »Die Reichen der Besetzung helfen denjenigen in der Autonomiebehörde, die ebenfalls durch die gleiche Besetzung reich werden«, so Reinhardt.

Die von den Palästinensern selbst aufgebaute Bürokratie behindert den Aufbau der Wirtschaft zusätzlich. Ein Großteil der ausländischen Hilfgelder versickert in dunklen Kanälen oder wird für Lohnzahlungen verwendet. Allein die internationale Staatengemeinschaft hat von 1994 bis 1999 über zwei Milliarden US-Dollar gezahlt. »Das Protokoll reflektiert die historische Realität, die fortdauernde Okkupation in der Interimsphase sowie Israels Bestreben, seine eigenen Unternehmer zu schützen und seinen dominanten Anteil am palästinensischen Markt zu behaupten.«¹⁴

Die Macht der neuen palästinensischen Führungsschicht konzentriert sich auf drei Bereiche: Politik und Diplomatie, Wirtschaft und Sicherheit, speziell die Terrorismusbekämpfung. An der Spitze dieser Machtpyramide steht Yassir Arafat. Seine Untergebenen sind allein ihm verantwortlich. Eine Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit oder dem Parlament besteht nicht. So einflußreich und dominant diese Bereiche auch im täglichen Leben für die Palästinenser sind, so ist ihr Einfluß auf Länder, die den Palästinensern Entwicklungshilfe gewähren, begrenzt. Vor allem die USA mahnen immer wieder die öffentliche Transparenz und Verantwortlichkeit an.

Die ökonomischen Probleme im Gaza-Streifen resultieren aus den besonderen ideologischen und nationalen Vorgaben der israelischen Politik, schrieb die US-Ökonomin Sara Roy.¹⁵ Das »Gaza-Jericho-Abkommen« und das Pariser Wirtschaftsprotokoll haben die Entwicklung des Gaza-Streifens nicht gefördert, weil sich die Autonomie nur in den engen politischen Grenzen entwickeln kann, die in den Abkommen festgeschrieben wurden und Israel die Gebiete immer wieder über Wochen abriegelt hat. Bisher wurde fast ausschließlich im Bausektor investiert. In die marode Infrastruktur flossen kaum Gelder. In Gaza-Stadt wurden einige Hochhäuser und Hotels gebaut, deren Mieten und Preise kein Normalbürger bezahlen kann. Die einzige »Infrastrukturmaßnahme« im Lager war die Planierung eines 250 Meter langen Abschnitts einer »Straße«. Doch bevor es zur Asphaltierung kam, wurde das Projekt eingestellt. Der angebliche Wirtschaftsaufschwung in Gaza, von dem einige Ökonomen reden, ist nichts weiter als das Errichten von Luftschlössern und ein riesiger Schwindel.

Israel kann die Autonomiegebiete weiterhin mit seinen Produkten überschwemmen, wohingegen der Export palästinensischer Waren erheblichen Beschränkungen unterliegt. Bleiben die »offenen Grenzen« geschlossen, werden keine Warentransporte aus dem Gaza-Streifen oder der Westbank abgefertigt. Palästinensische Produkte sind auf arabischen Märkten auch wegen der niedrigeren Mehrwertsteuer nicht wettbewerbsfähig. Israel erhebt 17 Prozent Mehrwertsteuer, die Palästinenser müssen sich auf 15 und 16 Prozent festlegen. Der englische Journalist Graham Usher hat nüchtern bilanziert: »Israels strategisches Ziel ist es gewesen, eine höhere ökonomische Integration in der arabischen Welt und einen besseren Zugang zum arabischen Markt zu erreichen sowie den 46jährigen Wirtschaftsboykott gegenüber Israel zu brechen.«¹⁶

Der Ansicht einiger Wissenschaftler, durch die genannten Vereinbarungen hätte sich im Status der besetzten Gebiete nichts verändert¹⁷, muß widersprochen werden. Die unterzeichneten Dokumente haben die Besetzung, die Siedlungen und Enteignungen erstmals legitimiert. Eine dem Völkerrecht widersprechende Politik wurde von den Besetzten sanktioniert. Eine Besatzungsmacht kann sich nichts Besseres wünschen. Der Inhalt der Dokumente sowie die Richtung, in der sich die Verhandlungen und die Politik Israels seither bewegen, lassen vermuten, daß es dem Land gelingen wird, die UN-Resolutionen 242 und 338 zu umgehen. So hat Ministerpräsident Barak die UN-Resolution 242 als nur auf Staaten anwendbar bezeichnet, nicht jedoch auf Organisationen. Ziel Israels ist es nicht, auf ihrer Grundlage eine Einigung zu erreichen, sondern auf bilateralem Wege, wo Macht mehr zählt als Recht.

Laut Artikel VII Abs.9 haben die Gesetze und Militärverordnungen, die vor der Unterzeichnung des »Gaza-Jericho-Abkommens« in Kraft waren, Gültigkeit behalten. Ob die palästinensische Führung die Tragweite dieses Artikels begriffen hat, darf bezweifelt werden. Damit bleibt das Besatzungsrecht bestehen, bis es durch eine Vereinbarung außer Kraft gesetzt wird. Seither haben die Israelis Militärverordnungen erlassen, einige davon wurden veröffentlicht, andere bleiben geheim.

Vor der Unterzeichnung des Abkommens hatten die lokalen palästinensischen Zivilgerichte in den besetzten Gebieten Jurisdiktionsgewalt. Sie verhandelten Zivilangelegenheiten, die sowohl Siedler als auch Nichtsiedler betrafen. Alle Vorfälle, die in die Kompetenz der israelischen Militärregierung fielen, wurden vor israelischen Militärgerichten verhandelt. Bis zum 4. Mai 1994 konnten Entscheidungen der lokalen Gerichte in Israel ohne Einschränkungen durchgesetzt werden. Erst durch Artikel IV der »Prinzipienerklärung« und die detaillierten Bestimmungen des »Gaza-Jericho-Abkommens« wurde dies geändert.

Die Trennung der israelischen Siedlungen von palästinensischer Gerichtsbarkeit wurde in Artikel 1 und 2 des Anhangs des »Gaza-Jericho-Abkommens« über die rechtlichen Angelegenheiten festgelegt. »Israel hat die alleinige Rechtsgewalt über ... Verstöße, die von Israelis in den Gebieten begangen werden.« Die Zivilangelegenheiten betreffend, heißt es in Artikel III Abs.2: »Israelis, die sich zu Geschäftszwecken in den Gebieten aufhalten, unterliegen dem Zivilrecht in dem Gebiet, das sich auf ihre Aktivität bezieht. Nichtsdestotrotz, jede Vollstreckung einer rechtlichen oder administrativen Entscheidung, die gegen einen Israeli oder dessen Eigentum ergeht, wird in Israel in Kraft treten.« Aber in Abs.3 heißt es, daß die palästinensischen Gerichte und juristischen Autoritäten keine Jurisdiktion über zivile Angelegenheiten haben, in die Israelis verwickelt sind. Das »Gaza-Jericho-Abkommen« hat sowohl die »israelischen Siedlungen als auch die Palästinenser aus Ost-Jerusalem der Jurisdiktion der palästinensischen Gerichte«¹⁸ entzogen, bestätigt der Anwalt Raja Shehadeh.

Das Abkommen überträgt der palästinensischen Behörde formal die Zuständigkeit für die Registrierung von Land in Grundbüchern (Artikel II B Abs.22) und die Verfügungsgewalt über Wasser (Artikel II B Abs.31.a). Letzteres wird in Abs.31.b wieder zurückgenommen, weil die Wasserbewirtschaftung der israelischen Firma Mekoroth Water Co. vorbehalten bleibt. So erhöhte sie den Preis pro Kubikmeter von 0,70 auf 1,8 Shekel. In den Verhandlungen wurden weder die Quellen, die Israel überall im Gaza-Streifen angezapft hat, noch die Quellen in den Siedlungen berücksichtigt. Damit hat man den Siedlungen implizit

ein eigenes Recht auf Wasser zugestanden und sie ein weiteres Mal legitimiert. In diesem Punkt zeigt sich wieder, welche Vorteile die Israelis durch das Hinzuziehen von Spezialisten bei den Verhandlungen erringen konnten.

Auch in der Landfrage blieb der Status quo erhalten. Große Teile des Gaza-Streifens, die für Landwirtschaft und zur Bebauung geeignet sind, unterstehen der alleinigen Kontrolle Israels, immerhin 40 Prozent des gesamten Territoriums. Im Sicherheitsteil des Abkommens ist festgelegt, daß die Palästinenser in diesen nicht bauen dürfen. Der Gush-Katif-Block wurde buchstäblich vom Gaza-Streifen abgetrennt, und um die dort errichteten Siedlungen wurden elektronisch kontrollierte Zäune errichtet. Das »Gaza-Jericho-Abkommen« hat – gemäß der klassischen kolonialen Formel »teile und herrsche« – den Gaza-Streifen und die Westbank weiter separiert. Es läßt nur die Verbindung zwischen Gaza und Jericho zu, die aber bis heute nicht gebaut worden ist. Die israelische Regierung annullierte nach Unterzeichnung des Abkommens umgehend für 1300 Studenten aus Gaza die Genehmigungen zum Studium an der Bir-Zeit-Universität in der Westbank. Die Betroffenen können bis heute dort nicht wieder studieren. Eine Eingabe an das Oberste Gericht in Israel wurde mit dem Argument zurückgewiesen, daß sich ab sofort das palästinensische Regime mit diesen Problemen befassen wird. Wie die israelische Regierung über das Abkommen dachte, zeigt folgende Bemerkung von Yossi Sarid in »Ha'aretz« vom 24. Mai 1994: »Wir wollten Gaza abgeben. Dies ist kein großer Verlust. Falls wir nicht zu einem Abkommen über den Rückzug aus Gaza gekommen wären, hätte sich die Regierung eigenmächtig dazu entschlossen. Diese Frage wurde in der Vergangenheit mehrere Male besprochen. Man braucht über Jericho in puncto Land gar nicht zu reden. Es ist weniger als ein Prozent des gesamten Gebietes von Judäa und Samaria.«

Vor der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens wurde den Siedlungen soviel Land zugeteilt, daß sie von der palästinensischen Behörde nicht betroffen sind. In Artikel II Abs.B 32.b in Anhang II ist verankert, daß sich an der Kontrolle über das Land nichts ändert. Israel kann gegen alle Beschlüsse der Palästinenser ein Vetorecht einlegen.

Arafat verglich am 10. Mai 1994 in seiner Rede in Johannesburg die Abkommen zwischen Israel und der PLO mit der Vereinbarung zwischen dem Propheten Mohammad und dem Stamm der Quraish im Jahre 627, die der Prophet nach zwei Jahren gebrochen hatte. Wieso er glaubte, er könne mit dem Erlaß vom 20. Mai 1994 den Rechtszustand aus der Zeit vor dem Sechstagekrieg wieder in Kraft setzen, ist schwer zu begreifen. In Artikel VII Abs.9 des »Gaza-Jericho-Abkommens« ist klar fixiert, daß die Gesetze und die Militärverordnungen vor

Unterzeichnung des Abkommens weiter gültig sind. Die Preisgabe von Rechten durch seine Landsleute ist für Shehadeh um so erstaunlicher, weil Israel das »legalistischste Land der Welt ist, und eine lange und entwickelte Tradition hat, Recht als Instrument der effektiven Kontrolle und Ausbeutung«¹⁹ einzusetzen. Die Palästinenser haben bereits so viele Rechtsansprüche preisgegeben, daß ein Rekurs auf die noch verbliebenen das Blatt nicht zu ihren Gunsten wenden könnte. »Welche Autorität hat eine Behörde, die noch nicht einmal bestimmen kann, wer ein- und ausreisen darf? Diese Art der Autonomie ist nur eine neue Variante der Besetzung. Auch die südafrikanischen »Homelands« hatten Symbole der Autorität wie Fahne, Briefmarke, Pässe und eine starke Polizei, waren aber Marionettenregime. Auch das verzweifelt angestrebte Interimsabkommen wird an der Besetzung und der Lage der Palästinenser nichts ändern. Die Palästinenser-Behörde ist zu einer innerisraelischen Pressuregroup wie die nationalreligiöse Shas-Partei geworden, die mit der Regierung um Zugeständnisse feilschen muß.«²⁰

Das Abkommen fiel ganz im Sinne der Rechtskräfte in Israel aus, dennoch äußerten sie lauthals ihre Empörung, sie fühlten sich provoziert durch die prächtigen Uniformen der palästinensischen Polizei, die Fahne, die Briefmarken und das Wort »Paß« auf den Reisedokumenten. Alle diese Attribute der »Souveränität« hatten die Bantustans in Südafrika auch.

Damit die palästinensischen Behörden auf der Westbank die gleichen Kompetenzen haben wie im Gaza-Streifen und in der Enklave Jericho, wurde am 29. August 1994 das Abkommen über die Übertragung von Macht und Verantwortlichkeiten an die Palästinenser unterzeichnet. Dieses aus zwölf Artikeln sowie sechs Anhängen bestehende Abkommen unterscheidet sich in seinem Duktus nicht von den früheren. Darin wird festgelegt, daß ein Joint Civil Affairs Coordination and Cooperation Committee Erziehung und Kultur, Gesundheit, Sozialwesen, Tourismus regelt und direkte Steuern sowie Mehrwertsteuer auf lokale Produkte erhebt. Die palästinensische Behörde kann Verordnungen und Gesetze erlassen, die aber von der israelischen Regierung in einer Frist von 30 Tagen bestätigt werden müssen. Eine Ablehnung bedarf der Begründung. In diesem Abkommen werden die Ausnahmeregelungen, die bereits im »Gaza-Jericho-Abkommen« enthalten sind, nochmals für die Westbank bestätigt.²¹

Arafat traf erst zwei Monate nach Unterzeichnung des »Gaza-Jericho-Abkommens« in Gaza ein. Sein langes Zögern hatte den Anschein, als übernehme er nur widerwillig die ihm zgedachte Rolle. Er verweigerte sich wohl auch, weil die Gefangenen nicht wie vertraglich vereinbart, freigelassen wurden. Da nur Arafats Kommen dem Abkommen die endgültigen

Weihen verleihen konnte, übten die Israelis Druck auf den PLO-Führer aus. Die Reaktionen der israelischen Bevölkerung offenbarten, daß sich ihre Einstellung zu den Palästinensern und Arabern nicht geändert hatte. Das nun »benachbarte Volk« wurde sowohl von der Rechten als auch der Linken mit Arroganz behandelt. Die Nationalisten betrieben eine Einschüchterungskampagne, zu der die Öffentlichkeit schwieg. Neben den von Israel errichteten Hindernissen in den Abkommen blockierte auch Arafats Vetternwirtschaft den Aufbau der Autonomiegebiete. Er umgab sich nicht mit Fachleuten aus den besetzten Gebieten, sondern mit den »Salon-Aktivisten« und der »Tunis-Mafia«, wie die Palästinenser Arafats Ankömmlinge bezeichnen.

Die Autonomiebehörde übernahm formell die Bereiche Gesundheit, Soziales, Erziehung und Kultur sowie Tourismus. Israel machte von Beginn an klar, daß die Terrorismusbekämpfung Priorität haben mußte. »Konzessionen«, d.h. vertraglich gemachte Zusagen, würden nur noch gewährt, wenn die Sicherheit der Israelis besser gewährleistet sei. Arafat mußte daher die Opposition mit allen Mitteln unterdrücken. Gefährlichster Gegenspieler war seit Beginn der Autonomie die Hamas. Ibrahim el-Jasuri erklärte in einem Interview mit dem »Spiegel« vom 5. September 1994, daß Israel »mit Blut und Terror errichtet« wurde und die Autonomie ein Selbstbetrug sei. »Das von Gott gewollte Ziel ist die Befreiung ganz Palästinas.« Zentraler Streitpunkt zwischen Israelis und Palästinensern ist nach wie vor Jerusalem. Die für Juden, Christen und Muslime heilige Stadt war 1949 geteilt worden. West-Jerusalem gehörte zum jungen Staat Israel, Ost-Jerusalem mit den heiligen Stätten fiel unter jordanische Verwaltung. Im Sechstagekrieg eroberten die Israelis den Ostteil und schlossen ihn West-Jerusalem an. Im Juli 1980 wurde der Ostteil gegen das Völkerrecht Israel eingegliedert.

Peres überzeugte Ministerpräsident Rabin, Arafat neben Teilen des Gaza-Streifens auch Jericho anzubieten. Arafat akzeptierte den Deal nur, weil sowohl die israelische Regierung als auch seine »Ratgeber« von der israelischen Linken, die sich im »Friedenslager« und in der Meretz-Partei konzentriert, Druck auf ihn ausübten. Diese Ratgeber spielen eine verhängnisvolle Rolle für die Palästinenser, weil sie in Wahrheit israelische Interessen vertreten. Die Friedensbewegung erpreßt Arafat um des Friedensprozesses willen. Es ist hart für die israelische Linke, sich einzugestehen, daß Arafat vor Israel kapituliert hat, weil er für sie jahrelang das Symbol des palästinensischen Befreiungskampfes darstellte. Nachdem der PLO-Chef das angeblich großzügige Angebot Baraks in Camp David im Juli 2001 abgelehnt hat, wendeten sich die Linkszionisten völlig von ihm ab und wiesen ihm die alleinige Schuld zu.

Als sich in der Jerusalem-Frage nichts mehr bewegte und Ehud Olmert, der zum Likud-Block gehörende Oberbürgermeister, die palästinensischen Institutionen in Ost-Jerusalem zurückdrängen wollte, zitierte Arafat in seiner Rede in Johannesburg – zur Überraschung aller – aus einem Brief von Peres an den norwegischen Außenminister Johan Joergen Holst vom 11. Oktober 1993: »Ich möchte bestätigen, daß die palästinensischen Einrichtungen in Ost-Jerusalem und die Interessen und das Wohlergehen der Palästinenser von Ost-Jerusalem von großer Bedeutung sind und erhalten werden. Deshalb erfüllen alle palästinensischen Institutionen in Ost-Jerusalem – einschließlich der ökonomischen, sozialen, bildungspolitischen und kulturellen – sowie die christlichen und muslimischen Heiligtümer eine wichtige Aufgabe für die palästinensische Bevölkerung. Selbstverständlich werden wir deren Aktivitäten nicht behindern; im Gegenteil, die Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe muß gefördert werden.«

Diese öffentliche Bekanntmachung führte zu einem einhelligen Aufschrei in Israel. Insbesondere die linksliberale Presse griff Arafat heftig an. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß nicht Arafat, sondern Rabin und Peres die Lügner waren, mußte die Presse zurückrudern. Besonders aufschlußreich ist der Artikel von Yoel Marcus in »Ha'aretz« vom 10. Juni 1994: »An dem Tag, als ich mich entschied, der Regierung zu glauben, fand ich mich in der unangenehmen Lage, mich bei dem chronischen Lügner Yassir Arafat zu entschuldigen, der dabei ertappt wurde, die Wahrheit zu sagen ... Es ist eine Tatsache, daß der ›nichtexistente‹ Brief den palästinensischen Besitz Ost-Jerusalems anerkennt.« Die Rechte in Israel war entsetzt. Benjamin Begin schrieb am 8. Juni 1994 in »Yediot Aharonot«: »Gnade Gott dem Ministerpräsidenten von Israel, wenn es wahr sein sollte, daß er es mit den Details nicht so genau genommen hat, während der Terrorist Yassir Arafat korrekt war. Gnade Gott der israelischen Regierung, wenn herauskommt, daß sie das in die Hände der Terrororganisation gegeben hat, was sie Ost-Jerusalem nennt. Und Gott erbarme sich Israels, wenn dies seine Regierung ist.« Shimon Peres erklärte später vor dem Auswärtigen und Verteidigungsausschuß der Knesset: »Die Erklärung Arafats, Jerusalem betreffend, ist für mich so viel wert wie eine Knoblauchschale ... die PLO will eine zusätzliche Hauptstadt. Wir lehnen dies total ab. Nicht nur wird Jerusalem nicht geteilt, sondern es wird auch keine zwei Hauptstädte geben.«

Umgehend brachte die Regierung ein Gesetz ein, das die politischen Aktivitäten der PLO und der palästinensischen Institutionen in Ost-Jerusalem verbot. Es wurde Ende Dezember 1994 mit großer Mehrheit in der Knesset verabschiedet. Der palästinensischen Behörde mit Feisal

Husseini an der Spitze wurde darin jegliche politische Aktivität in der Stadt untersagt. Sie dürfen weder Konferenzen organisieren, Petitionen verabschieden noch Versammlungen oder Protestmärsche unter ihrer Führung innerhalb der Stadtgrenzen abhalten. Bei Zuwiderhandlung droht eine einjährige Gefängnisstrafe oder eine Geldstrafe von 33000 US-Dollar.

Die Abkommen mit der PLO schufen auch die Basis für den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Israel und dem Königreich Jordanien am 26. Oktober 1994 in Ein Avrona.²² Der Vertrag hatte immer ganz oben auf der Agenda der Arbeitspartei gestanden. Da es keinerlei fundamentale Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Staaten gibt, konnte die israelische Regierung Jordanien gegen die PLO in bezug auf Jerusalem ausspielen. So heißt es in Artikel 9 Abs.2, in dem es um die historischen und religiösen Stätten geht: »In diesem Zusammenhang achtet Israel in Übereinstimmung mit der Washingtoner Erklärung die derzeitige Rolle des Haschemitischen Königreichs Jordanien in bezug auf die moslemischen Heiligen Stätten in Jerusalem. Wenn Verhandlungen über den dauerhaften Status stattfinden, wird Israel der historischen Rolle Jordaniens in bezug auf diese Stätten hohe Priorität einräumen.« In den Worten von Shimon Peres hieß dies, Jerusalem bleibt »politisch geschlossen, aber religiös offen«. Die Rechte lehnte selbst diese Art der »Souveränität« ab. Obwohl der Vertrag für Israel ausschließlich Vorteile bietet, erklärte Ariel Sharon am 29. Juli 1994 in »Yediot Aharonot«, nur das jüdische Volk könne über den Tempelberg Souveränität ausüben.

Arafat, Mubarak und Assad kritisierten den Friedensvertrag. Nach einem Treffen mit dem ägyptischen Präsidenten in Kairo im Oktober 1994 geißelte Assad die Verpachtung von zwei kleinen, landwirtschaftlich genutzten Streifen jordanischen Bodens für 25 Jahre an Israel als »die Art der Ungläubigen«. So heftig hatte noch nie ein alawitischer General und Politiker bäuerlicher Herkunft den Nachfolger Mohammads kritisiert. Keiner könne von Syrien erwarten, daß es Boden an Israel verpachte – angesichts von 13000 israelischen Siedler auf dem Golan. Arafat erhob Einwände wegen des jordanischen Mitspracherechtes in bezug auf die religiösen Stätten. Der häufig zwischen allen Fronten lavierende oder auch vermittelnde König Hussein stimmte sich weder mit dem syrischen Präsidenten Assad noch mit der PLO ab. Dies hatte auch ökonomische Gründe: Die USA wollten Jordanien Schulden von 700 Millionen US-Dollar erlassen und lockten wie die Israelis mit einer Friedensdividende. Der »warme Frieden«, den König Hussein den Israelis versprach, wurde von ihnen nicht erwidert.

Die ausländischen Investitionen fielen viel geringer aus als von Jordanien erhofft, auch der Tourismus aus Israel blieb kümmerlich.

In der Euphorie des Jahres 1994 wurde mehrfach die Idee einer Konföderation zwischen Israel, Jordanien und Palästina diskutiert. Rabin konnte sich eine Konföderation zwischen Israel und Jordanien durchaus vorstellen, die Palästinenser sollten jedoch nicht auf der Basis eines eigenen souveränen Staates einbezogen werden.

Der PLO-Vorsitzende erfand das Programm einer Partnerschaft mit Israel und prognostizierte »blühende Landschaften« in einem eigenständigen palästinensischen Gemeinwesen. Seine Funktionäre verbreiteten bei ihren Auslandsreisen die Illusion, ein eigener Staat sei quasi zum Greifen nahe. Der Leiter der PLO-Vertretung in Bonn, Abdallah Frangi, hatte im Oktober 1993 in einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik erklärt, das »Gaza-Jericho-Abkommen« eröffne einen geraden, wenn auch schwierigen Weg zu einem Palästinenserstaat, und zwar innerhalb von fünf Jahren. Auch die Opposition, zu der u.a. der Iran gehöre, werde verstummen. Frangi denkt heute wesentlich realistischer, wie er mir in einem öffentlichen Interview beim 54. Oberkasseler Gesprächsabend des Verbandes der Cigarettenindustrie am 2. März 1999 versicherte.

Israel und die Palästinenser konnten sich bis zur Unterzeichnung des »Gaza-Jericho-Abkommens« nicht einmal über die Größe Jerichos einigen. »Jericho ist für die Israelis 25 Quadratkilometer groß, für uns jedoch 375, wie zu Zeiten der Osmanen und der Engländer«, so Frangi. Die Israelis überließen ihnen letztlich nur 54 Quadratkilometer. Viele Palästinenser um Arafat machten sich ebensolche Illusionen. Ihr Zweckoptimismus, der sich als Zynismus entpuppte, hat die damalige unrealistische Einschätzung des israelisch-palästinensischen Konflikts im Westen mit gefördert.

Zu den ungeklärten Fragen gehörte die nach dem Charakter des palästinensischen Gebildes: Diktatur oder eine Demokratie? William B. Quandt erklärte, die israelische Führung habe wenig Interesse an dieser zentralen Frage gezeigt, weil es ihr primär um Sicherheit ging und sie immer einen gewissen Vorteil darin gesehen habe, mit arabischen Diktatoren zu verhandeln, die keiner Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig seien.²³ Auch die PLO und Arafat sowie die westlichen Staaten sind an einem demokratischen Palästina nicht interessiert, obwohl es mehr Sicherheit für Israel und Jordanien bedeuten würde als ein diktatorisch beherrschtes Autonomiegebiet. Der PLO-Chef kann die ihm zugedachte Rolle jedoch nur in

dieser Herrschaftskonstellation spielen, und Israel würde seine exklusive Rolle als »einzige Demokratie des Nahen Ostens« verlieren.

Welche »Demokratie« Israel sich für die Palästinenser vorstellte, demonstrierten die Äußerungen von General Dani Rothschild in einem Interview in »Ha'aretz« vom 5. Oktober 1994: »Die palästinensische Öffentlichkeit hat den Wert der Demokratie in den letzten 27 Jahren unseres Zusammenlebens gelernt. Deshalb ist es sehr wichtig, ein System von ›checks and balances‹ aufzubauen, ein System, das weniger korrupt ist als ein totalitäres Regime mit Ernennungen ... Tatsächlich haben wir ihnen in den letzten 27 Jahren erklärt, was Demokratie ist, nicht nur jetzt in dem Abkommen. Sie lebten mit uns und sahen, was Demokratie ist, was das Oberste Gericht in Israel ist.« Shimon Peres betrachtete die Okkupation als die beste Schule der Demokratie für die Palästinenser. In »Ha'aretz« vom 26. Oktober 1995 äußerte er: »Es gibt heute eine junge Generation, 125000 junge Araber, die die Gefängnisse Israels durchlaufen haben. Sie haben Hebräisch gelernt und wissen, was Demokratie ist, und in dieser Hinsicht dienen die Gefängnisse als große Universität.« Zu Recht fragte Felicia Langer: »Wer der palästinensischen Amtsgewalt applaudierte, als sie ein Sondergericht etablierte, das noch viel schlimmer als unsere zur Genüge schrecklichen Militärgerichte ist, wird der ihnen vielleicht Demokratie ermöglichen? Wer der palästinensischen Verwaltung auferlegte, die Opposition gnadenlos zu unterdrücken, als Bedingung für einen Fortschritt in den Verhandlungen, wird der ihnen Demokratie ermöglichen?«²⁴

Nach Unterzeichnung des Interimsabkommens in Washington zwischen Yitzhak Rabin und Yassir Arafat versuchten Radikale der Hamas und des Islamischen Jihad, den Friedensprozeß zu torpedieren. Am 19. Oktober 1994 riß ein Selbstmordattentäter in Tel Aviv 22 Israelis mit in den Tod, 48 wurden verwundet. Einige Tage vorher wurde der israelische Soldat Nachshon Wachsmann von radikalen Hamas-Anhängern entführt. Bei der Befreiungsaktion kamen nicht nur die Terroristen, sondern auch der Soldat ums Leben. Am 2. November starb der Journalist Hani el-Abed, ein Funktionär des Islamischen Jihad, im Gaza-Streifen durch eine Autobombe. Selbst Arafat schrieb diesen Anschlag den Israelis zu. Bei einer Vergeltungsaktion sprengte sich am 11. November bei der jüdischen Siedlung Netzarim ein Mitglied des Islamischen Jihad auf dem Fahrrad in die Luft und tötete drei Soldaten. Gesundheitsminister Ephraim Sneh, ein enger Vertrauter Rabins, sagte in »Newsweek« vom 14. November 1994: »Keiner sollte erwarten, daß wir untätig bleiben. Der Krieg gegen den Terror kennt keine Beschränkungen, keine Grenzen und keine Regeln.« Alle diese Aktionen verstärkten den Druck auf Arafat. Am

18. November 1994 kam es zu einem Zusammenstoß zwischen seinen Sicherheitsdiensten mit Demonstranten vor der großen Falastin-Moschee in Gaza. Dabei wurden 14 Palästinenser erschossen und mehr als 200 verletzt. Ohne ersichtlichen Grund feuerten die Soldaten in die Menge, die sich zum Freitagsgebet versammelt hatten. In diesem Machtkampf war Arafat der Sieger. Die Islamisten verleumdete ihn in einem Flugblatt als »Agenten des Zionismus«. Als Rabin davon erfuhr, sagte er, »daß es jetzt unmöglich ist, zu behaupten, Arafat hält sich nicht an die Vereinbarungen«.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes in Gaza warf die Opposition Arafat vor, er sei ein Verräter und mache die »Drecksarbeit« für Israel. Hamas-Sprecher Ibrahim Ghoshe verlangte, der PLO-Chef müsse »Gaza verlassen«, weil sein von Israel eingepflanztes Regime sich auf die Besatzer stütze. Arafats hartes Durchgreifen wurde von seinem Justizminister Freih Abu Meddin damit begründet, die Regierung könne kein zweites Machtzentrum in Gaza dulden.

An der ersten nahöstlichen Wirtschaftskonferenz, die vom 30. Oktober bis 1. November 1994 in Casablanca stattfand, nahm Israel als gleichberechtigter Staat teil. Die Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde saßen noch am Katzentisch.

Auf der Konferenz beriet man über einen möglichen Rückfluß von Petrodollars für Investitionen in den autonomen Gebieten. Die USA versuchten, ihre autokratischen Freunde in den arabischen Staaten dafür zu gewinnen, mehr finanzielle Mittel für die Schaffung von Arbeitsplätzen bereitzustellen. Die vom Internationalen Währungsfonds angebotenen Liberalisierungsmodelle finden jedoch in den arabischen Ländern wenig Sympathien, weil sie die auf Subsidien ruhende Herrschaft leicht zum Einsturz bringen könnten. Nicht nur in Ägypten oder Jordanien befürchteten die Machthaber, daß schon eine geringfügige Erhöhung des Brotpreises sie aus dem Amt fegen könnte. Der Terror in vielen islamischen Staaten wurde nur auf die wirtschaftliche Not zurückgeführt, kulturelle Deutungsmuster verboten sich aus Rücksicht auf den Gastgeber Marokko.

Peres bot den Golfstaaten den »atomaren Schirm« Israels gegen die iranische Gefahr an. Die Ägypter protestierten gegen diese Versuche Israels, mittels Weltbank bzw. Internationalem Währungsfonds Hegemonie über die arabischen Staaten auszuüben.²⁵

Israel hat sich in den letzten Jahren von einem Agrar- und Militärstaat zu einem High-Tech-Staat entwickelt, der zu 90 Prozent Handel mit Europa, den USA und den Staaten des Fernen Ostens treibt. Gemeinschaftsprojekte zwischen Israel, Jordanien und Ägypten zerschlugen

sich. Allein Israel hat von der Friedensdividende profitiert, da viele internationale Konzerne dort investieren. Über Arafats Autonomieklaven ergoß sich zwar eine Flut von Hilfsversprechen, es gab aber kaum Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen.

Der Friedensprozeß stockte 1994/95 zusehends, weil sich an der israelischen Politik nichts Wesentliches änderte: Weiterhin wurden Land in großem Umfang für den Straßenbau enteignet, Siedlungen in den besetzten Gebieten und Ost-Jerusalem ausgebaut, Palästinenser durch tägliche Diskriminierungen gedemütigt, gefoltert und verhaftet, die Gebiete abgeriegelt. Die radikalen Hamas- und Jihad-Aktivisten verübten neue Terroranschläge, so am 21. Januar in Beit Lid, wo 22 Israelis getötet wurden. Durch Anschläge des israelischen Geheimdienstes Shin Bet und der »Verdeckten Einheiten« wurden unliebsame Palästinenser liquidiert, und die israelische Luftwaffe nahm sich das Recht zu Vergeltungsanschlägen gegen Stellungen der Hisbollah im Libanon.

Dennoch liefen die Verhandlungen über ein »Interimsabkommen« in Taba weiter. Arafats Vorschlag, gemeinsame israelisch-palästinensische Patrouillen für alle Zonen in der Westbank einzurichten, lehnten die Israelis ab. Außenminister Peres gab im israelischen Fernsehen am 2. Juli 1995 zu, die enormen Probleme könnten nicht durch rhetorische Akrobatik übertüncht werden. Er betonte, die Streitkräfte würden aus den Städten umgruppiert, damit die Palästinenser ihre Wahlen abhalten könnten. Zum Schluß versicherte er, daß »der Friede nur eine Komponente in unserem Sicherheitskonzept darstellt«. Soviel Ehrlichkeit war für die Öffentlichkeit neu: »Peres gibt zum ersten Mal in zehn Jahren zu, daß das ganze Suchen nach Frieden nichts mit hehren Idealen zu tun hat, sondern ausschließlich mit der alten Vorstellung von totaler Sicherheit für einige und geringfügiger Sicherheit für andere.«²⁶

Der Selbstmordanschlag zweier Palästinenser am 9. April 1995 im Gaza-Streifen, bei dem sieben Soldaten und ein amerikanischer Staatsbürger ums Leben kamen, löste in Israel eine intensive Diskussion über eine Abtrennung der Palästinenser aus. Während die Arbeitspartei, die immer die Idee einer Trennung vertreten hat, einen elektronisch überwachten Zaun um die Siedlungen der Palästinenser bauen wollte, befürchtete die Opposition, dadurch die Entstehung eines Palästinenserstaates zu begünstigen. Wie man mit den Siedlern verfahren wollte, blieb offen. Der Schriftsteller Abraham B. Yehoshua plädierte mit markigen Worten für diese Zaun-Lösung. »Gangbar ist allein der Scheideweg«, so der Schriftsteller im »Spiegel« vom 13. Februar 1995. Trotz der enormen internen Schwierigkeiten trafen sich Peres, Arafat und König Hussein bei Präsident Mubarak Anfang Februar in Kairo. Es gelang,

die Verhandlungen fortzusetzen, die später in ein Abkommen mündeten, das den Palästinensern noch mehr Polizei bescherte und weiterhin garantierte, daß sie ihre Fahne zeigen und ihre Nationalhymne singen durften.

Der US-Wissenschaftler Amos Perlmutter vertrat während der Verhandlungen die These, der Friedensprozeß sei tot. Die Terroranschläge zeigten, daß die »Prinzipienerklärung« »weder die Realität noch die Wahrscheinlichkeit« reflektiere. Diese Vermutung mag durchaus korrekt sein, aber die Meinung, daß Israel nach dem Handschlag im Weißen Haus bereit war, fast das gesamte eroberte Gebiet aus dem Juni-Krieg zurückzugeben, existierte nur in der Phantasie der Palästinenser. Perlmutter wirft Rabin vor, mit dem schwächsten Glied, das heißt mit Arafats todgeweihter PLO verhandelt zu haben, anstatt mit der neuen Generation, die die Verhandlungen in Washington geführt hatte. Sie habe ihre Erfahrungen in der Intifada gemacht und repräsentiere einen radikalen Postnationalismus. Zu dieser Generation gehörten auch Hamas-Vertreter, die den Terror ablehnen. Nach Perlmutters Ansicht werden die Oslo-Vereinbarungen niemals Früchte tragen. Der Autor sagte voraus, daß der Likud nach einem Wahlsieg Israel wieder in den Status eines Paria-Staates zurückführen werde.²⁷

3. Israelisch-Palästinensisches Interimsabkommen über die Westbank und den Gaza-Streifen vom 28. September 1995 (Taba-Abkommen oder Oslo 2)

Das in Washington unter der Aufsicht von Clinton unterzeichnete Abkommen hat die Hoffnungen der Palästinenser auf einen eigenen Staat ein für allemal beseitigt. Es steht für eine neue Variante der »Groß-Israel-Ideologie«, und zwar die der Arbeitspartei. »Westjordanland wird Trizonesien«, lautete die treffende Schlagzeile in der »tageszeitung« vom 23. September 1995. Obwohl die israelische Regierung Verpflichtungen aus dem »Gaza-Jericho-Abkommen« nicht eingehalten hatte, ließen sich die Palästinenser ihre Vorstellungen aufoktroieren, einschließlich anderer Methoden der Kontrolle und Dominanz. Arafat mußte sich vertraglich verpflichten, die »Schmutzarbeit« zu übernehmen: die Bekämpfung des Terrors und des Widerstandes. Aufgrund der miserablen Lage der Menschen ein fast aussichtsloses Unterfangen.

Als Rabin das Abkommen am 5. Oktober in der Knesset vorstellte, konnte er zufrieden verkünden, »daß Israel weiterhin über 73 Prozent des Bodens in den (besetzten) Gebieten, über 97 Prozent der Sicherheitskräfte und 80 Prozent der Wasservorkommen verfügen wird«.

Der Ministerpräsident entwarf seine »Friedensvision« einer künftigen palästinensischen Entität. »Wir wollen ein Israel, das zu 80 Prozent jüdisch ist. Wir wollen, daß es eine Autorität ist, aber weniger als ein Staat, der unabhängig das Leben seiner Bürger unter seiner Jurisdiktion bestimmen kann ... Wir werden nicht zu den Grenzen vom 4. Juni zurückkehren.« Im Rahmen einer endgültigen Regelung sollten die Siedlungen Ma'ale Adumim und Giv'at Ze'ev zu Jerusalem gehören. »Die Sicherheitsgrenzen werden sich über das Jordantal erstrecken. Die Siedlungsblocks von Gush Etzion, Efrat, Beitar und andere werden innerhalb der israelischen Grenzen liegen.« Journalisten wies er an: »Schreibt nicht ›Abzug‹. Es handelt sich lediglich um eine Umgruppierung unserer Truppen im Westjordanland.«

Die Israelis hatten ihre Karten wohlweislich erst kurz vor der Unterzeichnung vorgelegt. Arafat bekam einen Tobsuchtsanfall, der aber das Endergebnis nicht mehr beeinflusste. Diese »Karten-Krise« dauerte 42 Minuten und gehörte zur Dramaturgie der Verhandlungen. Der Tageszeitung »Yediot Aharonot« vom 8. Oktober 1995 berichtete Shimon Peres, Arafat habe ihn während der neuntätigen Endverhandlungen in Taba mehrmals um ein Feigenblatt gebeten. »Er meinte: Geben Sie mir eine Redewendung, die von meinem Volk akzeptiert wird.« Auf die Frage, ob die Israelis ihre Ziele erreicht hätten, antwortete der damalige Außenminister: »Alles verlief nach der Strategie, die der Ministerpräsident und ich entworfen hatten. Natürlich konnten wir nicht unsere ganze politische Macht ausüben und die Palästinenser brechen. Dies wäre nicht im israelischen Interesse. In solchen Verhandlungen sollte man nicht zu viel erreichen. Man darf nicht zu gönnerhaft oder eitel sein.«

De facto besaßen die Israelis nach dem Rückzug ihrer Truppen aus den Städten mehr Militärstützpunkte in der Westbank als zuvor. Die Palästinenser hatten erneut einer begrenzten Umgruppierung der Truppen zugestimmt und einen Autonomieplan akzeptiert, der ihnen keine geschlossenen Gebiete zubilligte, sondern lediglich eine Art Flickenteppich oder Inselreich.

Die Konzessionen, die die Palästinenser machen mußten, belegen ihre Unterwerfung. Der Soziologe Baruch Kimmerling schrieb am 3. Januar 1996 in der Tageszeitung »Ha'aretz«, daß die Bedingungen dieses Abkommens den berüchtigten Versailler Vertrag geradezu als ideales Abkommen erscheinen lassen und prognostizierte: »Die Wiederholung eines großen Palästinenseraufstandes, dem gegenüber die Intifada wie ein Kinderspiel erscheinen wird und der – wie der arabische Aufstand von 1937 bis 1939 – sich gegen die palästinensische Führung und gegen die wirklichen Herrscher richten wird, ist nur eine Frage der Zeit.« Sollte Arafat den Aufstand seiner eigenen Landsleute nicht niederschlagen, sondern sich mit seiner

Polizeitruppe auf die Seite der Aufständischen stellen und sich gegen Israel wenden, könnte dies zur Vertreibung der Palästinenser führen. In einem neuen Krieg könnte Israel die von einem nicht geringen Teil der politischen Klasse des Landes vertretene Idee eines »Transfers« umsetzen.

Für den ehemaligen Vize-Bürgermeister von Jerusalem, Meron Benvenisti, stand zwei Monate vor der Unterzeichnung bereits fest: Es bleibt bei der »Übernahme der Hälfte des Landes in der Westbank, Siedlungen in aneinandergereihten Blöcken, der Verteilung des Wassers zugunsten Israels, ökonomischer Ausbeutung, Behinderung der palästinensischen wirtschaftlichen Entwicklung, bürokratischem Terrorismus, brutaler Gewalt und totaler Unterdrückung jeglicher palästinensischer politischer Aktivität. Keine einzige dieser Bedingungen wird sich durch die erwartete Unterzeichnung des Interimsabkommens ändern, außer der letzten. In den anderen Bereichen wird die israelische Kontrolle weniger direkt sein. Statt die Dinge selber zu regeln, werden ›israelische Verbindungsoffiziere‹ für die palästinensischen Angestellten die Entscheidungen treffen, ebenso, wie es im Gaza-Streifen geschieht.« (»Ha'aretz«, 6. Juli 1995)

Das 314 Seiten umfassende Abkommen liest sich wie das Diktat eines Siegers über den Besiegten. Die Bestimmungen mit zahlreichen Kreuz-, Quer- und Rückverweisen lassen sich schwerlich in die Praxis umsetzen, weil sie dort, wo Zugeständnisse gemacht werden, diese in nachfolgenden Paragraphen wieder zurückgenommen oder eingeschränkt werden. Das Abkommen umfaßt 31 Artikel, die in fünf Kapitel gegliedert sind: die Aufgaben des Rates; die Umgruppierung der Truppen und Sicherheitsvereinbarungen; rechtliche Angelegenheiten; Zusammenarbeit und verschiedene Bestimmungen. Hinzu kommen sieben Anhänge. Anhang 1 – Sicherheitsfragen und Umgruppierung der Armee, das Herzstück des Abkommens – enthält sechs Anlagen. Im Anhang 2 (drei Anlagen) sind die Modalitäten der Wahlen festgelegt, in Anhang 3 (eine Anlage) die Regelung ziviler Angelegenheiten sowie die Verantwortlichkeiten. Anhang 4 betrifft Rechtsfragen. Anhang 5 enthält das Wirtschaftsprotokoll von Paris, das auch dem »Gaza-Jericho-Abkommen« beigefügt war. Im Anhang 6 sind die Modalitäten der israelisch-palästinensischen Zusammenarbeit formuliert und in Anhang 7 die Details für die Freilassung palästinensischer Häftlinge. Neun Karten dokumentieren, wie sich das Abkommen in praxi auswirkt.²⁸

In der Zone A – sie umfaßt die Städte Jenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya, Ramallah und Bethlehem (3,5 Prozent des Gebietes) – geht die Zivilverwaltung und die Kontrolle der Sicherheit auf die Palästinenser über. Israelische Truppen sollten sich bis zum 22. Tage vor

den Wahlen zum palästinensischen Autonomierat aus dieser Zone zurückziehen. Palästinensische Polizisten dürfen Paß und Autopapiere israelischer Bürger kontrollieren, diese jedoch unter keinen Umständen festnehmen oder inhaftieren. Ist ein Israeli in Zwischenfälle involviert, müssen die israelischen Sicherheitskräfte informiert werden.

In der Zone B, in der 420 Kleinstädte und Dörfer liegen, wird den Palästinensern nur die Zivilverwaltung übertragen. Hier werden zwar 25 palästinensische Polizeistationen errichtet, die Verantwortung für Sicherheitsfragen bleibt ausschließlich in israelischer Hand. Nur die Palästinenser betreffende Angelegenheiten kann deren eigene Polizei allein entscheiden. Sie darf sich auf den palästinensischen Durchgangsstraßen bewegen, für Fahrten auf anderen Straßen muß sie eine Genehmigung der israelischen Militärbehörden vorweisen.

Zone C umfaßt 73 Prozent der Westbank, 60 Prozent davon hat Israel bereits als Staatsland konfisziert. Hier liegen die Siedlungen. In dieser Zone werden den Palästinensern lediglich Verantwortlichkeiten übertragen, deren Regelung nicht den Statusendverhandlungen vorbehalten ist.

Dieses Zonenmodell hat für die Palästinenser verhängnisvolle Auswirkungen: Da die israelische Regierung die Macht und das Recht hat, das »Interimsabkommen« außer Kraft zu setzen, riegelt sie bei Terroranschlägen jede Enklave völlig ab, während sich die Menschen vor dem Abkommen wenigstens in der abgeriegelten Westbank frei bewegen konnten. Seit der Al-Aqsa-Intifada können die Einwohner ihre Städte und Dörfer nur in wenigen Ausnahmefällen verlassen. Für Hebron gelten Sonderbedingungen, die im Abschnitt über das Hebron-Protokoll dargelegt werden.

Nach den palästinensischen Wahlen und der Einsetzung des Autonomierates hatte Israel mit einer zweiten umfassenden Umgruppierung der Streitkräfte begonnen, die sich auf drei Etappen von jeweils sechs Monaten erstreckte. Der palästinensischen Jurisdiktion werden nur solche Gebiete unterstellt, deren Status nicht erst in den Endverhandlungen festgelegt wird.

Zur Verhinderung von »Terrorismus und Gewalt« sollen in den Gebieten der Palästinenser insgesamt über 50000 Sicherheitskräfte tätig sein. Israelis und Palästinenser haben einen gemeinsamen Sicherheitsausschuß eingerichtet, der die Maßnahmen zwischen der palästinensischen und der israelischen Polizei koordiniert. Ein separates, 400 Kilometer umfassendes Straßensystem in der Westbank verbindet die israelischen Siedlungen miteinander. Diese Trassen umgehen palästinensische Dörfer und Städte, auf einigen

Abschnitten dürfen nur jüdische Israelis fahren. Es gibt somit erstmals ethnisch reine Straßen! Eine Übergabe weiterer Gebiete an die Palästinenser hätte keinerlei Konsequenzen für die Siedler, da sie wegen des separaten Straßensystems mit den Palästinensern nicht mehr zusammenstoßen. Wie sich Oslo 2 konkret auswirkt, ist aus nachfolgender Karte ersichtlich:

Die gestrichelte »grüne Linie« umfaßt das Gebiet, das Israel im Sechstagekrieg vom Juni 1967 erobert hat. Die Zonen A und B heben sich deutlich von Zone C (helle Fläche) ab. Die Inseln umfassen nur etwa 30 Prozent des palästinensischen Gebietes, in dem aber mehr als 90 Prozent der palästinensischen Bevölkerung leben. Sieben Prozent der Palästinenser bleiben unter direkter israelischer Besetzung, und zwar in Hebron und Ost-Jerusalem. In Zone C bilden die Ortschaften der Palästinenser nur kleine Inseln in einem ausschließlich von Israelis kontrollierten Gebiet. Der Zeitung »Ha'aretz« vom 22. November 1995 zufolge hat Peres stets prognostiziert, daß »der Palästinenserstaat nur im Gaza-Streifen und in Jericho entstehen wird, während der Rest der Westbank für einen überschaubaren Zeitraum – und ich meine eine sehr lange Zeit – ein autonomes Gebiet bleibt«.

Das Oslo-2-Abkommen hat den in der UN-Resolution 242 ursprünglich vorherrschenden Ansatz zur Lösung des bilateralen Konflikts aufgehoben. Die Palästinenser sind nunmehr gezwungen, mit den Israelis über ein Gebiet zu verhandeln, in dem sie nicht mehr als Bürger anerkannt sind. Vielleicht hatten sie gehofft, die jüdischen Siedler würden in einem palästinensischen Meer leben, wenn sich die israelische Armee Schritt für Schritt aus der Zone C zurückziehen würde, doch das Gegenteil trat ein. Die Palästinenser können, wie bereits gesagt, nur in den ihnen ausschließlich zugewiesenen Gebieten die volle Souveränität ausüben. Die Übertragung weiterer Gebiete wäre aufgrund des separaten Straßensystems eine reine Formalität und hätte keine Konsequenzen für die Siedler.²⁹ Die Autonomiebehörde muß die Rechte Israels, die sich auf Staatsland und das Land von Abwesenden beziehen, respektieren. Sie muß selbst die völkerrechtswidrige Annexion palästinensischen Landes und die Beschlagnahme des Landes von Flüchtlingen hinnehmen.

Die Gliederung der Westbank in vier unzusammenhängende Gebiete hat schwerwiegende geopolitische Konsequenzen. Die jüdischen Siedlungen im Osten der Westbank versperren den Palästinensern den Weg zum Jordan und riegeln sie vom arabischen Hinterland ab. Das Wasser aus den Zuflüssen des Jordan teilen Israel und Jordanien unter sich auf. Daß die Palästinenser nicht über Grund- und Oberflächenwasser verfügen können, stellt eines der größten Hindernisse für die Entwicklung einer eigenständigen Landwirtschaft dar.

Am 24. Juli war in Tel Aviv eine Bombe in einem Bus explodiert und hatte sechs Israelis getötet und 28 verwundet. Die israelische Regierung ging gegen den Terror und seine Drahtzieher konsequent vor und provozierte damit neue Anschläge. Sie befahl Arafat am 18. August 1995, nach einem Mann namens Nassar zu suchen, der einen Anschlag in Tel Aviv plante. Sollte er nicht binnen vier Tagen gefaßt sein, werde der Gaza-Streifen hermetisch abgeriegelt. Nachdem das Ultimatum verstrichen war, riegelte die israelische Armee das Gebiet zwei Wochen ab, obwohl Arafats Sicherheitsdienste den Gesuchten in Sheikh Raduan zwangen, das von ihnen umstellte Haus zu verlassen. Herbeigeeilte Demonstranten beschimpften die Polizisten als »Verräter! Kollaborateure! Juden!« Es kam zu heftigen Gefechten. Schließlich ergaben sich die Bewohner, nachdem ihnen versichert worden war, Nassar werde nicht vor das »Staatsicherheitsgericht« gestellt, sondern nur für »einige Wochen verhört«. Arafat hatte den Test bestanden. Der Journalist Dan Margalit schrieb am 21. August in »Ha'aretz«: »Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling, aber Arafat hat sich stärker erwiesen als gedacht.« An diesem Tag explodierte in Jerusalem eine Bombe in einem Bus, wodurch vier Israelis und ein US-Bürger starben und mehr als 100 Israelis verletzt wurden.

Am 25. Juli 1995 hatte der Generalsekretär des Islamischen Jihad, Scheich Fathi Shakaki, in einem Interview mit der »taz« weitere Anschläge »zur Befreiung Palästinas« angekündigt. Ende Oktober 1995 wurde er auf Malta vermutlich von Mossad-Agenten erschossen. Shakaki galt als Strategie der Terroranschläge des Jihad in Beit Lid und Kfar Darom. Rabin erklärte lapidar: »Wer sich mit Mord beschäftigt, muß mit seiner Ermordung rechnen.« Keine zivilisierte Gesellschaft könne eine solche Existenz dulden. Die Vergeltungsschläge ließen nicht lange auf sich warten. Am 1. November explodierten zwei Autobomben im Gaza-Streifen, wobei nur die Attentäter ums Leben kamen. Nachfolger von Shakaki wurde Abdallah Shalah, ein in England ausgebildeter Wirtschaftswissenschaftler.

Arafat hatte in Gaza gezeigt, daß er gegenüber seinem Volk ebenso rücksichtslos vorgehen konnte wie das israelische Militär. Die Israelis hofften, die Synthese aus »Unterdrückung und Korruption« würde sich in der Westbank ebenfalls bewähren. Israels Generalstabschef Amnon Shahak erklärte am 24. September 1995 in »Yediot Aharonot«: »Das Schicksal des Abkommens hängt davon ab, wie effektiv die Palästinenser den Terrorismus bekämpfen.« Auch Rabin äußerte sich in der Zeitung »Ma'ariv« am gleichen Tag in diesem Tenor: »Ich spreche nicht zu den Palästinensern im Namen der Menschenrechte und der Demokratie. Ich spreche zu ihnen im Namen von Frieden und Sicherheit. Es geht uns nichts an, wie sie ihre Prozesse durchführen, solange die Urteile adäquat sind und die Haftstrafen real.« Das Oslo-II-

Abkommen war die »Belohnung« für Arafats Gehorsam gegenüber israelischen Forderungen. Während sich der PLO-Chef und Rabin in Washington die Hand reichten, waren die Westbank und der Gaza-Streifen wegen der jüdischen Feiertage vom 24. September bis 17. Oktober total abgeriegelt.

Die Schlüsselbegriffe des Abkommens sind »Umgruppierung« und »Autonomie«. Es wurde in der Knesset mit 61 zu 59 Stimmen angenommen, ohne »jüdische Mehrheit«, wie die Rechtsopposition bemerkte. Im Resümee eines Workshops, der von der israelischen Menschenrechtsorganisation HAMOKED am 7. November 1995 im Ambassador-Hotel in Ost-Jerusalem veranstaltet wurde, heißt es: »Die Vereinbarungen haben die tatsächliche Kontrolle der meisten Aspekte des täglichen Lebens der Palästinenser in israelischer Hand gelassen. Da Israel die Befugnis über die Reisefreiheit – durch Ein- und Ausreisegenehmigungen –, behält sowie Aufenthaltsgenehmigung und die Erlaubnis der Familienzusammenführung erteilt, kontrolliert es auch zentrale Bereiche der Wirtschaft, der medizinischen Versorgung, der Berufsausbildung, des Familienlebens und der Kultur im allgemeinen. Extensive Macht der israelischen Sicherheitsdienste und dauerhafte Abriegelungen unterstreichen und verschlimmern dies nur. Die Basis der Menschenrechtssituation und das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen haben sich durch die Abkommen nicht verändert.«³⁰

Während palästinensische Kommentatoren das »Interimsabkommen« als »Meilenstein« zur Staatswerdung pries, warf die Opposition Arafat vor, er sei »Israels neuer militärischer Arm und ein Instrument des Staates Israel«. Hamas-Sympathisanten verbreiteten Flugblätter, in denen Arafat als »Verräter« bezeichnet wurde.

Kritik an der Haltung des PLO-Chefs ist berechtigt: Das Oslo-2-Abkommen ist Ausdruck einer Politik, die die Kolonisierung weiter vorantrieb, sich gegen das Rückkehrrecht der Flüchtlinge aussprach und auf die Durchsetzung der eigenen ökonomischen Interessen setzte. Die Konflikte, vor denen die beiden Kontrahenten heute stehen, resultieren in erster Linie aus den ungleichen Abkommen. Ob die Arbeitspartei oder der Likud-Block die Regierung stellen, ist zweitrangig, weil beide das gleiche Ziel verfolgen und sich nur in ihren Methoden unterscheiden. Meron Benvenisti kam am 26. Oktober 1995 in »Ha'aretz« zu dem Schluß, während der Likud die bedingungslose Kapitulation der Palästinenser anstrebe, mute ihnen die Arbeitspartei eine großzügigere Form der Kapitulation zu. Die Autonomieführung gab sich der Illusion hin, eine Regierung der Arbeitspartei würde ihnen gegenüber

konzessionsbereiter sein. Wie sich gezeigt hat, trieben beide politische Lager sowohl die Siedlungspolitik als auch die Enteignung palästinensischen Landes voran.

Auch die zweite Mena-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 29. bis 31. Oktober 1995 in Amman bracht keinen Fortschritt bei der Lösung der Grundkonflikte in der Region. Der ägyptische Außenminister Amr Musa, warnte davor, Beziehungen zu Israel überstürzt zu normalisieren, statt dessen sollte die Zusammenarbeit der arabischen Staaten neu belebt werden, die allein einen umfassenden und gerechten Frieden in der Region garantieren könne. Israel müsse sein Atomwaffenmonopol in der Region aufgeben. König Hussein widersprach, falls das Problem in der Überstürzung des Friedensprozesses liege, sei Jordanien Ägypten um 17 Jahre zuvorgekommen. Arafat erinnerte daran, daß er mit dem Ausgleich zwischen der PLO und Israel den »Frieden« erst ermöglicht habe. Gedankt worden sei es ihm nicht, die Investitionen blieben weiter aus. Shimon Peres erklärte, sein Land richte sich auf Europa aus, es sei nicht vom Handel mit den arabischen Staaten abhängig. Er wies die Ansprüche der Palästinenser auf Ost-Jerusalem und deren Kritik an der Entscheidung des amerikanischen Kongresses zurück, die US-Botschaft bis zum Jahre 1999 von Tel Aviv wieder nach Jerusalem zu verlegen. Syrien und der Libanon nahmen an diesem Spektakel nicht teil. Der syrische Rundfunk kritisierte die Veranstaltung als eine »Abart des Kolonialismus mit wirtschaftlichem Gesicht«.

Die in Amman eingerichtete regionale Entwicklungsbank hofft, neben erheblichen Transferzahlungen aus den USA auch an westeuropäischen Investitionen zu partizipieren. Einige Länder, darunter Deutschland, hielten die Einrichtung für überflüssig und stellten keine Gelder bereit, andere befürchteten, eine amerikanisch-israelische Hegemonie in der Bank werde dem Friedensprozeß schaden. Diese Bedenken haben sich bewahrheitet. Die Entwicklungsbank kam nie über einen virtuellen Status hinaus. Weil sie einseitig politisch konzipiert war, mußte das Projekt scheitern.

In Israel und in den Autonomiegebieten geriet der Friedensprozeß immer stärker unter Druck. Die Rechte in Israel organisierte Großdemonstrationen, auf denen sie die Regierung und insbesondere Ministerpräsident Rabin verteufelte. Deshalb beschlossen einige Politiker der Regierung und ihr nahestehende Organisationen, für den 4. November 1995 zu einer Friedensdemonstration in Tel Aviv aufzurufen. Rabin stand dieser Idee anfangs skeptisch gegenüber, ließ sich jedoch von seinen Mitarbeitern schließlich überzeugen. Die eindrucksvolle Kundgebung mit etwa 100000 Teilnehmern zeigte, daß ein großer Teil der israelischen Gesellschaft immer noch bereit war, den Weg des Ausgleichs mit den

Palästinensern zu suchen. Als Rabin nach Abschluß der Veranstaltung in sein Auto steigen wollte, wurde er von einem Attentäter hinterrücks erschossen.

Wie in Oslo festgelegt, fanden am 20. Januar 1996 die ersten »freien« Wahlen in Palästina statt. Die israelische Armee hatte sich vertragsgemäß aus den Städten zurückgezogen. In Ost-Jerusalem lag die Wahlbeteiligung mit 40 Prozent am niedrigsten, im Gaza-Streifen war sie mit 90 Prozent am höchsten. Es wurden ein palästinensisches »Parlament« und ein »Präsident« gewählt. Von den knapp über eine Million abgegebenen Stimmen erhielt Arafat 88,6 Prozent, seine Gegenkandidatin Samiha Khalil 11,5. Arafats Fatah-Bewegung errang 51 der 88 Sitze. Hinzu kamen 34 unabhängige Kandidaten, von denen 14 noch mit Fatah verbunden waren. Jeweils einen Sitz errangen Fida und der NDC. Die anschließend erhobenen Vorwürfe der Wahlmanipulation bestätigten sich nicht. Die Wahlbeobachter der Europäischen Union nannten die Wahlen zum »größten Teil fair«³¹.

Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter verurteilte die vehementen Einschüchterungsversuche der israelischen Sicherheitskräfte auf die Wähler in Ost-Jerusalem. Moshe Shahal sah die niedrige Wahlbeteiligung als eine Bestätigung für Israels »legitime« Herrschaft über Jerusalem: »die Palästinenser in Jerusalem wollen, daß die Stadt vereint und unter israelischer Souveränität bleibt«. Arafats Gegenkandidatin brachte den wahren Grund zur Sprache: »Die Palästinenser mögen es nicht, unter Besetzung zu wählen.« Daß Arafat und der an seine Person gebundene Friedensprozeß endlich von einer Mehrheit legitimiert waren, besaß für die USA und Israel große symbolische Bedeutung.

Die auf Mai vorgezogenen Wahlen in Israel wirkten sich auf den Fortgang des Friedensprozesses aus. Obwohl Peres zu Beginn des Jahres bei Meinungsumfragen noch um zirka 20 Prozent vor seinem Herausforderer Netanyahu gelegen hatte, versuchte dieser im Vorfeld eine Koalition zwischen den rechten und den religiösen Parteien zu vereinbaren. Da der Ministerpräsident erstmals direkt vom Volk gewählt wurde, mußte Netanyahu verhindern, daß er einen rechten Mitkonkurrenten bekam. Er konnte Raphael Eitan von Tzomet überreden, nicht zu kandidieren. Als sich Rehavam Ze'evi's Moledet-Partei, die für einen Massentransfer der Palästinenser eintritt, Netanyahu öffentlich andiente, schien diese Strategie zu scheitern. Da die Moledet-Partei David Levys Pläne, moderate Nationalisten zu gewinnen, konterkariert hätte, wurde Ze'evi's Angebot abgelehnt. Ze'evi's Begründung der Transfer-Idee hat eine bestechende Logik: »Wir sind gekommen, um zu besetzen und zu besiedeln. Wenn ein Transfer nicht ethisch ist, dann ist alles falsch, was wir hier in den letzten

100 Jahren getan haben.« Der wiedergewonnene nationale Konsens zwischen den zionistischen Parteien wirkte sich auf die Palästinenser negativ aus.

Gefährlicher als diese Koalitionsränke im Vorfeld der Wahlen waren für Peres die Terroranschläge islamistischer Gruppen. Am 5. Januar 1996 wurde Yahiya Ayyash, bekannt als der »Ingenieur«, durch eine ferngezündete Bombe, die in seinem Handy eingebaut war, getötet. Das Mobiltelefon wurde Ayyash von einem palästinensischen Kollaborateur, Kamal Hammad, übergeben. Die Beerdigung geriet zu einer Massendemonstration, an der sich zirka 120000 Menschen beteiligten, die lauthals Rache forderten. Hamas-Sprecher Mahmoud Zahar sagte gegenüber Reportern: »Der einzige Weg, Israel zu veranlassen, diese Attacken zu stoppen, ist, den Preis für sie selber zu erhöhen.«

Die israelische Regierung hatte Ayyash vorgeworfen, für den Tod von mindestens 55 Israelis verantwortlich zu sein. Die Palästinenser vermuteten, Peres habe den Anschlag angeordnet, um das Vertrauen in den israelischen Geheimdienst wiederherzustellen, das durch die Ermordung Rabins schwer in Mitleidenschaft gezogen worden war. Die Israelis wußten, daß neue Terroranschläge zu erwarten waren. Die Regierung veranlaßte eine totale Abriegelung der Gebiete bis zum 12. Januar. Vier Tage nach der Aufhebung wurden zwei israelische Soldaten auf der Straße nach Hebron von einem palästinensischen Kommando getötet. Auch Arafats Sicherheitsdienste blieben nicht untätig. Sie erschossen am 3. Februar zwei Mitglieder des Islamischen Jihad. Daraufhin forderten »Die freien Mujaheddin« in einem Flugblatt zur Tötung Arafats auf. Vom 11. Februar bis zum Ende des Festes Eid al-Fitr, das den Fastenmonat Ramadan abschließt, wurden die Gebiete ohne Erklärung erneut abgeriegelt.

Unmittelbar nach Aufhebung der Absperrung explodierte am 25. Februar 1996 eine Bombe in einem Bus im Zentrum von Jerusalem, tötete 24 Israelis und verwundete 55, davon 19 schwer. Kurze Zeit darauf tötete eine zweite Bombe einen israelischen Soldaten und verwundete weitere 35 an einer Kreuzung bei Ashqelon. Beide Anschläge waren Racheakte für das Massaker Baruch Goldsteins genau zwei Jahre früher und der Tötung Ayyashes im Januar. Islamische Selbstmordkommandos sprengten sich am 3. und 4. März in Jerusalem und Tel Aviv in die Luft, töteten dabei 32 Menschen und verwundeten mehr als 100. Peres hatte nun keine andere Wahl mehr, als die besetzten Gebiete und die Autonomieklaven einzeln abzuriegeln. Arafat verurteilte im Namen seiner Behörde diese Anschläge auf das schärfste und sprach den Hinterbliebenen sein Beileid aus. Er verbot folgende Organisationen: Fatah-Falken, Schwarze Panther (Fatah), Qassam Brigaden (Hamas), Roten Stern (DFLP nahe), Rote Falken (PFLP nahe) sowie Qasam (Islamischer Jihad). Die israelische Regierung drängte

Arafat zu Massenverhaftungen unter den Sympathisanten dieser Gruppen. Peres rechtfertigte die massiven Kollektivstrafen gegenüber den Palästinensern mit dem Hinweis, »Israel stehe einer kollektiven Terrorgefahr gegenüber.« Direkter drückte es Staatspräsident Ezer Weizman aus: »Wenn man eine Nadel im Heuhaufen sucht und die Nadel nicht gefunden werden kann, muß man den ganzen Heuhaufen anzünden.« Mit dem Heuhaufen waren die Palästinenser und mit der Nadel Hamas gemeint.

Auch der von Rabin vorgeschlagene Trennungsplan wurde wieder zum Leben erweckt. Peres ordnete am 3. März an, einen zwei Kilometer breiten »Sicherheitssaum« entlang der 350 Kilometer langen »grünen Linie« einzurichten. Die Palästinenser konnten ihr Gebiet nur über 18 Übergangsstellen verlassen. Damit war der im Wirtschaftsprotokoll zugesagte freie Fluß von Waren und Menschen hinfällig. Die Autonomiebehörde nahm dies ebenso widerspruchslos hin wie weitere Landenteignungen und den verstärkten Ausbau der Umgehungsstraßen.

Arafat wußte, wenn er in den Autonomieinseln nicht »für Ordnung Sorge«, würde die israelische Armee dort einmarschieren. Die Autonomiebehörde stellte den Hamas-Führern ein Ultimatum: Entweder die Organisation bringe ihren radikalen Flügel unter Kontrolle, oder sie werde verboten. Gleichzeitig wurden die islamische Universität in Gaza durchsucht und 200 Hamas-Sympathisanten festgenommen. Bei Verhaftungen im Gaza-Streifen und in der Westbank kooperierten palästinensische und israelische Sicherheitskräfte. Der PLO-Führer sorgte dafür, daß während der Totalabriegelung jeglicher Protest niedergeschlagen wurde. Ende März saßen mehr als 1500 Hamas-Sympathisanten in den Gefängnissen der Autonomiebehörde. Außer einigen von der Fatah-gesteuerten »Protesten« unter dem Motto »Ja zum Frieden, Nein zur Belagerung« blieb es in den Autonomieenklaven ruhig.

Der pompöse »Gipfel der Friedensstifter« am 13. März im ägyptischen Sharm el-Sheikh, zu dem mehr als dreißig Staatschefs aus arabischen Ländern und Westeuropa sowie Bill Clinton kamen, hatte den Charakter einer Wahlveranstaltung für Shimon Peres. Clinton konnte nur drei magere Allgemeinplätze als Kommuniqué verkünden: den Friedensprozeß zu fördern, die Sicherheit zu erhöhen und den Terror zu bekämpfen. Über die wahren Ursachen des Terrors wurde nicht gesprochen. Am 14. März reiste der US-Präsident nach Israel, wo er den Bürgern versicherte, er werde mit ihnen Arm in Arm gegen den Terror vorgehen und ihre Sicherheit garantieren. Im Center for Performing Art in Tel Aviv begrüßte Peres Clinton als »den größten Präsidenten, den die USA jemals hatten«. Vom israelischen Standpunkt war diese Ehrung gerechtfertigt. Serge Schmemmann schrieb in der »New York Times« vom 15.

März, daß »der Präsident keine Anstalten machte, seine Unterstützung für Israel durch eine Geste gegenüber Arafat etwas auszugleichen, wie das bei Staatsbesuchen üblich ist. Er unterstützte selbst Israels harte Maßnahmen in der Westbank und dem Gaza-Streifen öffentlich, einschließlich der belagerten palästinensischen Siedlungen.« Und Nahum Barnea schrieb unter der Schlagzeile »Der letzte Zionist« am gleichen Tag in »Yediot Aharonot«: »Es gibt andere Länder auf der Welt, die ähnlich unter Terror zu leiden haben und einen ähnlichen Preis zahlen. Aber keines von diesen genießt die umfassende, inbrünstige und uneingeschränkte Unterstützung, die Israel vom amerikanischen Präsidenten erhalten hat.«

Da Arafat die von Peres geforderte Änderung der PLO-Charta nicht eigenmächtig veranlassen konnte, mußte er den Palästinensischen Nationalrat zu seiner ersten Sitzung auf palästinensischem Gebiet seit 1964 einberufen. Zu den 483 Mitgliedern des bisherigen Exilparlaments kamen 186 aus den »befreiten Gebieten«. 448 waren bei der Eröffnungssitzung am 22. April 1996 anwesend. Am zweiten Sitzungstag erhöhte sich die Zahl auf 536. George Habash (Volksfront für die Befreiung Palästinas) und Naif Hawatmeh (Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas) reisten nicht an, obwohl sie eine Einreisegenehmigung hatten. Die Abgeordneten stimmten mit 504 gegen 54 Stimmen für die Änderung der Charta, in der Israel das Existenzrecht abgesprochen worden war.³² Arafat gelang es, diese große Mehrheit hinter sich zu bringen, weil er behauptete, die Alternative zur Beibehaltung der Charta sei der kollektive Selbstmord der Palästinenser an allen Fronten. Konkret hieße dies: Abbruch der Friedensgespräche und Fortdauer der Abriegelung. Die Gelder für die Autonomiebehörde würden gesperrt, die Israelis hätten einen Vorwand, sich nicht aus Hebron zurückzuziehen. Selbst den drakonischen Maßnahmen Israels in den besetzten Gebieten gewann die palästinensische Führung nur Positives ab. Der Bau der Umgehungsstraßen und die Enteignung von Land schien den Autonomiebehörde unproblematisch, da es letztendlich ihrem Staat zufallen würde, so die unrealistische Hoffnung. Die PLO müsse sich nur an die Amerikaner halten, dann würde sie ihre Ziele schon erreichen. Eine solche Haltung kann man nur infantil oder verantwortungslos nennen. Die Einwände von Haidar Abd Al-Shafi und Hanan Ashrawi, daß die Palästinenser ihr eigenes Programm aufstellen sollten, bevor sie es sich von den Israelis diktieren ließen, wies Arafat ebenso zurück wie den Vorschlag, die Charta durch die »Unabhängigkeitserklärung« von 1988 zu ersetzen.

Peres begrüßte die Entscheidung als »die wichtigste ideologische Veränderung in diesem Jahrhundert«. Mit dieser Einschätzung hatte der Ministerpräsident durchaus Recht. Damit

haben sich die Palästinenser dem zionistischen Geschichtsentwurf gebeugt und ihren Anspruch auf Palästina aufgegeben. Dies bedeutet, daß sie – gemäß dem Mythos vom leeren Land – ihre eigene Geschichte nur im Kontext der jüdischen Kolonisierung ihres Landes sehen.

Peres konnte die Attacken des Likud nur abwehren, wenn sich Arafat als zuverlässiger Partner erwies. Die Terroranschläge, die integraler Bestandteil der Gewalt sind, die Israel seit 34 Jahren durch seine Besetzung mitverursacht hat, beeinflussten die israelische Öffentlichkeit. Die Arbeitspartei-Meretz-Regierung war nicht an einer Opposition interessiert, die die palästinensischen Interessen vertritt.

Ayyash-Einheiten, die die Verantwortung für die letzten Terroranschläge übernommen hatten, erklärten in einem Flugblatt, ihre Vergeltungsanschläge für die Ermordung von Ayyash seien beendet. Sie forderten Israel auf, über die Autonomiebehörde mit der Hamas einen Waffenstillstand zu vereinbaren. Wenn der Shin Bet die »gesuchten Helden« der Qassam-Einheiten angreife »wird uns keine Sicherheitsmaßnahme daran hindern, überall zuzuschlagen«. Weder die Arbeitspartei noch der Likud könne Sicherheit garantieren, solange die israelische Regierung eine Politik des Terrors gegen das palästinensische Volk verfolge.³³ Israel ignorierte dieses »Angebot« der Organisation wie alle früheren, da es nicht mit einer »Bande von Mördern und Terroristen« verhandele, und verhängte drakonische Kollektivstrafen.

Peres erklärte der Hamas den »totalen Krieg«. Für zwei Wochen waren jegliche Reisen innerhalb der Gebiete verboten, über die Flüchtlingslager wurde eine totale Ausgangssperre verhängt, alle männlichen Verwandten von Verdächtigen wurden verhaftet, sechs Colleges in Ost-Jerusalem und der Westbank sowie die Universität von Hebron geschlossen. Peres ließ lediglich einige Lebensmitteltransporte zu, damit keine Hungersnot in Gaza ausbrach. Auch die für den 28. März geplante Verlegung von Truppen aus Hebron wurde wegen der »sicherheitspolitischen Lage« auf die Zeit nach den Wahlen verschoben. Die Abriegelung der Gebiete kostete die Autonomiebehörde täglich sechs Millionen US-Dollar. Die Verluste beliefen sich in dieser Zeit auf das Doppelte der Summe, die Geberländer zur Aufrechterhaltung von Arafats Herrschaft beisteuern.

Nach Aktionen der Hisbollah in der »Sicherheitszone«, bei denen einige israelische Soldaten, Zivilisten und einige Hisbollah-Kämpfer umkamen, und der Beschießung Nordisraels durch Katjuscharaketen, die nur geringen Schaden anrichteten, ordnete Peres die Bombardierung

von Gebieten im Südlibanon an. Die Operation »Früchte des Zorns«, die am 11. April begann, wurde für den Israel ein Desaster. 400000 Menschen mußten fliehen. Am 18. April griff die israelische Luftwaffe »versehentlich« einen UNO-Stützpunkte an, in dem die Einwohner des Dorfes Qana Zuflucht gefunden hatten. 105 Zivilisten wurden getötet. Der öffentliche Protest veranlaßte Peres, den Krieg schnell zu beenden. Nachdem US-Außenminister Warren Christopher Vermittlungen aufgenommen hatte, stellten beide Seiten am 23. April ihre Kampfhandlungen ein. Durch 500 Katjuscharaketen der Hisbollah und 1500 schwere Artillerieangriffe und 1500 Luftangriffe der Israelis kamen zwei israelische Soldaten und sieben Hisbollah-Kämpfer, vier syrische und zwei libanesisische Soldaten ums Leben; 40 israelische Zivilisten wurden verwundet, mehr als 160 libanesisische Zivilisten wurden getötet und 300 verwundet.

Zwei Soldaten, die am Massaker in Qana beteiligt waren, verhehlten im Gespräch mit dem Journalisten Gil Riba ihre Mißachtung der Araber nicht: »Unser Kommandeur rief uns zusammen und sagte, dies sei ein Krieg und wir sollten weiter wie gute Soldaten kämpfen. Wenn die Hisbollah in ein Dorf gegangen seien, in dem Araber lebten, sei das ihr Problem. Ein Araber mehr oder weniger, Sie verstehen. Unser Kommandeur sagte ..., daß wir ausgezeichnet schießen würden und damit fortfahren sollten. Die Araber, Sie wissen, von ihnen gibt es Millionen.« Der andere Soldat: »Wir taten, was von uns verlangt wurde, und wir hatten keinen Grund, uns schuldig zu fühlen. Selbst S. (der Kommandeur – L.W.) erzählte uns, daß wir die Besten seien und sie nur »arabushim« (eine abfällige Bezeichnung für die Araber).« »Hatte keiner etwas gegen diese Bezeichnung einzuwenden?«, wollte Riba wissen. »Nein. Sagen Sie nicht, Sie sind einer dieser Linken oder so?« Der andere Soldat ergänzte: »Wie viele Araber und wie viele Juden gibt es? Einige Arabushim starben, dies ist kein wichtiges Thema.« (»Kol Ha'ir«, 10. Mai 1996)

Die Hisbollah blieb intakt, die libanesisische Regierung wich nicht zurück, und die Bevölkerung rückte trotz aller Gegensätze gegen den externen Aggressor wieder zusammen. Peres wollte sich gegenüber Sharon oder Rabin als der Überlegene erweisen, die beide für Aktionen gegen die Zivilbevölkerung im Libanon verantwortlich waren. Sharon hatte die »Operation Frieden für Galiäa« sowie 1982 das Massaker in den Flüchtlingslager in Sabra und Shatila gebilligt, Rabin im Juli 1993 die Operation »Verantwortlichkeit«, bei der mehr als 500000 Libanesen vertrieben wurden. Wolfgang Günter Lerch bezeichnete das Massaker in Qana in der »FAZ« als »Staatsterrorismus«. Die linksliberale israelische Öffentlichkeit hielt

sich mit Kritik zurück. Hätte Netanyahu eine solche Aktion verantwortet, wäre er der »Kriegsverbrechen« bezichtigt worden.

Bill Clinton setzte sich massiv für die Wiederwahl von Peres ein. Als erster amtierender US-Präsident hielt er eine Rede vor dem American Israel Public Affairs Committee (Aipac), der mächtigsten jüdischen Lobbyorganisation, in Washington. Clinton sprach die israelische Regierung von der Verantwortung für das Bombardement im Libanon frei, da sie ihr legitimes Recht auf Selbstverteidigung ausgeübt habe. Der »größte Führer der freien Welt und treue Freund Israels«, so Peres auf einem Empfang in Washington, demonstrierte bei Arafats Besuch am 1. Mai, daß die USA die einseitige Dynamik dieses Prozesses weiter förderten. Clinton lobte Arafat für sein radikales Vorgehen gegen die Islamisten. Die US-Administration änderte ihre Haltung zum palästinensischen Recht auf Selbstbestimmung nicht. Der angekündigte amerikanisch-palästinensische Ausschuß, der die bilateralen Beziehungen regeln sollte, wurde nie ins Leben gerufen.

Peres drohte sowohl bei der arabischen Bevölkerung als auch bei einem Teil der Linken in Israel Wählerstimmen zu verlieren. Um diese möglichen Verluste auszugleichen, ließ er seinen Minister ohne Geschäftsbereich, Yossi Beilin, mit den Siedlern verhandeln. Ihm gelang es, eine Vereinbarung mit dem Rabbiner Yoel Ben-Nun zu schließen, der zu den erbittertsten Gegnern des Oslo-Prozesses zählte. Darin sagte die Regierung zu, die Interessen der Siedler zu verteidigen, keine Siedlung aufzulösen und deren »natürliches Wachstum« zu garantieren. Größere Siedlungsblöcke sollten annektiert werden. Es zeigte sich, daß selbst vermeintliche »Tauben« der israelischen Linken das Geschäft der Siedler betrieben und deren expansionistische Ziele unterstützten. Peres bekräftigte mit diesem Kontrakt die Position seines Vorgängers, der die Siedler zwar des öfteren attackiert hatte, aber keine einzige Siedlung auflösen ließ. Diese Zugeständnisse kamen einer Übernahme des von Ariel Sharon schon vor Jahren vorgeschlagenen Enklavenprojektes gleich, das auch als »Sharon's Star War«³⁴ bekannt geworden ist. Die politischen Winkelzüge und Konzessionen an einen für die Siedler-Bewegung nicht repräsentativen Vertreter konnten die Niederlage von Peres nicht verhindern. Es bewahrheitete sich wieder einmal, daß Peres ein »Verlierertyp« ist und unter den Israelis kein Vertrauen genießt. Bei allen Wahlen, zu denen er angetreten war, ging er als zweiter Sieger hervor.

4. Das Protokoll über die Truppenverlegung in Hebron vom 15. Januar 1997 und Netanyahus »Friedensvision«

Die internationale Öffentlichkeit war geschockt, als sie vom Wahlsieg Netanyahus erfuhr. Dazu bestand durchaus Anlaß, denn die Mannschaft, mit der er sich umgab, verhiess für die Palästinenser nichts Gutes. Neben Arafat war auch Clinton enttäuscht, hatten doch beide ausschließlich auf den vermeintlichen »Visionär« und nicht auf den »Hardliner« gesetzt. »Die Zusammensetzung der Netanyahu-Regierung zeigt, daß die Extremisten das Sagen haben ... Der Westen und auch die Palästinenser sollten sich keinerlei Hoffnungen auf Fortschritte hingeben, solange sich Netanyahu mit Leuten wie Zevulun Hammer, Ariel Sharon und Raphael Eitan sowie militanten Siedlervertretern und extremistischen Rabbinern umgibt, die den Massenmörder Baruch Goldstein zu ihrem Idol erkoren haben. Der Friedensprozeß ist am Ende, weil er von Anfang an kein Prozeß zwischen Gleichen gewesen ist. Er konnte nur fortgesetzt werden, weil er auf der Unterwerfung der Palästinenser beruhte, und dies ironischerweise von diesen auch akzeptiert worden war.«³⁵

Netanyahu gewann die Wahlen nicht aufgrund seines Programmes, sondern wegen der Ängste, die er schürte. Daß man ihn im Westen als einen »Pragmatiker« bezeichnete, zeigt, wie wenig man ihn hier kannte. Seine Bücher über den Terrorismus oder Israels Rolle in der Welt³⁶ hatten hier wohl nur wenige gelesen.

Die am 18. Juni veröffentlichten Richtlinien seiner Politik gegenüber den Palästinensern entsprachen dem Tenor seiner Wahlkampfretorik. Sie lösten in der arabischen Welt und bei den Palästinensern ein Trauma aus. Dabei unterschieden sie sich nicht von den Zielen der Arbeitspartei: Netanyahu lehnte einen souveränen Palästinenserstaat westlich des Jordans ebenso ab wie die Rückkehr der Flüchtlinge von 1948 und 1967, weil sie eine Gefahr für die »demographische Sicherheit« Israels darstellten. Jerusalem sollte unter der »exklusiven Souveränität« Israels bleiben und der »soziale und ökonomische Status von Groß-Jerusalem« gefördert werden. Die UNO-Resolutionen und die darauf fußenden Statusendverhandlungen wurden mit keinem Wort erwähnt. In seiner »Jungferrede« betonte Netanyahu, daß die Siedlungen überall in »Israel, Judäa, Samaria und Gaza« gefördert würden. Diese schrillen Töne schreckten die USA auf. Nach dem Besuch Warren Christophers begann Netanyahu seine Positionen rhetorisch etwas zu glätten. So kündigte er am 28. Juni in einigen Interviews an, »Kommunikationskanäle« mit der Autonomiebehörde einzurichten. Er schickte in geheimer Mission seinen Berater Dore Gold zu Arafat, um ihm versichern zu lassen, die Likud-Regierung wolle die Statusendverhandlungen fortsetzen.

Die Regierung Netanyahu war wie die von Peres primär an der Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen interessiert. Diese Kooperation schloß den Schutz von Arafat und die Festigung von dessen Herrschaft ein. Seit den Geheimverhandlungen in Oslo war dies für Israel ein wichtiger Aspekt. Nach dem Treffen zwischen dem ehemaligen Leiter des Shin Bet, Ya'acov Peri, dem damals noch stellvertretenden Generalstabschef, Amnon Shahak, mit den Chefs der Preventive Security Services (PSS) von Gaza, Muhammad Dahlan, und Jibril Rajoub für die Westbank im Januar 1994 in Rom hatte die PSS gegenüber der eigenen Opposition und der Hamas freie Hand. Wie die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen belegen, nahmen sie ihre Aufgaben ernst. Am 18. September 1994 hatte Rabin offiziell erklärt, daß die »Sicherheitsdienste der Autonomiebehörde« in »Kenntnis und Kooperation mit Israels Sicherheitsdiensten israelische Sicherheitsinteressen« garantierten. Netanyahu wußte vom Shin Bet-Chef Ami Ayalon, daß die Erfolge gegen die Hamas und den Islamischen Jihad nicht möglich gewesen wären ohne die Hilfe der palästinensischen Sicherheitsdienste. Er führte die Sicherheitskooperation weiter, da Arafat die 1500 verhafteten Islamisten nach der Niederlage von Peres nicht freiließ.

In anderen Fragen orientierte sich Netanyahu nicht an der Haltung seines Vorgängers. Der Antrittsbesuch bei Präsident Clinton am 9. und 10. Juli war ein Triumph für Israels aggressive Politik. Netanyahu hatte noch eine Rechnung mit Clinton zu begleichen, der seinen Rivalen Peres im Wahlkampf bis zur Selbstverleugnung unterstützt hatte. Clinton verhielt sich gegenüber Netanyahu äußerst zuvorkommend. Der israelische Ministerpräsident durfte vor beiden Häusern des Kongresses sprechen. Diese hohe Ehre wird einem ausländischen Staatsgast selten zuteil. Für Clinton war der tosende Beifall, den Netanyahu für beide Reden erhielt, eine Ohrfeige. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz erinnerte Netanyahu den sichtlich irritierten US-Präsidenten selbstbewußt daran, daß die USA die Aufstockung der Siedler von 96000 auf 145000 während der Regierung Rabin/Peres stillschweigend akzeptiert hätten. »Ich nehme an, daß keiner von Ihnen von uns weniger erwartet.«

Solche Direktheit hinterließ bei den arabischen Regenten eine gewisse Ratlosigkeit, sie waren an die diplomatisch unverbindlichen Worte der Peres-Regierung gewöhnt. Vom 21. bis 23. Juni fand in Kairo das erste arabische Gipfeltreffen seit dem Golfkrieg statt, der zur Spaltung der Gruppe geführt hatte. Dieses Treffen war von Mubarak, Assad und dem saudischen Kronprinzen Abdullah Anfang Juni in Damaskus vereinbart worden. Die Warnung an Israel, falls es den Friedensprozeß nicht fortsetze, müßten die arabischen Staaten ihre Aussöhnung mit dem Land überdenken, war das einzig greifbare Resultat. Arafats Besuch bei Assad im

Juli in Damaskus brachte noch weniger ein. Eine Reise Mubaraks nach Washington veranlaßte Netanyahu immerhin zu der Ankündigung, die israelisch-palästinensischen Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Arafat beschrieb seine erste offizielle Unterredung mit dem israelischen Außenminister David Levy am 23. Juli in Gaza als »gut, nützlich, offen und positiv«. Dabei hatte Levy nichts anzubieten als die Mahnung, den Terror zu bekämpfen. Über die Wiederaufnahme der Statusendverhandlungen und die Umgruppierung der Streitkräfte in Hebron konnte er keine genauen Angaben machen. Nur auf Druck von seiten der USA, der Europäischen Union und einigen arabischen Staaten kam es am 4. September in Gaza zu dem lang erwarteten Treffen zwischen Arafat und Netanyahu. Seit seiner Wahl Ende Mai hatte Netanyahu versucht, dem »Terroristen« Arafat aus dem Weg zu gehen. Weder diese erste Begegnung noch die wenigen weiteren haben zu Ergebnissen geführt.

Netanyahu hatte von Beginn seiner Amtszeit an nie Zweifel daran aufkommen lassen, daß er israelische Interessen vertrete. Gegen den Rat seiner Sicherheitsberater ließ er am 23. September einen Tunnel unter der Al-Aqsa-Moschee in der Jerusalemer Altstadt öffnen. Die Vorgängerregierung hatte dies wegen des zu hohen Risikos abgelehnt. Daraufhin lieferten sich die israelische Armee und die palästinensische Polizei Gefechte. 86 Palästinenser und 15 Israelis kamen ums Leben, zirka 1000 Palästinenser wurden verwundet. Diese Zusammenstöße brachten den Friedensprozeß erneut an den »Rand des Scheiterns«. Gerüchte, Arafat habe den Konflikt bewußt eskalieren lassen, um Netanyahu wieder an den Verhandlungstisch zu zwingen, sind nicht ganz unbegründet. Ein hastig einberufenes Gipfeltreffen zwischen Clinton, Netanyahu, Arafat und König Hussein in Washington führte dazu, daß am 5. Oktober die Verhandlungen über die Umgruppierung der Streifkräfte in Hebron aufgenommen wurden. Die Gespräche wurden wegen Zwischenfällen in den besetzten Gebieten immer wieder unterbrochen.

Der ursprünglich für den 28. März 1996 vorgesehene Truppenrückzug aus Teilen Hebrons war nach zwei Terroranschlägen im Februar und März ausgesetzt worden. Benjamin Netanyahu hatte sich geweigert, die im »Interimsabkommen« vom 28. September 1995 niedergelegten »Richtlinien über Hebron« umzusetzen, ergo mußte er gegen den Willen der USA neu verhandeln. Das im Januar 1997 unterzeichnete Hebron-Protokoll folgt dem Muster für eine administrative und territoriale Teilung der Westbank und des Gaza-Streifens. Arafat machte in einigen wichtigen Punkten Zugeständnisse, die die Lage der Palästinenser verschlechtern. Die Stadt wurde in eine H-1- und eine H-2-Zone geteilt. In der H-1-Zone

haben die Palästinenser eine de facto eingeschränkte Autorität, in allen anderen Bezirken, die unter der Verantwortung der Israelis stehen (H-2-Zone), müssen sie die Zustimmung des gemeinsamen Ausschusses einholen, wenn es sich um Angelegenheiten der palästinensischen Bewohner dieser Zone handelt. Für die Sicherheit der ca. 450 Siedler, die unter mehr als 100000 Palästinensern leben, ist ausschließlich das israelische Militär zuständig. Die Netanyahu-Regierung mußte zusichern, daß die Streitkräfte in Hebron bis August 1998 in drei Etappen umgruppiert und zwei Monate danach die Statusendverhandlungen wieder aufgenommen werden. Am 16. Januar 1997 konnte er in der Knesset dennoch dieses Protokoll als einen Triumph israelisch-amerikanischen Verhandlungsgeschicks bewerten: »Wir verlassen Hebron nicht. Wir verlegen unsere Truppen nicht aus Hebron, sondern nur in Hebron ... Wir wollen die jüdische Gemeinde nicht aus Hebron entfernen. Wir wollen sie erhalten und sie konsolidieren. Wir selbst wollen nicht aus Hebron weggehen; wir wollen dort bleiben.« Selbst nach Fertigstellung des separaten Straßensystems wird die israelische Armee sich nicht aus Hebron zurückziehen. Die Netanyahu-Regierung wollte sogar die Zahl der Siedler auf 4000 erhöhen, dieser Plan wurde aber bis heute nicht realisiert.

In den 20 Artikeln des Hebron-Protokolls geht es um Sicherheitsfragen und um die Regelung der Zivilangelegenheiten nach der Umgruppierung der israelischen Truppen. Es enthält zudem einen Vermerk von Dennis Ross, in dem die israelischen und palästinensischen Verantwortlichkeiten aufgelistet werden, eine kurze Notiz über die Normalisierung des Lebens in der Altstadt von Hebron, die auf Druck der USA zustande kam, sowie ein Schreiben an Netanyahu.³⁷ Darin versichert Außenminister Warren Christopher, »daß die amerikanische Verpflichtung in bezug auf die Sicherheit Israels unumstößlich ist und einen fundamentalen Bestandteil unserer besonderen Beziehungen darstellt. Das zentrale Element in unserer Einstellung zum Frieden, einschließlich der Verhandlungen und der Umsetzung der Abkommen zwischen Israel und seinen arabischen Partnern, war immer die Berücksichtigung der israelischen Sicherheitsanforderungen. Mehr noch, ein Kennzeichen der amerikanischen Politik bleibt unsere Verpflichtung, zusammenzuarbeiten, um die Sicherheitsbedürfnisse zu erfüllen, die sich Israel vorstellt. Letztendlich möchte ich nochmals unsere Position wiederholen, daß Israel ein Recht auf sichere Grenzen hat, die verteidigt werden können, und die es mit seinen Nachbarn in Übereinstimmung direkt aushandeln soll.« Arafat wird zum Vasallen der Amerikaner degradiert: »Ich habe dem Vorsitzenden Arafat eingeschärft ...«; »Ich habe den Vorsitzenden Arafat angewiesen ...« und »Ich habe ihm nachdrücklich klargemacht ...« Diese Diktion ließ keinen Zweifel daran, daß die weitere Umgruppierung

israelischer Truppen nicht in bilateralen Verhandlungen geregelt, sondern allein von Israel festgelegt werden sollte.

Hebron ist keinesfalls »befreit«, wie Arafat Glauben machen wollte. Die Einschätzung des Bürgermeisters von Hebron, Rafiq Natsche, das Abkommen führe zu »einer geteilten Stadt«, hat sich bestätigt. 450 Siedler blockieren 20 Prozent der Stadt, insbesondere den Geschäftsbereich, und werden von mehr als 1000 israelischen Soldaten bewacht, mehr als 200000 Palästinenser leben quasi in einer israelischen Enklave. Die israelische Siedlung im Zentrum ist durch das Abkommen legitimiert worden. Israel zog sich zwar aus 80 Prozent der Stadt zurück (H-1-Zone), bestimmt aber über die Siedlung und die Pufferzonen, in denen mehr als 20000 Palästinenser leben, (H-2-Zone) weiterhin allein. Eine »schnelle Eingreiftruppe« (Rapid Response Team) zur Terrorbekämpfung, die aus acht Israelis und acht Palästinensern besteht, ist an vier zentralen Punkten in der H-1-Zone stationiert. Wie die anderen Abkommen hat das Hebron-Protokoll den Konflikt letztendlich verschärft und beide Kontrahenten noch weiter entfremdet. Hebron gehört zu den Städten auf der Westbank, die unter der Unterdrückung des Al-Aqsa-Aufstandes besonders schwer zu leiden haben. Wochenlange Ausgangsperren, der Terror der Siedler, die Beschießung und die Abriegelung durch das israelische Militär machen das Leben schier unerträglich.

Benjamin Netanyahu erreichte auch bei den gegenseitigen Verpflichtungen weitere Konkretisierungen. Die Palästinenser mußten nochmals schriftlich zusichern, endlich ihre Charta abzuändern, die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen zu intensivieren, die feindselige und aufrührerische Propaganda einzustellen, die Terrororganisationen und deren Infrastruktur systematisch zu bekämpfen, die Terroristen zu verfolgen, sie anzuklagen und zu bestrafen, Verdächtige an Israel auszuliefern sowie Waffen zu beschlagnahmen. Netanyahu konnte die Umgruppierung um ein Jahr hinauszögern und sein Prinzip der »Gegenseitigkeit« durchsetzen, auf dem die Einhaltung und Umsetzung aller anderen Abkommen beruht.

Netanyahu schloß das Abkommen ab, weil die USA ihm keine andere Wahl ließen. Sie hatten ein großes Interesse daran, daß die Zusage der vorherigen Regierung eingehalten wird. Israels Sicherheit wurde zum bestimmenden Faktor des Friedensprozesses. Die USA, vertreten durch Dennis Ross, sehen zwar in den Siedlungen »ein Hindernis zum Frieden«, bewerten sie aber nicht mehr als »illegal«, sondern nur noch als »umstritten«. Die völkerrechtswidrigen Aktionen Israels wie Häuserzerstörungen und Landenteignungen werden nicht einmal mehr erwähnt. Ross gesteht der Autonomiebehörde in dem »Vermerk« sogar zu, die Menschenrechte der eigenen Landsleute zu verletzen, um die Sicherheit der Israelis zu

garantieren. »So gibt das ›Prinzip der Gegenseitigkeit‹ Israel nicht nur die letzte Kontrolle über den Prozeß, sondern wird auch dazu führen, daß sich die Bedingungen für die Einhaltung der Menschenrechte in den palästinensischen Autonomiegebieten verschlechtern.«³⁸ Die »israelischen Verantwortlichkeiten« sind fakultativ und hängen von der israelischen Sicherheit ab, wohingegen die »palästinensischen Verantwortlichkeiten« Verpflichtungen darstellen, die die Palästinensern einzuhalten haben. Das Votum in der Knesset fiel eindeutig aus: 87 Abgeordnete stimmten dafür und nur 17 dagegen. Dieses Ergebnis zeigt, daß es einen partiübergreifenden Konsens hinsichtlich der Gebiete gibt, die von Siedlern bevölkert sind. In dieser Frage wird es auch in den Endverhandlungen keinen Kompromiß geben. Teile der amerikanischen Administration sehen das im Hebron-Protokoll fixierte Teilungsmodell als zukunftsweisend für Gaza und die Westbank an. Konkret heißt das: Aufteilung der besetzten Gebiete zwischen Israel und den Palästinensern nach der Formel: das Maximum an Land für Israel und das Maximum der Menschen für die Autonomiebehörde.

Für die Palästinenser bedeutet das Hebron-Protokoll einen weiteren Rückschlag auf dem Weg zur Eigenstaatlichkeit, weil darin erstmalig die israelischen Siedlungen als ein Teil Israels und nicht als Teil eines besetzten Gebietes betrachtet werden. Völkerrechtlich wurde dadurch die Position der Palästinenser weiter geschwächt. Die Berater Netanyahus prognostizierten für die Palästinensergebiete keine Souveränität, sondern einen Status, der dem Puerto Ricos vergleichbar ist. Selbst wenn sich Israel aus der Zone B zurückziehen würde, behielte es dort die übergeordnete Sicherheit. Weder die Abkommen noch das Hebron-Protokoll definieren den Grad der Autorität der Palästinenser nach Abschluß der Umgruppierung. Netanyahu hat den gesamten Prozeß auf die UN-Resolution 242, die weder etwas über die Palästinenser noch etwas über den Rückzug aus allen besetzten Gebieten aussagt, und auf das Prinzip »Land für Frieden« reduziert. Die Hoffnung der Palästinenser, ein Stück von »Palästina« könnte sich als Kern eines palästinensischen Staates erweisen, hat getrogen.³⁹ Im Hebron-Protokoll hatten die Palästinenser zu den Verschärfungen (Prinzip der Gegenseitigkeit und der Begleitbrief der USA) gegenüber den Ausführungen des Interimsabkommens noch die Teilung der Stadt akzeptiert.

Nach Abschluß des Hebron-Protokolls reiste Netanyahu am 13. Februar 1997 in die USA. Clinton bereitete ihm einen herzlichen Empfang, beide konferierten mehr als drei Stunden miteinander. Der US-Präsident machte den Verkauf von F-16-Bombern an Saudi-Arabien von möglichen Sicherheitsbedenken Israels abhängig. Dies war auch eine offene Brückierung der Saudis, die sich ebenfalls als »Freund der USA« verstehen. Mit der Bemerkung, er werde

jeden Plan der Israelis zur Sicherung ihrer Nordgrenze unterstützen, billigte er indirekt sogar die Besetzung Südlibanons durch Israel, obwohl die Vereinigten Staaten diese Aktion auf der Grundlage der UN-Charta ablehnen. In einer Rede vor dem Institute for Near East Policy warnte der israelische Ministerpräsident die Palästinenser davor, einen eigenen Staat auszurufen, da dies zum völligen Zusammenbruch des Friedensprozesses führen würde. Politisch gestärkt, traf Netanyahu nach seiner Rückkehr eine weitere Entscheidung, die die Palästinenser brüskieren mußte.

Er genehmigte am 26. Februar den Bau einer weiteren israelischen Siedlung auf dem Berg Abu Ghneim (israelisch Har Homa) in Ost-Jerusalem, die die letzte Lücke im Siedlungsring um die Stadt schließt. Rabin hatte die Siedlung genehmigt, die Planungen waren bereits unter Wohnungsbauminister Benjamin Ben Eliezer abgeschlossen worden, doch der Bau wurde aus Opportunitätsgründen nicht begonnen. In der israelischen Presse war nur von Har Homa die Rede. Der kulturellen Vereinnahmung folgte logischerweise die territoriale Inbesitznahme. Hunderte palästinensische Orte wurden auf diese Weise in die jüdische Tradition eingegliedert, die Palästinenser und die Weltöffentlichkeit haben diesem Aspekt zuwenig Beachtung geschenkt.

Arafat reiste am 3. März zu Clinton. Dieser äußerte zwar sein Bedauern über die israelische Entscheidung, die nicht Vertrauen, sondern Mißtrauen fördere, doch am 6. März stimmten die USA gegen eine UN-Sicherheitsratsresolution, die den Siedlungsbau auf dem Berg Har Homa verurteilen sollte. Arafats Strategie, Israel diplomatisch zu isolieren und um internationale Unterstützung für seine Position zu werben, war gescheitert. Das für den 18. März vorgesehene Treffen zwischen ihm und Netanyahu platzte. Es kam zu Protesten und Zusammenstößen, bei denen über 400 Palästinenser verletzt wurden. Bei einem Terroranschlag am 21. März in einem Tel Aviver Café kamen drei Israelinnen ums Leben, 61 Menschen wurden verletzt.

Die Arbeitspartei nahm zu den Siedlungen den gleichen Standpunkt ein wie die Likud-Regierung, sie bevorzugte nur eine andere Taktik. Yossi Beilin sagte in einer Fernsehdiskussion am 17. März 1997: »Ich befürworte die Bebauung überall in Jerusalem, einschließlich Har Homa, da es unser Recht ist. Wir (die Rabin-Regierung – L.W.) erhöhten die Zahl der Siedler um 50 Prozent. Wir bauten in Judäa und Samaria, aber wir taten es leise und mit Weitsicht. Sie (die Netanyahu-Regierung – L.W.) verkündet jeden Morgen ihre Absichten, erschreckt die Palästinenser und macht Jerusalem als die vereinigte Hauptstadt Israels – worüber Einigkeit unter allen Israelis herrscht – zu einem weltweiten Streitpunkt.

Das Hauptanliegen muß es sein, die Palästinenser davon zu überzeugen, daß Jerusalem die Hauptstadt Israels ist. Stimmen sie dem nicht zu, wird es kein weiteres Abkommen geben. Ich schlage eine Übereinkunft mit den Palästinensern vor: Wir erkennen einen palästinensischen Staat an, und sie müssen Jerusalem als die vereinigte Hauptstadt Israels anerkennen.« Als Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung von Peres hatte er am 23. Februar 1966 mit Mahmoud Abbas in drei Streiffragen »Kompromisse« erzielt:

- Die Siedlungen bleiben erhalten. 300 qkm, in denen die meisten Siedlungen liegen, werden von Israel annektiert.
- Die palästinensischen Flüchtlinge müssen sich um die Einbürgerung in ihrem jeweiligen Aufenthaltsland bemühen, es gibt für sie kein Rückkehrrecht.
- Die Autonomiebehörde erhält ein Gebiet, das al-Quds – die Heilige – genannt wird und zu dem alle von Palästinensern bewohnten Dörfer gehören im Großraum Jerusalem. Israel erhält die Souveränität über die Altstadt von Ost-Jerusalem und die israelischen Siedlungen, die Jerusalem umgeben.

Am 28. März 1997 legte Beilin in »Ha'aretz« nochmals die wichtigsten Prämissen für einen Statusendvertrag dar: »einen demilitarisierten Palästinenserstaat mit begrenzter Souveränität und im Gegenzug die Anerkennung des vereinigten Jerusalem«. Beilin führte Gespräche mit Michael Eitan vom Likud-Block, um einen Konsens über die weitere Politik zu erzielen. Fazit: Wenn Israel seine Sicherheit bedroht sieht, muß das Völkerrecht zurückstehen. Vertreter beider Lager glauben bis heute, die internationale Staatengemeinschaft toleriere ihre völkerrechtswidrige Politik auf Dauer, da bisher keine Sanktionen gegen Israel verhängt wurden.

US-Unterhändler Dennis Ross reiste im Mai und Juni 1997 mehrmals in die Region. Nach Treffen mit Mubarak, Netanyahu, Arafat und König Hussein verkündete er, zum Friedensprozeß gebe es »keine Alternative«. Er hatte den Palästinensern außer der Mahnung, ihre Pflichten in Fragen der Sicherheit nicht zu vernachlässigen, nichts zu bieten. Seine Vermittlungsbemühungen liefen ins Leere.

Weder Netanyahus Vorschlag, direkt mit den Statusendverhandlungen zu beginnen, noch die Wiederauflage seines »Allon plus-Planes« am 4. Juni fand Akzeptanz. Er blieb trotz der unprofessionellen Leitung seiner Regierung und mehreren Skandalen, die ihm um

Haaresbreite eine Anklage eingebracht hätten, im Amt. Die Medien sahen darin einen erneuten Beweis für Netanyahus legendäre Verschlagenheit.

Der genannte Plan sah vor: Israel behält Groß-Jerusalem in den Grenzen, die sich seit 1967 im Norden bis Beit El, im Osten bis nach Ma'ale Adumim und im Süden bis zum Etzion Block erstrecken; der Korridor zwischen Jerusalem und Tel Aviv wird über die Grenzen von 1967 hinaus ausgedehnt; das Jordantal einschließlich der existierenden und neuer Siedlungen wird annektiert; alle Siedlungen ostwärts der »Grünen Linie« sollen durch einen 15 Kilometer breiten »Sicherheitsgürtel« geschützt werden. Nach diesem Plan würden die Palästinenser höchstens 40 Prozent ihres Landes zurückerhalten. Sicherheitsminister Avigdor Kahalani gestand ihnen eine eigene Fahne und Hymne zu, eine eigene Armee sei ausgeschlossen. Die Palästinenser betrachteten die Vorstellungen als eine Beleidigung. Von Seiten der Rechtsnationalen ertete Netanyahu ebenfalls heftige Kritik. Der fanatischste Likudabgeordnete, Michael Kleiner, warf dem Ministerpräsidenten »Verrat« am Traum von Eretz Israel vor. Auch Außenminister David Levy, der bei den Wahlen zum Likud-Vorsitz das Nachsehen hatte, rügte das Konzept öffentlich.

Die Ermordung von palästinensischen Grundstücksmaklern – vermutlich durch Arafats Sicherheitsdienste – verschärfte die Spannungen zwischen Israelis und Palästinensern weiter. Die israelische Regierung warf Arafat vor, für den Tod dieser Menschen verantwortlich zu sein. Justizminister Frei Abu Middein hatte die Jagd auf die Makler indirekt ausgelöst, als er öffentlich erklärte, wer Land an Juden verkaufe, müsse mit der Todesstrafe rechnen. Der ehemalige Generalstaatsanwalt Khaled Al-Qidreh kritisierte diese Art von Selbstjustiz.

Im Juli und August kam es zu heftigen Zusammenstößen in Hebron und Jerusalem, bei denen Hunderte Palästinenser verletzt wurden. Israelische Sicherheitskräfte nahmen in Nablus drei palästinensische Polizisten fest, die angeblich einen Anschlag auf eine Siedlung geplant hatten. Die israelische Regierung warf den Palästinensern zudem vor, die Vereinbarungen von Oslo seit der Unterzeichnung des Hebron-Protokolls 22mal verletzt zu haben. Arafat legte eine Liste mit 30 nicht gehaltenen Zusagen vor. Zwei Selbstmordattentäter sprengten sich am 31. Juli 1997 auf dem Mahne Yehuda Markt in die Luft, töteten dabei 16 Menschen und verwundeten mehr als 170. Der militärische Arm der Hamas übernahm die Verantwortung dafür.

Zwei Tage vor diesem Anschlag hatte sich Netanyahu in einem Fernsehinterview damit gebrüstet, daß sein im Wahlkampf angekündigtes Konzept »Friede durch Sicherheit«

aufgegangen sei. Nach dem Terroranschlag wurden die Autonomiegebiete vollkommen abgeriegelt. Viele palästinensische Politiker verurteilten den Anschlag, Arafat stufte die militärische Belagerung als »Kriegserklärung« ein. Israel und die USA forderten von der Autonomiebehörde die totale Zerschlagung der »Infrastruktur des Terrors«, sprich der Hamas und des Islamischen Jihad. Alle Gespräche wurden ausgesetzt, und die israelische Regierung beschloß zwölf drakonische Maßnahmen. Dazu gehörten Sanktionen jeder Art. Die Palästinenser und ihre Autonomiebehörde befanden sich in einem Käfig. Niemand durfte die Gebiete verlassen. Die Wirtschaft, das Bildungs- und Gesundheitswesen, alle Belange des Alltags der Palästinenser waren total paralytisch. Solche Aktionen der Israelis sind im Endeffekt immer wieder Wasser auf die Mühlen der radikalen Opposition gegen den Friedensprozeß. Arafat war ebenfalls in einer mißlichen Lage. Seine Bewegungsfreiheit sowie die seiner Sicherheitsdienste war stark eingeschränkt, so daß er der Aufforderung nach effektiver Terrorbekämpfung nicht nachkommen konnte. Er wollte sich keinem israelischen Befehl beugen, da dies die radikalen Kräfte gestärkt hätte. In diesem Fall übte er Zurückhaltung bei Verhaftungen von Hamas-Aktivisten, da nicht sicher war, ob die Terroristen aus den Autonomiegebieten gekommen waren.

Die ausländischen Medien warfen Arafat vor, er habe nicht genug gegen den Terror getan oder vielleicht gar selber grünes Licht für die Anwendung von Gewalt gegeben. Kaum jemand erörterte, ob nicht auch Israel Versäumnisse angelastet werden müßten, obwohl die repressiven Maßnahmen seitens Israels seit dem Oslo-Prozeß zugenommen haben und ein Zusammenhang zwischen dem Terror der Palästinenser und ihrer täglichen Erniedrigung besteht. Die Expansion der Siedlungen, die Landenteignungen und die Transformation der Palästinensergebiete in isolierte Enklaven, die religiöse Erziehung, die zu einer Verunglimpfung des Islam führt, sind der beste Nährboden für Extremismus und Terrorismus.

Nurit Elhanan-Peled, Mutter der 14jährigen Smadar Elhanan, die bei dem Terroranschlag ums Leben kam, gehörte zu den wenigen, die die Bombenanschläge als »ein direktes Resultat der Unterdrückung, der Unterwerfung, der Demütigung und der Belagerung, die Israel über die Palästinenser ausübt«, bewerteten. Die Enkelin von General Matti Peled, dem Vorsitzenden und Gründer des Israeli Council for Israeli-Palestinian Peace. Elhanan-Peled sagte am 7. September 1997 gegenüber »Ma'ariv«: »Unsere Regierung ist schuldig, weil sie das äußerste tut, um den Friedensprozeß zu zerstören. Sie bringen Tod und Zerstörung über uns. Ich kritisiere nicht die Terroristen. Sie sind unsere Kreation. Fast jede palästinensische Familie wurde durch uns verletzt, und sie leben in Schmutz und Verzweiflung. Die Selbstmörder sind

unser Spiegel.« Der Kolumnist Haim Baram meinte: »Vielen wird jetzt bewußt, vielleicht zum ersten Mal, daß Aggression ein zweischneidiges Schwert ist und Terror und Furcht uns alle treffen kann, Israelis und Araber gleichermaßen.«⁴⁰ Solche Einsichten waren nicht die Regel oder gerieten schnell in Vergessenheit. Der Tod eines 10jährigen Palästinensers (er wurde von einem Siedler erschlagen) und eines palästinensischen Tankwarts erregten damals keinerlei Aufsehen. Dies ist eine geradezu logische Konsequenz jahrzehntelanger Indoktrination. Noch immer wird Israelis von klein auf eingetrichtert, daß die Araber nur die Sprache der Gewalt verstehen. Wie Daniel Bartal von der Tel Aviver Universität in einer Analyse belegt hat, werden Araber in den Schulbüchern als »Räuber«, »Mörder« und »Pogromisten« hingestellt.

Netanyahu benutze die Bedrohung der Sicherheit als einen Vorwand, um von seiner desaströsen Politik abzulenken. Er hatte mehrmals erklärt, Hauptziel der Oslo-Vereinbarungen sei es, den palästinensischen Widerstand zu brechen. Später gab er zu, daß er dem Shin Bet freie Hand gegeben habe, alle religiösen und Frontorganisationen von Hamas in der Zone B zu schließen. Die israelische Regierung nannte Arafat 30 Personen, die er ausliefern und 150 Personen, die er verhaften sollte. Die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright übergab ihm eine Liste mit 1500 Personen, deren Verhaftung Israel verlangte. Erstmals seit der Besetzung waren sogar die Allenby-Brücke zu Jordanien und der Übergang nach Ägypten für eine Woche geschlossen. Der Druck auf Arafat war so enorm, daß er Massenverhaftungen veranlassen mußte.

Auch weitere Nahostreisen von Dennis Ross im August und Madeleine Albright im September brachten die Verhandlungen nicht wieder in Gang. Beide Politiker ventilierten das Sicherheitsproblem nur mit Blick auf die Israelis und ignorierten, daß der Friedensprozeß und die Kooperation in Sicherheitsfragen mit Israel auch den Palästinensern positive Perspektiven eröffnen muß.

Einen Tag nach der Abreise der amerikanischen Außenministerin besetzten jüdische Siedler Häuser im Ost-Jerusalem Stadtteil Ras Al-Amud. Netanyahu hatte gebeten, mit der Aktion bis nach dem Besuch zu warten. Die Siedler wurden finanziell von dem Amerikaner Irving Moskowitz unterstützt, der sich zum Ziel gesetzt hat, im arabischen Teil Jerusalems jüdische Wohneinheiten zu errichten. Der Ministerpräsident handelte mit Moskowitz einen »Kompromiß« aus. Zehn Siedler durften bleiben, um über das Anwesen zu wachen und das »Recht auf Besitz« zu wahren.

Arafat diente den Interessen der USA in dreifacher Hinsicht:

Er kämpfte gegen die Hamas und ähnliche Organisationen, die die Stabilität anderer Staaten, insbesondere Saudi-Arabiens, gefährden könnten;

er trug dazu bei, daß die proamerikanischen arabischen Regime die Palästinenser unterstützten, ohne wegen der weiteren Expansion der jüdischen Siedlungen und der anderen Aspekte, die den Status quo festigen, Sanktionen zu fordern;

drittens sicherte er den Status quo unter den Palästinensern und beschwichtigte die Opposition im eigenen Lager. Sollte Arafat eines dieser Ziele, insbesondere das erste, verfehlen, werden sich die Amerikaner gegen ihn stellen. Selbst einen begrenzten militärischen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern würden die USA in Kauf nehmen, wenn dies ihren Interessen nützte. Im Augenblick ist dem PLO-Chef aber daran gelegen, die Stabilität seines Regimes zu sichern, um die Gunst der USA nicht zu verlieren.

Einer der größten politischen Fehler Netanyahus war der Befehl, das Hamas-Mitglied Khaled Mash'al am 25. September 1997 in Amman durch Mossad-Agenten ermorden zu lassen. Erstmals wurden die Agenten gefaßt. Ihre gefälschten kanadischen Pässen erbrachten den Beweis, daß die israelische Regierung Killer in andere Länder entsendet, um unliebsame Personen liquideren zu lassen. Mash'al war ein nachgeordnetes Mitglied der Hamas; er stellte keine Gefahr für Israel dar. Die Agenten wollten ihn mit einer Giftspritze umbringen, was nicht gelang, da sie von einem Leibwächter in die Flucht geschlagen und von der Polizei verhaftet wurden. König Hussein schaltete sich umgehend ein und forderte von Netanyahu, sofort das Gegengift zur Verfügung zu stellen. Der Ministerpräsident reagierte unverzüglich, da er erkannte, welchen Schaden er angerichtet hatte, und erfüllte eine weitere Forderung Husseins: Er ließ den gelähmten Scheich Ahmad Yasin, der seit Jahren im israelischen Gefängnis saß, nach Jordanien ausreisen. Von dort kehrte der Scheich nach Gaza zurück. Zusätzlich wurde vereinbart, 22 weitere Gefangene freizulassen.

Netanyahu hatte Israels einzigen Freund in der Region desavouiert. Der König war so erzürnt, daß er Netanyahu nicht sehen wollte, Yitzhak Mordechai und Ariel Sharon mußten Abbitte leisten. Letztendlich haben die Beziehungen zwischen Israel und Jordanien nicht unter diesem Zwischenfall gelitten. Jordanien ist aus eigenem Interesse heraus an der Weiterarbeit des Mossad im Land interessiert, hat sogar dem Geheimdienst im Zentrum von Amman ein Gebäude für seine Operationen zur Verfügung gestellt. Auch die kanadische Regierung fühlte

sich durch den Akt diplomatisch beleidigt. Für Arafat war die Befreiung Yasins durch König Hussein eine schwere Niederlage. Er mußte auf Anweisung Israels Hamas-Mitglieder verhaften lassen, wohingegen es dem König gelang, den geistigen Inspirator der Organisation freizubekommen. Scheich Yasin wird als ein politischer Gegenspieler Arafats die Position des Hamas stärken. Sein Einfluß ist stetig gewachsen, als Arafat gegenüber den Israelis hörig wurde.

Die israelische Presse diskutierte nicht darüber, ob dieses Attentat ein Akt von Staatsterrorismus war, sondern fragte, ob es zu diesem Zeitpunkt »klug« war und wer die Verantwortung für den Fehlschlag trage. Eine Untersuchungskommission sprach Netanyahu im Fall Mash'al frei. Mitte Februar kündigte der Ministerpräsident öffentlich an, Israel werde sich auch weiterhin das Recht nehmen, »Terroristen« in anderen Staaten zu jagen. Auch westliche Regierungen haben nicht dagegen protestiert und somit toleriert, daß Israel Völkerrecht und international akzeptierte Normen bricht. Am 25. Februar 1998 flog eine von Mossad-Agenten in der Schweiz geplante Abhöraktion auf.

Netanyahus innenpolitische Mißgriffe wie die Öffnung des Tunnels unter der Al-Aqsa-Moschee, die Besetzung der Häuser in Ras Al-Amud, die Baugenehmigung für 300 Wohnungen in der Siedlung Efrat, das Treffen zwischen Sharon und Mahmoud Abbas oder die Masha'al-Affaire führte der militärpolitische Kommentator Ze'ev Schiff in »Ha'aretz« vom 21. November 1997 auf das Mißtrauen des Ministerpräsidenten gegenüber den Sicherheitsbehörden zurück.

Da Netanyahu den Vorschlag, sofort über den Endstatus zu verhandeln, gegenüber der Europäischen Union und den USA nicht durchsetzen konnte, unterbreitete er den Palästinensern Ende November einen neuen Rückzugsplan. Nach diesem Plan würden 70 Prozent der Westbank unter totaler Kontrolle Israels bleiben, nur ein kleines Gebiet – konzentriert um Nablus, Hebron und Jenin – fiel an die Palästinenser. Ariel Sharon beansprucht auch als Ministerpräsident 60 Prozent der Westbank.

Ende des Jahres 1997 begab sich Netanyahu mit seinen Ministern Mordechai und Sharon auf Inspektionreise in die Westbank, um die Gebiete festzulegen, die für Israel nicht verhandelbar sind. Im Januar 1998 gab die Regierung bekannt, daß das Grenzgebiet entlang des Jordans, eine Zone entlang der alten Grenze von 1967, die Umgebung von Groß-Jerusalem und die jüdischen Siedlungen dazu gehören. Wichtig seien ferner die Militärbasen, jüdische historische Stätten, die Wasserressourcen, das Stromnetz und die wichtigsten Verkehrswege,

die Umgehungsstraßen für die Siedler. Die Palästinenser lehnten dieses Angebot ab und beanspruchten 90 Prozent des Gebietes nach dem Rückzug. Eine solche Zahl wird in den Abkommen nirgendwo genannt. Madeleine Albright verlangte von Israel einen »glaubhaften« zweiten Rückzug und eine »Auszeit« für den Siedlungsbau.

Bevor Israel an Rückzug denke, müßten die Palästinenser »alle Teile des Hebron-Protokolls erfüllen«, erklärte David Bar Ilan, Medienberater Netanyahus. Dazu gehöre auch, daß Arafat Hamas entwaffnet, die »terroristischen Mörder« an Israel ausliefert und die Artikel der PLO-Charta vollständig eliminiert.

5. Das Wye River-Memorandum vom 23. Oktober 1998

Mit dem Memorandum mußten die Palästinenser eine weitere gravierende Niederlage im Kampf um ihre legitimen Rechte hinnehmen. Die Autonomiegebiete haben sich dadurch noch stärker dem Status einer südamerikanischen Bananenrepublik angenähert, in der die CIA jede politische Aktion bestimmt.

Die Vereinbarung hat keinen völkerrechtlichen Charakter und enthält gegenüber den bereits unterzeichneten Abkommen prinzipiell nichts Neues. Sie wurde bewußt nicht Abkommen genannt, da ein Memorandum keiner Zustimmung bedarf. Den Schwerpunkt bilden die Ausführungen über Sicherheit und die Einhaltung des Prinzips der Gegenseitigkeit. Die Formel »Land für Frieden« wird dabei umgedeutet in »Land für Sicherheit«. So sollen Maßnahmen ergriffen werden, die gegen die andere Seite gerichteten terroristischen, verbrecherischen oder feindlichen Aktionen verhindern. Ein von den Palästinensern zu erstellender Sicherheitsplan soll die systematische Bekämpfung des Terrorismus und terroristischer Organisationen gewährleisten. Zu diesem Zweck soll ein amerikanisch-palästinensischer Ausschuß gebildet und die Zusammenarbeit zwischen palästinensischen Geheimdiensten, CIA und Shin Bet intensiviert werden.

Die Autonomiebehörde verpflichtet sich,

- Personen zu verhaften, die verdächtigt werden, Gewaltakte verübt zu haben, und diese zu verurteilen.
- in Kooperation mit den USA illegale Waffen zu beschlagnahmen.

Ferner muß sie – wie bisher in den von Israel kontrollierten (besetzten) Gebieten üblich – Dekrete erlassen, die alle Formen der Anstiftung zu Gewalt und Terror verbieten. Ein Dreierausschuß soll mögliche Fälle von Anstiftung zur Gewalt kontrollieren, ein weiterer Ausschuß soll den Kampf gegen Militante koordinieren.

Der zweite Hauptpunkt ist ein Dreistufenplan zum Rückzug weiterer israelischer Truppen. Vorgesehen war, daß die Palästinenser nach 12 Wochen 18,2 Prozent des übereigneten Gebietes allein kontrollieren (Zone A), in 21,8 Prozent sollte es eine gemischte Kontrolle geben (Zone B). Arafat hat dem israelischen Vorschlag zugestimmt, drei Prozent des Gebietes als »grüne Zone« zu deklarieren. Dort dürfen Palästinenser nicht bauen, und Israel regelt Sicherheitsfragen. Damit existiert ein weiterer territorialer Spaltpilz, der bei den Statusendverhandlungen jederzeit aktiviert werden kann.

Israel begründete die Nichteinhaltung des Terminplans mit der Verletzung des Prinzips »Sicherheit/Gegenseitigkeit« seitens der Palästinenser.

Die dritte Phase des Rückzugs soll in den Statusendverhandlungen geregelt werden. Wenn es dort zu einer Einigung käme, hätten die Palästinenser die B-Zone unter ihrer alleinigen Kontrolle plus ein bis maximal fünf Prozent der von Israel allein kontrollierten Zone C. Ministerpräsident Sharon hat nach seiner Wahl den Palästinensern nur die Rückgabe von einem Prozent der besetzten Gebiete angeboten. »Ha'aretz« mutmaßt, die USA und die Autonomiebehörde würden dies bei Endverhandlungen akzeptieren. Der »souveräne« Palästinenserstaat würde dann 41 Prozent des besetzten Gebietes umfassen.

Im Interimsabkommen heißt es, das israelische Militär solle sich in »besondere Militärstützpunkte« zurückziehen. Damit waren die Siedlungen und bestehende Militäreinrichtungen gemeint. Warren Christopher bestätigte in dem bereits erwähnten Brief, der dem Hebron-Protokoll als Anhang beigefügt ist, die Stützpunkte könne Israel einseitig festlegen gemäß seines Sicherheitsbedürfnisses. Dieses Schreiben wurde in das Wye-Abkommen inkorporiert. Die USA demonstrierten damit erneut ihre Bereitschaft, die von Israel festgelegten Sicherheitsbedürfnisse durchzusetzen.

Die Israelis bestimmen allein, welches Gebiet sie zurückgeben. Durch den Bau von Umgehungsstraßen zu den Siedlungen wird das Land weiter zerstückelt und die Bevölkerung desintegriert. Bisher haben sie nicht einmal zwei Prozent des gesamten besetzten Landes zurückgegeben, die Rückgabe von zirka fünf Prozent des Gebietes um Ramallah läßt sich

aufgrund der Zersiedelung gar nicht mehr realisieren. Die Palästinenser verfügen weder über exakte Karten noch wissen sie genau, von wo die Truppen abgezogen werden sollen.

Die USA verpflichteten sich, »Israels Verteidigungs- und Abschreckungspotential« zu erhöhen und die während der Präsidentschaft von Ronald Reagan vereinbarte strategische Allianz auszubauen. Ferner sagten sie zu, die Kosten der Umgruppierung für die Truppen, den Bau der Umgehungsstraßen und andere Infrastrukturmaßnahmen in bezug auf die Siedlungen zu übernehmen. (Die Regierung Netanyahu hat mehr als 500 Millionen US-Dollar als Kompensation für den »Rückzug« erhalten.)

Im Wye-Memorandum werden zudem ökonomische Fragen wie die Eröffnung einer Industriezone oder des Flughafens in Gaza sowie der Bau eines Tiefseehafens und die Einrichtung von sicheren Durchgangsstraßen vom Gaza-Streifen zur Westbank geregelt. Die nach dem Interimsabkommen eingerichteten Komitees sollen wieder aktiviert werden. Die Vertragspartner stimmen darin überein, die Verhandlungen über einen endgültigen Status umgehend wieder aufzunehmen. Erneut wird vereinbart, daß keine Seite einseitige Maßnahmen einleitet, die den Status der Gebiete verändern.⁴¹ Dieser Punkt stand auch in den bisherigen Abkommen, Israel hat dennoch Siedlungen erweitert bzw. neue gebaut.

Formulierungen wie »incitement« (Aufwiegelung) und Auflösung der »terror support structure« bringen das Ziel des Wye-Memorandums, die zivile und religiöse Opposition zu zerschlagen, auf den Punkt. Israel und die USA können jede Kritik am Oslo-Prozeß als Anstiftung zum Aufruhr deuten. Die Autonomiebehörde muß nicht nur gegen Militante vorgehen, sondern auch Journalisten und Intellektuelle mundtot und willfährig machen. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Abkommens verhafteten Arafats Geheimdienste zehn Palästinenser, einen davon töteten sie. Die Männer waren Journalisten und Mitglieder von Arafats Fatah-Bewegung.

Den USA und Israel ist es gelungen, im Wye-Memorandum den arabisch-israelischen Konflikt als einen Krieg gegen »Terrorismus« darzustellen. Die bei der Unterzeichnung in Washington gehaltenen Reden verdeutlichen diesen Tenor: Netanyahu betonte die Verpflichtung Arafats, »mit uns zusammen den Terrorismus zu bekämpfen«. Clinton dankte dem Vorsitzenden des Autonomierates für die Bereitschaft, sich auf den Friedensprozeß zu orientieren. Daß es keinen Frieden gebe, führte er allein auf die »palästinensische Gewalt« zurück. Arafat versprach, »niemals zurückzukehren zur Gewalt und zur Konfrontation«. Er nannte Netanyahu mehrmals seinen »Partner«. Einen Politiker,

der die Palästinenser unterdrückt, als Partner zu bezeichnen, ist eine Verhöhnung der Ziele, für die die PLO gekämpft hat, und der eigenen Person. Wie König Hussein mit seiner Anwesenheit demonstrierte, hat Jordanien sich der israelisch-türkischen Allianz angeschlossen, die gegen arabische Staaten und den Iran gerichtet ist. Auch Arafat gehört als ein »Verbündeter« dazu.

Das Wye-Memorandum habe die im Kalten Krieg begründete strategische Allianz zwischen Israel und den USA über diese ursprüngliche Grundlinie hinausgehoben, stellte Israels UN-Vertreter Dore Gold in einem Interview mit der New York Times fest. Die Illegalität der Siedlungen, die Siedlung Har Homa, Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines Palästinenserstaates, die Flüchtlinge – immerhin 60 Prozent der palästinensischen Bevölkerung –, die Kontrolle über das Wasser und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser werden darin nicht erwähnt.

Kaum war Netanyahu aus den USA zurück, nahmen ihn seine extremistischen Koalitionspartner in die Zange. Sie nannten ihn einen »Verräter«, zeigten ihn mit einer Keffieh und drohten, ihn zu ermorden. Ihren Zorn konnte auch Sharons Behauptung nicht besänftigen, ein besseres Abkommen sei nicht zu erreichen gewesen. Einige Wochen vorher hatte Sharon noch gewarnt: Mehr als neun Prozent Gebietsrückgabe würde Israels Sicherheit gefährden. Bei der Abstimmung im Kabinett enthielten sich fünf von 17 Mitgliedern, und vier stimmten dagegen. In der Knesset war das Stimmenverhältnis 75 : 19 für das Abkommen bei neun Enthaltungen.

Netanyahu und Ariel Sharon haben mit dem Memorandum einen Pyrrhus-Sieg errungen. Solange die Palästinenser nur die Alternative haben, die Bedingungen der Israelis zu erfüllen oder bestraft zu werden (zum Teil sogar mit bewaffneten Aktionen), kann die Autonomiebehörde ihre Sicherheitsbedürfnisse und das einseitig ausgelegte Prinzip der »Gegenseitigkeit« nicht zu 100 Prozent erfüllen. Die Vorgaben verlangen zudem nicht nur Maßnahmen gegen Gewalt, sondern die Unterdrückung jeglicher Opposition. Diese dürfte um so stärker anwachsen, je weniger politische und wirtschaftliche Perspektiven Arafat den Palästinensern aufzeigen kann. Gegenseitigkeit müßte z.B. Maßnahmen gegen extremistische Siedler einschließen, die die palästinensische Bevölkerung terrorisieren. Darüber ist jedoch nicht diskutiert worden.

Die Behauptung von Arafat und seinen »Tunesiern«, Verhandlungen mit der Arbeitspartei hätten zu einem besseren und gerechteren Ergebnis geführt, kommt einer Selbsttäuschung

gleich. Die Vertreter der Arbeitspartei sind ebenso hartnäckig wie die Rechten in Israel, wenn es um die Rückgabe von Gebieten geht. Als Netanyahu in der Knesset der Arbeitspartei vorwarf, sie wollten den Palästinensern 90 Prozent des Territoriums zurückgeben, sprang ihr Abgeordneter Haim Ramon auf und antwortete wütend: »Jedermann weiß, daß unser Plan nur die Rückgabe von 50 Prozent vorsieht.« (Nachdem Barak Netanyahu abgelöst hatte, bekamen die Palästinenser auch nicht mehr als 45 bis 50 Prozent der besetzten Gebiete zurück.) Das Wye-Abkommen ist ein großer Erfolg der zionistischen »Tauben«, die Sicherheit nur aus israelischer Perspektive definieren. Ein Teil des Likud hat in Wye sich diesem Nationalismus angeschlossen und der Eretz-Israel-Ideologie den Rücken gekehrt.

Fünf Tage nach der Unterzeichnung kam es zu einem Zwischenfall im Gaza-Streifen. Ein islamistischer Selbstmörder rammte mit seinem Auto einen Armeejeep, der einen Bus mit Schulkindern eskortierte. Bei der Explosion kamen der Palästinenser und ein israelischer Soldat ums Leben, keines der Kinder wurde verletzt. Netanyahu forderte die Autonomiebehörde auf, einen »Krieg gegen die terroristische Infrastruktur« zu führen, da sonst keine Gebiete zurückgegeben würden. Arafat nannte das Autobomben-Attentat einen »kriminellen und terroristischen Akt« und klagte den »Täter und jene an, die hinter ihm stehen und in die Hände der Siedler und Extremisten spielen«. Die Autonomiebehörde ging nicht nur massiv gegen die Führung von Hamas vor, sondern ließ auch 300 einfache Mitglieder ohne Gerichtsverhandlung ins Gefängnis werfen. Ihr geistiger Mentor, Scheich Ahmad Yasin, wurde unter Hausarrest gestellt.

Die Netanyahu-Regierung verhielt sich bei der Umsetzung des Wye-Abkommens unkorrekt. Nachdem Arafat die Landkarten mit den Eintragungen des Truppenrückzugs gesehen hatte, forderten die Siedler 61 Änderungen. Sie wurden in der Nacht vor dem ersten Rückzug bei Jenin eingearbeitet, ohne den PLO-Vorsitzenden zu informieren. Minuten vor der Unterzeichnung erfuhr Arafat davon und bestand auf Einhaltung der Absprachen. Erst als ihm neue Karten vorgelegt wurden, stimmte er zu.

Am 22. November 1998 setzte die israelische Regierung 250 gewöhnliche Kriminelle auf freien Fuß. Im Wye-Abkommen war vereinbart worden, 750 palästinensische Gefangene freizulassen. Israel weigerte sich nach wie vor, Mitglieder von Hamas, dem Islamischen Jihad oder solche Inhaftierte mit »jüdischen Blut an den Händen« zu entlassen.

Die israelische Regierung hatte von den Palästinensern sogar verlangt, ganz auf die Forderung nach Freilassung der Gefangenen zu verzichten, und gedroht, das Abkommen nicht weiter

umzusetzen. Die Mobilisierung der extremen Rechten für vorgezogene Neuwahlen war Netanyahu wichtiger als die Einhaltung des Abkommens. Da die Palästinenser gegen das Prinzip der »Gegenseitigkeit« verstießen und ihren Teil der Vereinbarung – die Bekämpfung des Terrorismus – nicht zur vollsten Zufriedenheit der Israelis erfüllten, verschob Netanyahu den zweiten Rückzug, die Eröffnung der »sicheren Durchfahrt« vom Gaza-Streifen in die Westbank sowie die Eröffnung des Flughafens und den Bau eines Seehafens. Er forderte, »jede Art von Gewalt« zu verhindern, einschließlich der Demonstrationen für die Freilassung der Gefangenen.

Am 14. Dezember 1998 stattete Bill Clinton erstmals den Autonomiegebieten einen Besuch ab. Die Palästinenser mußten in Anwesenheit des US-Präsidenten die PLO-Charta zum dritten Mal außer Kraft setzen. Arafat hat die Geschichte seines Volkes auf Druck der USA selbst zum wiederholten Male umgedeutet und den fünfzigjährigen Befreiungskampf des palästinensischen Volkes auf bloßen »Terrorismus« reduziert.

Damit wurde ein Teil der palästinensischen Identität zu Grabe getragen und der historische Anspruch des Zionismus bestätigt. Unter den versammelten Palästinenser brach Euphorie aus, als Clinton auch sie als »Menschen« bezeichnete. Seine Worte über »das Leiden, die Tränen und die Hoffnungen, die unter den Palästinenser herrschen wie unter den Israelis« entpuppten sich als reine Floskeln, denn er verlangte nur von den Palästinensern das Ende von »Gewalt und Terror«. Die Unterdrückten sollten ihren Unterdrückern vergeben, sich mit ihnen versöhnen und ihre Herzen durch »Unterwerfung« gewinnen. Zynischer und arroganter kann man den Palästinensern nicht begegnen.

Arafat deutete Clintons Besuch als einen diplomatischen Erfolg. Die Bemerkung vom »Recht des palästinensischen Volkes, frei zu sein«, interpretierte der PLO-Chef als eine »rudimentäre Anerkennung des Palästinenserstaates«. Eine Fehleinschätzung, wie sich bald herausstellte. Clinton hat den Flughafen in Gaza nochmals feierlich eröffnet, der den Palästinensern kein Tor zur Welt öffnet, da israelische Sicherheitskräfte jede Flugbewegung sowie die Aus- und Einreise kontrollieren und entsprechende Genehmigungen von ihnen eingeholt werden müssen.

Anläßlich des Clinton-Besuches trafen sich Arafat und Netanyahu am Erez-Kontrollpunkt. »Ha'aretz« berichtete am 16. Dezember 1998, Netanyahu habe Arafat wie einen Knecht angeherrscht. Der israelische Ministerpräsident verlangte vom PLO-Chef, die in den Schulen verwendeten Landkarten zu konfiszieren, da auf ihnen der Staat Israel nicht eingezeichnet ist.

Netanyahu verschwieg aber, daß in israelischen Schulen Karten verwandt werden, die »das ganze Land Israel« zeigen, d.h. die Westbank existiert darauf nicht.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits klar, daß es vorgezogene Neuwahlen in Israel geben werde. Netanyahu war es gelungen, jeden gegen sich aufzubringen und sowohl Freund als auch Feind vor den Kopf zu stoßen. Er erniedrigte alle seine politischen Verbündeten in Israel. Yitzhak Shamir, ehemaliger Ministerpräsident Israels, nannte ihn öffentlich einen »Engel der Zerstörung«, weil er den Likud zerstört und die Partei ihres ideologischen Inhaltes beraubt habe. Benjamin Begin, der Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten Menachem Begin, erklärte, das oberste Prinzip sei »das Recht der Israelis auf das ganze Land Israel«, und protestierte wegen der Unterzeichnung des Hebron-Abkommens gegen Netanyahu .

Welche Einmütigkeit damals innerhalb der politischen Elite des Landes herrschte, zeigten die zehn Gespräche zwischen Netanyahu und Barak im Dezember 1998. Beide Politiker stimmten darin überein, daß Jerusalem unter israelischer Kontrolle vereint bleiben sollte, es keinen Rückzug auf die Grenzen von 1967 und keine Armee westlich des Jordan Flusses geben werde sowie die großen Siedlungen bestehen bleiben sollten.

Für das in westlichen Medien verbreitete Image von einem »konservativen« Netanyahu und einem »liberalen« Barak gibt es keinen rationalen Grund. Netanyahu setzte zum Beispiel nur die bereits fertigen Pläne der Rabin-Regierung für den Bau der Siedlung auf dem Jabal Abu Ghnaim (Har Homa) im Januar 1998 in die Tat um. Barak, prahlte in einem Fernsehinterview: »Die Arbeitspartei hätte ein viel besseres Abkommen erreicht.« Auf die Frage, ob er weniger Gebiete zurückgegeben hätte, antwortete er: »Nicht weniger Gebiete, aber wir hätten es viel geschickter angestellt, d.h. wir hätten sie cleverer ausgetrickst.« In diesem Satz zeigt sich die Verlogenheit der Politiker der Arbeitspartei, die ihre nationalistischen Ansprüche hinter einer rhetorischen liberalen Fassade zu verbergen wissen. Auch Peres war nie für die Gründung eines Palästinenserstaates, aber er verbreitete eine Aura der Kooperation und keine des Diktates wie Netanyahu. Für Arafat war es unter einer Regierung der Arbeitspartei einfacher, seinem Volk die totale Kapitulation zu verkaufen.

Der Wahltermin wurde politisch geschickt auf den 17. Mai 1999 gelegt. Arafat konnte am 4. Mai – an diesem Tag endete die fünfjährige Interimsphase – seinen Staat nicht ausrufen, da er Netanyahu nicht zum Wahlsieg verhelfen wollte und die USA sowie die Europäische Union ihm keine Anerkennung signalisiert hatten. So endete die Sitzung des PLO-Zentralrates vom

27. bis 30. April 1999 in Gaza mit der Entscheidung, vorerst nichts zu entscheiden und im Juni nochmals zu beraten.

Die Monate bis zur Wahl in Israel waren gekennzeichnet durch den Zerfall der Regierung Netanyahu. Am 24. Januar 1999 wurde Verteidigungsminister Yitzhak Mordechai während einer Livesendung des Fernsehens entlassen. Er schloß sich umgehend der »Zentrumspartei« an und kündigte seine Kandidatur als Ministerpräsident an.

Netanyahu wurde zusehends isoliert. Bill Clinton empfing ihn nicht mehr, innenpolitisch brachten ihn die verstärkten Guerillaangriffe der Hisbollah im Südlibanon unter Druck, bei denen einige israelische Soldaten getötet wurden.

Er zog mit einem martialischen nationalistischen Slogan in den Wahlkampf: »Ein starker Führer für ein starkes Land.« Die Konnotation, die der Satz weckte, brachte ihm heftige Kritik seitens des linksliberalen Teils der israelischen Gesellschaft ein. Er war zwar nicht bereit, einseitig und bedingungslos aus dem Libanon abzuziehen, erkannte jedoch nach 22 Jahren Besatzung die UN-Resolution 425 an, die den Abzug der israelischen Besatzungstruppen forderte. Sein Herausforderer Ehud Barak, hielt sein Versprechen, innerhalb eines Jahres nach seiner Wahl die Truppen aus dem Südlibanon einseitig abzuziehen.

Der Stillstand im Friedensprozeß wurde von westlichen Beobachtern und Kommentatoren einseitig Netanyahu angelastet. Sie haben an der »linken Regierung« unter der Führung der Arbeitspartei kaum Kritik geübt, obwohl diese die Abkommen aushandelte, die zur Bantustanisierung der Westbank und des Gaza-Streifens führten, und ähnliche Ziele wie die Likud-Koalition verfolgte, nur andere Methoden anwandte. Zudem darf nicht übersehen werden, daß die Palästinenser den Aufbau eines eigenen souveränen Staates von Beginn des Friedensprozesses an in den Dokumenten nicht verankern konnten. Selbst Mahmud Abbas war sich dessen bewußt. »Wir behaupten nicht, daß wir ein Abkommen unterzeichneten, das zu einem unabhängigen Staat führen würde; keine Bestimmung der Prinzipienklärung erhebt solch einen Anspruch.«⁴² Die gesamte politische Klasse Israels muß sich von ihren Eroberungsplänen in der Westbank verabschieden. Erst dann kann die Vision eines »Palästinenserstaates« Konturen gewinnen.

Netanyahu ist ein Vertreter der nationalistischen Rechten und des revisionistischen Flügel des Zionismus, aber er zählt nicht zu den Fanatikern der »Groß-Israel-Ideologie« oder den Vertretern eines »Kein-Zentimeter-Land-Ansatzes«, dafür ist er zu pragmatisch. Er wollte den

Palästinensern jede irgend mögliche Konzession abringen. Diese Art der Machtpolitik hat dem Ansehen Israels in der Welt geschadet.

Die Niederlage Netanyahus (44 : 56 Prozent) bei den Parlamentswahlen wurde in Washington und den arabischen Hauptstädten mit Erleichterung aufgenommen. Er legte sein Abgeordnetenmandat und den Parteivorsitz des Likud nieder. Für Avi Shlaim, Historiker an der Universität Oxford, kam der Wahlsieg Baraks einem Erdbeben gleich, ja er sprach von einem »Sonnenaufgang nach drei schrecklichen und dunklen Jahren, in denen Israel von einem absoluten Verfechter der Eisernen Wand (Iron Wall) regiert wurde«⁴³.

6. Das Sharm el-Sheikh-Protokoll (Wye II) vom 4. September 1999

Arafat hatte nach Baraks Wahlsieg lange vergeblich auf eine Erklärung zum Friedensprozeß gewartet. Vor ihrem ersten Treffen erläuterte der israelische Ministerpräsident in einem Interview mit »Ha'aretz« seine Vorstellungen von der Zukunft: Für sein Land sei ein Frieden zwischen dem »Zionismus und den Arabern« wichtiger als Frieden mit den Palästinensern. »Die Palästinenser sind die Ursache für die Fortdauer des Konfliktes, aber sie sind auch der schwächste von allen Gegnern. ... Sie stellen keinerlei militärische Bedrohung für Israel dar.« Auf dem Golan gebe es ein »wunderbares und wichtiges Siedlungsexperiment«, durch Kompromisse könne man mit Syrien Frieden schließen. In der Westbank »ist die Wiege unserer Geschichte«. »Es ist unmöglich, Frieden mit den Palästinensern und der Siedlung Beit El zu schließen. Ofra liegt in der unmittelbaren Nähe eines der wichtigsten strategischen Punkte, und die Siedlung Ariel ist Ariel.« Die Palästinenser hätten Jenin, Nablus, Ramallah, Hebron und Bethlehem.

Bei ihrer ersten Begegnung am 11. Juli 1999 machte Barak seinem »lieben Freund und Partner« Arafat klar, daß er keinen »Neuanfang« in den Beziehungen zu den Palästinensern anstrebe. Er lehnte es ab, die unter Netanyahu gegründeten 42 Siedlungen aufzulösen. Seinen Vorschlag, das Wye-Memorandum zu umgehen und gleich mit den Statusendverhandlungen zu beginnen, wies Arafat zurück. Als der PLO-Chef den bei ihrem zweiten Treffen angebotenen Terminplan zur Umsetzung des Wye-Abkommens ablehnte, setzte ihn Barak mit dem Hinweis auf ein mögliches Abkommen zwischen Syrien und Israel unter Druck. Um Zeit zu gewinnen, unterzeichneten beide Seiten am 4. September das Sharm el-Sheikh-Protokoll. Zu Recht wurde dieses Dokument als das »Umsetzungsabkommen des

Umsetzungsabkommens des Umsetzungsabkommens des Interimsabkommens« vom September 1995 eingestuft.⁴⁴

Darin bekräftigten sie den Willen, bei den Statusendverhandlungen die UN-Resolutionen 242 und 338 zu realisieren, und einigten sich darauf, bis zum 13. September 1999 Verhandlungen über ein Rahmenabkommen aufzunehmen, das im Februar 2000 vorliegen sollte. Den Kern des Abkommens sollte eine Vereinbarung über die Bestandteile des Statusendvertrages bilden, dessen Abschluß für Mitte September 2000 vorgesehen war.⁴⁵

Der Truppenrückzug sollte in drei Phasen fortgesetzt werden: Am 5. September sollten sieben Prozent von Zone C zur Zone B kommen; am 15. November zwei Prozent von Zone B zur Zone A und drei Prozent von Zone C zu Zone B; schließlich sollten am 20. Januar 2000 ein weiteres Prozent aus Zone C in Zone A und 5,1 Prozent aus Zone B in Zone A übertragen werden.

Weitere Punkte waren:

- Freilassung von 200 palästinensischen Gefangenen am 5. September 1999 und von 150 am 8. Oktober. Alle weiteren Freilassungen würde ein gemeinsamer Ausschuß regeln.
- Einsetzung von Ausschüssen, die bereits im Interimsabkommen beschlossen wurden.
- Bau einer »sicheren Durchgangsstraße« vom Gaza-Streifen in die Westbank und Öffnung der Shuhada-Straße in Hebron.
- Bau eines Seehafens für die Palästinenser. Vor der Inbetriebnahme war die Unterzeichnung eines Protokolls über Sicherheitsvorkehrungen geplant, in dem die Befugnisse der Israelis wie im Falle des Flughafens geregelt werden sollten.
- Vereinbarungen über Sicherheitsauflagen, die bereits im Wye-Memorandum festgeschrieben wurden.

Beide Seiten verpflichten sich, keine einseitigen Maßnahmen zu ergreifen, die den Status quo verändern. Dies stand auch in früheren Abkommen, wurde aber von den Israelis durch den Bau von Siedlungen und eines separaten Straßensystems für die Siedler unterlaufen. Nach dem Wye-Memorandum wurden 42 illegale Siedlungen errichtet. Nur sieben deklarierte Barak als illegal, und nur vier davon ließ er räumen. Dieses Ergebnis feierten der Ministerpräsident und die Meretz Partei als einen Sieg des Rechtes, in Wahrheit haben sie vor

den Siedlern kapituliert und zudem gegen eine Übereinkunft zwischen den USA und den Palästinensern verstoßen, derzufolge alle nach Wye gebauten Siedlungen aufgelöst werden sollten.

Als der Militärstaatsanwalt vor den Verhandlungen mit den Palästinensern am 20. Oktober Barak auf den Rechtsbruch hinwies, antwortete dieser: »Kein Völkerrecht kann meinen Plan verändern. Unsere Entscheidungen sind nicht an internationalen Beispielen ausgerichtet, sondern an unseren Bedürfnissen und Interessen.« Auf einer Kabinettsitzung am 7. November erklärte er, die UN-Resolution 242 habe für die Westbank und den Gaza-Streifen keine Gültigkeit, da sie sich nicht auf Organisationen, sondern nur auf Staaten beziehe. Demnach wäre die Resolution 242 erfüllt gewesen, wenn Israel sich mit Syrien geeinigt hätte, und die Palästinenser hätten keinerlei Rechtsanspruch mehr geltend machen können. Im Sharm el-Sheikh-Protokoll hatte der Ministerpräsident sich dagegen ebenso wie die Palästinenser verpflichtet, die Resolution 242 umzusetzen.

Baraks »militärische Persönlichkeit« ließ sein Image als »Mann des Friedens« bald verblassen. Kritiker bezeichneten ihn wenige Monate nach der Amtsübernahme als »Barakyahu«. Die Chefredakteurin des kritischen Journals »News from within«, Tikva Honig-Parnass, schrieb im November 1999: »Barak und die israelische Armee verstehen voll und ganz, daß der Statusendvertrag für Israel weder in den 67 besetzten Gebieten noch in der Region die erhoffte Sicherheit bringen wird.« Barak mache »seine Politik«, die »unweigerlich zu einer Explosion in den besetzten Gebieten und in Israel führen« werde, und schließe die Führung der Arbeitspartei vom Entscheidungsprozeß weiterhin aus.⁴⁶

Der palästinensische Verhandlungsführer Saeb Erekat hatte am 7. September 1999 in Ramallah erklärt, mit der Umsetzung des Sharm el-Sheikh-Protokolls werde die palästinensische Jurisdiktion auf die ganze Westbank ausgedehnt, mit Ausnahme der Siedlungen, der Militäreinrichtungen und Jerusalem. (Diese Ausnahmen betreffen 50 Prozent des Gebietes.) Die Israelis wollten jedoch »Sicherheit und Souveränität« in ihren Händen halten. Sie hatten zunächst darauf bestanden, die Magnetkarten für die Benutzung des »sicheren Korridors« vom Gaza-Streifen in die Westbank selbst auszustellen und »gesuchte« Palästinenser während der Durchreise verhaften zu dürfen. Schließlich wurde ein Prozedere ausgehandelt, das für die Palästinenser ebenso demütigend ist wie die Einreise über die Allenby Brücke oder die Einreise in den Gaza-Streifen: Sie müssen beim Ministerium für Verwaltungsangelegenheiten einen Antrag auf Durchreise einreichen, der an die israelische Militärverwaltung weitergeleitet wird. Die Genehmigung muß der Antragsteller zusammen

mit einem palästinensischen Polizisten in Zivil abholen. Die Durchfahrt kann ohne Begründung verweigert werden.

Bei der Unterzeichnung des Protokolls am 5. Oktober 1999 begründete Sicherheitsminister Shlomo Ben-Ami diesen »Kompromiß« mit den Worten: »Israel ist die souveräne Macht und hat das Recht, sich wie eine solche zu verhalten.« Daß der »sichere Korridor« die geographische und demographische Einheit zwischen dem Gaza-Streifen und der Westbank garantiert, wie Arafat in Gaza behauptete, darf bezweifelt werden. Nach israelischen Angaben sind nur 132000 Palästinenser berechtigt, diesen »Korridor« zu benutzen, darunter sind 130000 Arbeiter, Geschäftsleute und VIPs, die bereits eine Genehmigung zur Einreise nach Israel besitzen.

Auf der Kabinettsitzung am 10. Oktober bekannte Barak , sein Herz schlage mehr für Wohnungsbauminister Rabbi Yitzhak Levy als für Bildungsminister Yossi Sarid. Dies war keine Phrase: In den ersten fünf Monaten ließ er 3000 Baugenehmigungen erteilen, 600 mehr als die Vorgängerregierung in einem Jahr vergeben hatte.

In der Umgebung von Hebron wurden Ende September 1999 3000 Hektar Weideland als »militärisches Gebiet« ausgewiesen. General Ilan Biran gab an, dies sei in Übereinstimmung mit den Palästinensern nach Unterzeichnung des Sharm el-Sheikh-Protokolls erfolgt. Auch in der Gegend von Ramallah wurden Hunderte von Hektar entlang der Waffenstillstandslinie konfisziert. Dies ließ vermuten, daß Israel die Einrichtung einer drei bis vier Kilometer breiten »Sicherheitszone« entlang der Grenze zu einem palästinensischen »Gebilde« plant.

Am 8. November 1999 begannen im Grand Park Hotel in Ramallah endlich die offiziellen Gespräche über das Statusendabkommen. Israel wollte lediglich ein Rahmenabkommen aushandeln, in dem alle kritischen Fragen fixiert werden sollten, über die keine Einigung erzielt werden konnte. Barak erklärte vorher, der Siedlungsbau werde weitergehen und die UN-Resolution 242 sei nicht anwendbar. Er gab den Unterhändlern folgende Instruktionen mit auf den Weg:

- Das Rahmenabkommen soll den Konflikt zwischen den beiden Völkern beenden und zu einer Trennung zwischen Israel und dem palästinensischen »Gebilde« führen, das nach dem Abschluß eines Statusendvertrages entstehen soll.
- Israel beharrt auf den »fünf roten Linien«: keine Rückkehr zu den Grenzen von 1967, ein vereinigtes Jerusalem unter israelischer Souveränität als Israels Hauptstadt, keine fremde

Armee westlich des Jordan Flusses, keine Rückkehr der Flüchtlinge nach Israel, die meisten der Siedlungen bleiben erhalten, werden in Siedlungsblocks zusammengefaßt und von Israel annektiert.

Über diese Richtlinien gab es innerhalb der israelischen politischen Klasse Konsens, selbst die moderate Rechte identifizierte sich damit.

Auch die von Arafat geforderte stärkere Beteiligung von US-Unterhändler Dennis Ross brachte keine Bewegung in die Verhandlungen. Die Spannungen zwischen Israel und den Palästinensern verschärfen sich Ende 1999 wieder, da Arafat mit dem von den Israelis für den zweiten Rückzug angebotenen Gebiet nicht einverstanden war. Sein Einspruch hatte keine Erfolgsaussichten, zumal er Warren Christophers Brief im Hebron-Protokoll akzeptiert hatte, in dem Israel das Recht zugestanden worden war, die Rückgabe von Gebieten unter Sicherheitserwägungen allein festzulegen. Gleichzeitig geriet Arafat innenpolitisch unter Druck durch den von 20 Intellektuellen und Politikern unterzeichneten Aufruf »The Homeland calls us«. Darin wird heftige Kritik am Oslo-Prozeß und an der Autonomiebehörde geübt: Seit Oslo sei mehr Land gestohlen worden, die Siedlungen expandierten, gegen die Flüchtlinge werde konspiriert, Palästinenser (»unsere Söhne«) verschwänden hinter palästinensischen Gefängnismauern. Die Autonomiebehörde sei korrupt, erniedrige das eigene Volk und beute es aus. Oslo diene nur einigen wenigen korrupten Politikern. »Der Präsident hat die Tür für Opportunisten weit geöffnet, die Korruption unter den Palästinensern verbreitet.« Diese persönliche Schuldzuschreibung erboste Arafat. Seine Günstlinge setzten über den Legislativrat und die Autonomiebehörde Repressionen durch. Acht der Unterzeichner wurden verhaftet und zwei unter Hausarrest gestellt. Erst nach öffentlichen Protesten und der Unterzeichnung eines »Public Opinion Communiqué« durch 200 Persönlichkeiten wurden die Verhafteten freigelassen und der Hausarrest von Bassam Shak'a, dem ehemaligen Bürgermeister von Nablus, aufgehoben.

Arafat war zudem durch die Verhandlungen zwischen Syrern und Israelis in Shepherdstown (USA) beunruhigt. Ein Abkommen beider Staaten hätte seine Position weiter geschwächt und die militärische Überlegenheit Israels in der ganzen Region bestätigt.

Am 6. und 7. Januar 2000 setzte Israel die am 4. September 1999 vereinbarte zweite Phase des Truppenrückzugs um. Baraks Vorstellungen über die dritte Rückzugsphase lösten neuen Streit aus: Er bot den Palästinensern nicht die drei Dörfer Azariya, al-Ram und Abu Dis an, sondern weitere Landfetzen in der Nähe von Jenin, Tulkarem und Hebron.

In den folgenden Monaten taumelten die israelisch-palästinensischen Verhandlungen in Taba von Krise zu Krise. Die Gespräche zwischen Israelis und Syrern scheiterten. Auch Bill Clinton konnte in Genf Hafez al-Assad keinen Kompromiß abringen. Der syrische Präsident blieb bei seiner Forderung nach völliger Räumung der Golanhöhen durch Israel.

Aus Sorge um Arafats mögliche Konzessionsbereitschaft bei den bevorstehenden Statusendverhandlungen wandten sich 135 palästinensische Persönlichkeiten im März 2000 in einem offenen Brief an die israelische Öffentlichkeit. Darin heißt es: »Was bisher durch den Oslo-Prozeß erreicht worden ist, bringt keinen Frieden, sondern trägt den Keim für einen weiteren Krieg in sich und verlängert den Konflikt.« Die Mehrheit der Palästinenser habe geglaubt, der Friedensprozeß basiere auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und den Anforderungen für eine gemeinsame Zukunft. Die israelische Führung nehme an, sie könne den Palästinensern jedes Abkommen aufzwingen, da sie die Macht auf ihrer Seite habe. Ihre bisherigen Angebote seien in jeder Beziehung erniedrigend gewesen. In dem Schreiben werden zwei Optionen genannt, die zu einem dauerhaften Frieden führen würden: die Gründung eines Palästinenserstaates in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt oder die Schaffung eines binationalen Staates für beide Völker im Lande Palästina. Ein aufgezwungenes Abkommen trage den Keim der Zerstörung in sich, auch wenn es den Segen der USA, der Europäer und der Vereinten Nationen hätte.

Wie richtig diese Schlußfolgerung war, zeigte die Zunahme des Protestes in den besetzten Gebieten. Mitte Mai forderten massive Ausschreitungen gegen die israelische Besatzungsmacht in der Westbank acht Tote und 1500 Verletzte. In dieser Zeit verstärkte die Hisbollah im Südlibanon ihre Angriffe. In einer Art Panikreaktion befahl Barak den Rückzug der israelischen Armee am 22./23. Mai aus der sogenannten Sicherheitszone. Ursprünglich war der vollständige Rückzug für den 7. Juli geplant. Die Soldaten ließen hochwertiges Militärgerät zurück. Mit den Besatzern flohen Tausende libanesische Kollaborateure.

Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah riet den Palästinensern unmittelbar nach dem Erfolg, die Sicherheit der Siedler in den besetzten Gebieten und der Israelis generell in Frage zu stellen. Eine solche »Problemlösung« würde, wie ich darlegte, »die gesamte Region in den Krater der Apokalypse stürzen und für die Palästinenser politischen Selbstmord bedeuten«⁴⁷.

Führende israelische Kommentatoren vergossen Tränen über den »Verlust der nationalen Ehre«. Daß die gesamte Libanon-Aktion völkerrechtswidrig war und die israelischen Regierungen deshalb die Alleinverantwortung für die Toten auf beiden Seiten zu tragen

haben, verdrängten sie. Der Westen, der sich als Anwalt für die Menschenrechte versteht, hüllte sich in Schweigen.

Von welchen taktischen Überlegungen sich die israelische Regierung leiten ließ, machte der stellvertretende Verteidigungsminister Ephraim Sneh am 23. Mai in der Sendung »Today's News« in Radio 2 deutlich: »Der Rückzug aus dem Libanon ist nur eine Stufe zur Realisierung eines generellen Plans, Israels militärische Macht einzusetzen, um seine politischen Ziele in bezug auf Syrien zu erreichen. Wir befinden uns gerade in einer kritischen Phase in der Auseinandersetzung mit Syrien. Die Syrer tragen den Haß gegen Israel in ihrem Blut und haben deshalb ständig die Hisbollah mit Waffen beliefert. Bei der gestern entstandenen schwierigen und gefährlichen Lage [die Flucht und der Zusammenbruch der SLA – L.W.] handelt es sich nur um eine Phase des Krieges.« Die Situation werde »in absehbarer Zeit (nicht unmittelbar) korrigiert«, wenn nicht mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft, dann durch Gewalt – massive Gewalt. Die Umstände, in denen wir all unsere militärische Macht einsetzen können, sind noch nicht gegeben.«

Je mehr sich die innenpolitische Lage zuspitzte, desto enger lehnte sich Barak an die nationalistische Rechte um Ariel Sharon an. Eine Regierung der »Nationalen Einheit« schien nur durch ein neues Abkommen mit den Palästinensern vermeidbar. Die bilateralen Verhandlungen stagnierten jedoch, da Barak sich weigerte, die zugesagte dritte Rückzugsphase vor Abschluß eines Rahmenabkommen auszuführen. Daran konnten die Palästinenser nicht interessiert sein, da sie dadurch um Territorium gebracht worden wären, das sie dringend für ihren Staat benötigen.

7. Die Camp David-Verhandlungen vom Juli 2000

Bevor Barak und Arafat nach Washington reisten, kam es zu einer verbalen Eskalation. In einer Rede vor Fatah-Anhängern am 25. Juni 2000 in Nablus erklärte der PLO-Chef, er sei bereit, einen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt auszurufen, wem dies nicht passe, »der kann das Wasser des Toten Meeres trinken«. »... wir erinnern jene, die an unserem Ziel zweifeln, an die Schlacht von Karame und die Intifada.« Mit dieser Antwort auf die Drohung des israelischen Generalstabschefs Shaul Mofaz, seine Armee werde jeden Aufstand militärisch niederschlagen, signalisierte Arafat, daß die Palästinenser die plumpe Alternative, sich auf

israelische Vorgaben einzulassen oder mit Waffen angegriffen zu werden, nicht länger akzeptieren würden.

Bill Clinton wollte den Friedensprozeß vor einem totalen Kollaps bewahren und als Mann, der den längsten Konflikt des 20. Jahrhunderts gelöst hat, in die Geschichte eingehen. Er schickte Dennis Ross, Außenministerin Madeleine Albright sowie Sicherheitsberater Sandy Berger in den Nahen Osten. Nachdem sich Albright mit Barak getroffen hatte, war sie davon überzeugt, daß Israel ein weitreichendes Angebot unterbreite und ein Gipfeltreffen erfolgreich sein könnte. Clinton lud die Kontrahenten am 5. Juli zu einem Gipfeltreffen in Camp David ein, das am 11. Juli beginnen sollte. Barak hatte diesen Tagungsort vorgeschlagen; dort war 1978 ein Abkommen zwischen Israel und Ägypten unterzeichnet worden, das zur Räumung der besetzten Sinai-Halbinsel geführt hatte.

Arafat wurde in einer Sitzung des PLO-Zentralrates am 2. und 3. Juli beauftragt, folgende Forderungen bei den Verhandlungen durchzusetzen:

- Rückkehrrecht oder eine »angemessene Entschädigung« für die Flüchtlinge gemäß der UN-Resolution 194;
- vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 242 und 338;
- Räumung aller Siedlungen sowie
- Ost-Jerusalem als die Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates.

Er reiste mit einer 50köpfigen Delegation an, die alle Gruppen der palästinensischen Gesellschaft umfaßte. Hamas und die PFLP lehnten die Teilnahme ab. Yassir Abed Rabbo erklärte, das Abkommen würde einem Referendum – »wie auf der israelischen Seite« – unterworfen.

Barak hatte die geheimen Gespräche in Oslo schon nach der zweiten Runde abbrechen lassen und angekündigt, seine Ideen nur auf einem Gipfeltreffen preiszugeben. Er warnte vor einem Fehlschlag: »Der Preis muß mit Blut bezahlt werden«. Ihm mangelte es an politischem Rückhalt. Seine Regierung war auseinandergefallen, und im Parlament hatte er zwei Vertrauensabstimmungen verloren. Ariel Sharon erklärte in der Knesset: »Ehud Barak scheint nicht zu verstehen, daß er erst Frieden in seiner Regierung haben muß, bevor er Frieden mit den Arabern schließen kann.«

Während der Verhandlungen in Camp David wurde eine Nachrichtensperre verhängt. Israel hatte während der gesamten Verhandlungen weder den Amerikanern noch den Palästinensern jemals eine Karte präsentiert. Nach dem Scheitern begann umgehend die Legendenbildung. Die israelische Delegation kolportierte, sie habe ähnlich »weitreichende Konzessionen« wie gegenüber Syrien angeboten.

Angeblich sollten 89 Prozent der besetzten Gebiete an die Palästinenser zurückgegeben werden. Die verbleibenden elf Prozent wollte Israel annektieren. Bei genauerem Hinsehen stellt sich die Lage jedoch völlig anders dar. Israel hat bereits 60 Prozent der Westbank als »Staatsland« annektiert bzw. vollständig unter seiner Kontrolle. Dort ist es Palästinensern untersagt, zu bauen, zu siedeln oder Landwirtschaft zu betreiben. Das Jordantal dürfen sie wegen der israelischen Militäranlagen nicht einmal durchfahren. 80 Prozent der Siedler hätten bleiben können, wo sie sind, nur 40000 Siedler wären in sogenannten Siedlungsblöcken zusammengelegt worden. Diese im Herzen des palästinensischen Gebietes gelegenen Siedlungen wären unter israelische Souveränität gefallen. 40 palästinensische Dörfer mit zirka 80000 Menschen hätte Israel ebenfalls annektiert. Ob die Siedlungen im Gaza-Streifen aufgelöst worden wären, blieb offen.

Jerusalem sollte ungeteilt und unter israelischer Souveränität bleiben. Der Großraum Jerusalem umfaßt 30 Prozent der Westbank. Die palästinensische »Hauptstadt« hätte aus einigen eingemeindeten Dörfern am Stadtrand bestanden.

Die Israelis vermittelten den Palästinensern in Camp David nur ein »Gefühl von Souveränität«: Sie sollten in weniger als 15 Prozent des 1967 annektierten Gebietes »administrative Kontrolle« ausüben können. Die Überwachung der Außengrenzen wäre weiter in israelischer Hand geblieben, auf dem Territorium des »Palästinenserstaates« sollten israelische Militärstützpunkte eingerichtet werden, und die Flüchtlinge wären dort geblieben, wo sie sind, in den Flüchtlingslagern. Nur einigen Tausend sollte im Rahmen von Familienzusammenführung die Einreise nach Israel gestattet werden.

Ein solch »großzügiges Angebot« hätte israelische Inseln im Palästinenserstaat geschaffen und diesen auf drei »souveräne Gehege« reduziert.

Camp David mußte scheitern, da Barak wie alle bisherigen israelischen Regierungen auf den »Roten Linien« beharrte:

- kein Rückzug auf die Grenzen von 1967; (Keine der beiden großen israelischen Parteien war jemals bereit, mehr als die Hälfte der vom ursprünglichen, historischen Palästina verbliebenen 22 Prozent an die Palästinenser zurückzugeben.)
- Jerusalem bleibt ungeteilt und unter israelischer Souveränität;
- keine ausländische Macht westlich des Jordan;
- die meisten Siedler bleiben unter israelischer Souveränität, auch nach einem Endabkommen;
- Israel wird keine moralische oder rechtliche Verantwortung für das palästinensische Flüchtlingsproblem übernehmen.

Der israelische Ministerpräsident hatte sich geweigert, direkt mit dem PLO-Chef zu verhandeln. Während der 15 Tage sprachen Barak und Arafat noch nicht einmal eine Stunde miteinander. (Bei dieser Unterredung verständigten sie sich über das Essen und das Wetter!) Mitglieder des amerikanischen Verhandlungsteams wußten, daß unter diesen Umständen keine Ergebnisse erzielt werden konnten.

Israelische Politiker sprachen sich von jeder Mitverantwortung für das Scheitern frei. Barak brüstete sich in der Knesset: Er habe den Palästinensern noch nicht einmal einen Zentimeter Landes übergeben. Die Linkszionisten wiederholten ihren Standardvorwurf: »Die Palästinenser wollten keinen Frieden; sie sind für den Frieden noch nicht reif.« Tatsächlich war Israel allein für das Scheitern verantwortlich.

Die Palästinenser verglichen ihre eigene Situation mit der von Gefängnisinsassen: Die Häftlinge besäßen 96 Prozent des Gebäudes und die Wächter nur vier Prozent, aber auf diesem Gebiet seien die Zäune und Wachtürme.

Hätte Arafat dieses »palästinensische Versailles« akzeptiert, wäre er von der politischen Bühne hinweggefegt worden. Er wußte, wie explosiv die Stimmung unter seinen Landsleuten war. Der amerikanische Völkerrechtler Francis A. Boyle hatte 1992 in dem Memorandum »The Interim Agreement and International Law« an die palästinensische Verhandlungsdelegation in Washington appelliert, sich strikt am Völkerrecht zu orientieren, sonst würden sie im Friedensprozeß untergehen. Arafat erkannte in Camp David, daß Israel gegen alles, was die Palästinenser über ihre Zukunft beschließen, ein Veto einlegen kann. Er

ließ sich nicht erpressen, obwohl auf ihn mehr Druck ausgeübt wurde als bei der Belagerung von Beirut im Jahre 1982, wie Mahmoud Abbas in einem Interview erklärte.

Von Seiten der USA wurde Arafat ebenfalls die Schuld am Scheitern von Camp David gegeben. Dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak warf Clinton am 29. August in Kairo bei einem ungeplanten Zwischenaufenthalt von seiner Rückreise aus Afrika vor, er habe den PLO-Chef zu wenig unter Druck gesetzt. Die amerikanische Presse hatte sich schon kurz nach Camp David auf den ägyptischen Präsidenten eingeschossen. So erhob der Journalist Thomas Friedman am 1. August in der »New York Times« in dem fiktiven Memo »Bill an Dear Hosni« schwerste Vorwürfe gegen Mubarak und erinnerte ihn an die große finanzielle Unterstützung der USA: »Ich werde offen mit Ihnen sprechen. Sie bewegen sich auf dünnem Eis. ... Mehr und mehr Menschen fragen mich: Was bekommen wir durch unsere Beziehungen mit Ägypten, nicht zu vergessen die 30 Milliarden US-Dollar seit 1978?«

Arafat wurde bei seiner Rückkehr aus Camp David in Gaza wie ein Sieger begrüßt. Nur wenige Palästinenser hatten geglaubt, daß er standhaft bleiben würde. Vor Ort hatte sich die Lage zugespitzt. Druck und Schikanen seitens der Israelis sowie palästinensische Frustration und Hoffnungslosigkeit erzeugten eine explosive Stimmung, die nach dem provokanten Besuch Ariel Sharons am 28. September 2000 auf dem Haram al-Sharif zur Al-Aqsa-Intifada führte. Dieser Aufstand fordert insbesondere auf palästinensischer Seite einen hohen Blutzoll und dauert bis heute an.

Die USA bemühten sich, noch ein Abkommen zu vermitteln, bevor George W. Bush die Amtsgeschäfte übernahm. Der von Clinton am 7. Januar 2001 präsentierte »Friedensplan« könnte der Region tatsächlich Frieden bringen, falls die Grundgedanken in fairer Weise umgesetzt würden:

1. Es kann keine wirkliche Lösung des Konfliktes geben, wenn es nicht zur Gründung eines souveränen, überlebensfähigen Palästinenserstaates kommt, der die Sicherheitsinteressen und die demographische Realität Israels akzeptiert. Dies schließt die Souveränität über den Gaza-Streifen und den größten Teil der Westbank ein. Die Siedlungen sollen in Blöcken annektiert werden, wobei die größte Zahl der Siedler auf minimalstem palästinensischen Territorium betroffen sein sollte. Dabei muß ein überlebensfähiger, geographisch zusammenhängender Staat entstehen. Das Land, das annektiert werden soll, sollte so wenig Palästinenser beherbergen als möglich. Um das Abkommen lebensfähig zu halten, muß ein Gebietsaustausch erfolgen.

2. Für die Flüchtlinge muß eine Lösung gefunden werden. »Alle Palästinenser, die in ihrer Heimat leben wollen, sollen die Möglichkeit dazu haben.« Jene, die sich für andere Staaten entscheiden wollen, sollten dies tun können, und zwar auch in Israel. Alle Flüchtlinge sollten von der internationalen Staatengemeinschaft eine Entschädigung erhalten. Niemand kann von Israel verlangen, ein uneingeschränktes Rückkehrrecht der Flüchtlinge nach Israel zu akzeptieren. Wir können nicht erwarten, daß Israel eine Entscheidung trifft, die seine Existenz in Frage stellt. Die USA werden die Organisation der Finanzen übernehmen, die für die Neuansiedelung der Flüchtlinge benötigt wird.

3. Es wird keinen Frieden geben, solange Israel keine dauerhaften Sicherheitsgarantien erhält. Deshalb schlage ich eine internationale Präsenz in Palästina vor, die die Sicherheit der Grenzen, das Jordantal und die Umsetzung des Endabkommens überwacht.

4. Folgendes möchte ich für Jerusalem vorschlagen:

– Die Stadt sollte offen und nicht geteilt sein. Es sollte die international anerkannte Hauptstadt zweier Staaten sein.

– Was arabisch ist, sollte palästinensisch sein; oder will Israel auf Dauer Hunderttausende von Palästinensern regieren?

– Was jüdisch ist, sollte israelisch sein; dies würde einen ungeahnten Aufschwung für das jüdische Jerusalem bedeuten.

– Was für beide Parteien heilig ist, bedarf der besonderen Sorgfalt. Kein Friedensabkommen wird von Dauer sein, wenn nicht der gegenseitige Respekt für die Religion und die heiligen Stätten aller drei Religionen garantiert ist.

– Jedes Abkommen verlangt von beiden Seiten diese schmerzhaften Kompromisse. Ergänzt werden muß dies noch durch eine vertrauensvolle Haltung zwischen Israelis und Palästinensern sowie von anderen Staaten der Region gegenüber Israel und der gesamten Region gegenüber Palästina.

Am 19. Januar 2001 einigten sich Israelis und Palästinenser darauf, die nächsten zehn Tage im ägyptischen Sharm el-Sheikh ein Abkommen auszuhandeln, das Ehud Baraks Wiederwahl am

6. Februar sichern sollte. Aufgrund der Ermordung von zwei Israelis wurden die Gespräche am 25. Januar ausgesetzt und schließlich auf die Zeit nach den Wahlen vertagt.

Ehud Barak hatte inzwischen die Pläne zur Verhinderung eines souveränen Palästinenserstaates weiter vorangetrieben. Wie die Zeitung »Yediot Aharonot« am 26. Dezember 2000 berichtete, bereiste der stellvertretende Verteidigungsminister Ephraim Sneh die Siedlungen entlang der »Grünen Linie« im östlichen Galiläa und kündigte ein 25 Millionen US-Dollar-Programm zur Kontrolle des Verkehrs und zum Schutz der Siedlungen an. Entlang der Grenze sollen Hindernisse und Barrikaden errichtet werden: ein Zaun, tiefe Kanäle, um die von den Palästinensern benutzten Umgehungsstraßen zu blockieren. Begonnen wurde mit dem Bau der ersten 74 Kilometer von Latrun nach Umm al-Fahm. Entlang der »Grünen Linie« sollen Grenzübergänge eingerichtet werden. Parallel dazu sollten 40 »sensitive« Siedlungen, die in der Nähe von palästinensischen Orten liegen, stärker geschützt werden durch Zäune, Wachtürme, Überwachungskameras, elektrische Einfahrtstore und eine Art »Todesstreifen«, um eventuelle Spuren von »Eindringlingen« verfolgen zu können.

8. Der »Friedensprozeß« unter Ariel Sharon

Nachdem Yitzhak Shamir 1992 die Wahlen gegen Yitzhak Rabin verloren hatte, erklärte er, daß er noch über zehn Jahre mit den Palästinensern verhandelt hätte, ohne ein Abkommen abschließen zu wollen. Rabin, Peres, Netanyahu und Barak haben mit dieser Intention nicht gebrochen. Die Regierungen – entweder geführt von der Arbeitspartei oder dem Likud – haben die acht Jahre seit Oslo genutzt, um Israels strategisches Ziel, einen souveränen Palästinenserstaat zu verhindern, abzusichern. Der Ausbau der Siedlungen zu Festungen und zu geschlossenen Ghettos in den besetzten Gebieten ist vorangeschritten. Israel hat die Waffenstillstandslinie von 1949 in die Westbank hinein verschoben, um die dort liegenden Siedlungen in sein Staatsgebiet zu integrieren. Auch das ständig ausgebaute Netz von Umgehungsstraßen garantiert die weitere Kontrolle über die Palästinenser.

Sharon knüpfte nahtlos an die Repressionspolitik seiner Vorgänger an. Obwohl er sich gemäßigt bis zurückhaltend gibt, wie seine Reaktionen nach einigen Terroranschlägen gezeigt haben, ist er nach wie vor zu keinem Kompromiß bereit. Für ihn ist der »Unabhängigkeitskrieg von 1948 noch nicht beendet«. Der einzige Wandel in seinem Denken drückt sich darin aus, daß er nicht mehr behauptet, »Jordanien ist Palästina«. Er hat den Israelis im Wahlkampf »Frieden« und »Sicherheit« versprochen. Deshalb versucht er, die

zweite Intifada der Palästinenser mit harter Hand zu stoppen und Arafat hinter die Kompromißlinie von Camp David zurückzudrängen.

Sharon hat gegenüber seinen Vorgängern den Vorteil, daß er sich formell von einem Frieden mit den Palästinensern verabschiedet hat. In einem Interview am 12. April in der Zeitung »Ha'aretz« billigte er den Palästinensern 42 Prozent des besetzten Gebietes zu. »Vielleicht ist etwas mehr möglich. Im Rahmen eines ›non-belligerency«-Abkommens, über einen langen und nicht definierten Zeitraum, in einem Abkommen, das keinen Zeitrahmen, aber dafür eine Liste von Erwartungen enthält.« Ein solches »Nicht-Kriegszustands-Abkommen« würde die Palästinenser zwingen, sich auf unbestimmte Zeit mit der fortdauernden Okkupation abzufinden und auf ihr völkerrechtlich garantiertes Widerstandsrecht zu verzichten.

Weiter betonte Sharon in diesem Interview, daß keine einzige Siedlung aufgelöst werde. »Es ist kein Zufall, daß die Siedlungen dort sind, wo sie sind. ... Solange es keinen Frieden gibt, sind wir dort. Und wenn es in der Zukunft, mit Gottes Hilfe, Frieden gibt, gibt es keinen Grund mehr, nicht dort zu bleiben.« Sharon sprach sich unmißverständlich gegen eine von der Arbeitspartei befürwortete Trennung von den Palästinensern aus. »Meiner Meinung nach gibt es diese Möglichkeit praktisch gar nicht. Ich habe immer gesagt, daß es möglich ist, mit den Arabern zu leben.« Selbst die Siedlungen im Gaza-Streifen hält Sharon aus Sicherheitserwägungen für unverzichtbar.

Auch innenpolitisch setzt die Sharon-Regierung die ideolo-gische Aufrüstung fort. So heißt es in den »Richtlinien der Regierung der nationalen Einheit«: »Die israelische Regierung mißt den zionistischen nationalen Zielen oberste Priorität bei.« Und im nächsten Absatz: »Die Regierung wird mit der ›Jewish Agency« und der ›World Zionist Federation« die Immigration nach Israel fördern. Die Ausbildung der jungen Generation in der Diaspora mit jüdisch-zionistischen Werten soll intensiviert werden ..., um die Einheit der jüdischen Nation und Israel zu stärken, um dadurch den jüdischen, zionistischen und demokratischen Charakter des Landes zu sichern.«

Arafat weiß, was er von einem Ministerpräsidenten zu erwarten hat, der ihn kürzlich wieder einen »notorischen Lügner«, »Mörder« und »Anführer einer Terroristenbande« genannt hat. Für Sharon kommen Verhandlungen unter »Beschuß«, »Gewalt und Terror« nicht in Betracht. Dem PLO-Chef bleibt nur die Verurteilung und Verhinderung von Gewaltanwendung, um überhaupt wieder mit Israel ins Gespräch zu kommen. Er ist auf die Forderung des CIA-Direktors George Tenet nach einem Waffenstillstand eingegangen. Der ehemalige US-Senator

George Mitchell hat im Auftrag der US-Regierung die Umstände untersucht, die zum Ausbruch der Al-Aqsa-Intifada geführt haben. Auch Ägypten und Jordanien starteten Mitte April eine Initiative, um einen Ausweg aus der verfahrenen Situation aufzuzeigen. Obwohl sich beide Dokumente in vielem ähneln, wurden die ägyptisch-jordanischen Vorschläge von Israel wegen angeblicher Einseitigkeit rundweg zurückgewiesen. Der »Friedensnobelpreisträger« Peres ließ sich mit den Worten zitieren, daß er »keinen Vorschlag irgendeines Arabers akzeptieren muß«.

Beide Dokumente fordern einen »Waffenstillstand«, eine Periode der Ruhe, vertrauensbildende Maßnahmen, die Wiederaufnahme der Sicherheitskooperation im Gegenzug zur Einstellung des Siedlungsbaus und ein Ende des »Terrorismus«, sprich der Intifada, sowie eine Rückkehr an den Verhandlungstisch. In der jordanisch-ägyptischen Initiative wird der Rückzug der israelischen Truppen in ihre Stellungen vor Ausbruch der zweiten Intifada vorgeschlagen, im Mitchell-Bericht heißt es, Israel solle dies in Betracht ziehen.

»Terrorismus« wird im Report als rein palästinensisches Phänomen bewertet, der Terror der Siedler und der Staatsterror der Israelis in Form des Einsatzes schweren militärischen Gerätes gegen Unbewaffnete dagegen ausgeblendet.

Beide Initiativen liegen im Interesse Israels, wie der Sprecher der Palästinensischen Widerstandskomitees (PRC), Abu Bakr Qasem, in einem Interview mit »Middle East International« vom 18. Mai 2001 betonte. Eine »Bilanz des Terrors« der israelischen Besatzung zeige, daß sie viel mehr Gewaltaktionen verübe als die Palästinenser, deshalb müßten diese den Widerstand ausweiten. Es könne in Sicherheitsfragen nur zwischen Gleichen eine Zusammenarbeit geben. »Wenn Israel uns eine Liste von Personen übergeben will, die Israelis getötet haben, können sie dies tun, wenn wir ihnen auch eine Liste von Personen übergeben dürfen, die mehr als 150 Kinder und 20 führende Aktivisten erschossen haben.«

Sharon vereinnahmte den Mitchell-Bericht für seine politischen Zwecke. Er fordert von Arafat die Durchsetzung einer bedingungslosen Waffenruhe, die er sogleich einseitig verkündete. Doch die Armee fiel Tag für Tag in den Gaza-Streifen ein, tötete Menschen, zerstörte Häuser und Felder der Palästinenser.

Als sich am 1. Juni in Tel Aviv ein palästinensischer Selbstmordattentäter in die Luft sprengte, 21 israelische Jugendliche mit in den Tod riß und über Hundert verletzte, schlug die Stimmung erneut zu Ungunsten der Palästinenser um. Israel konnte sich einmal mehr als »Opfer« der palästinensischen Aggression darstellen, nach einer möglichen Mitschuld der Israelis aufgrund ihrer Besatzungspolitik fragte niemand mehr. Der PLO-Chef mußte unter enormem diplomatischem Druck in einer Erklärung die Gewalt verurteilen und deren Einstellung zusichern.

Arafat hat sich nach Ausbruch der Intifada von den Ereignissen treiben lassen. Dadurch ist er diplomatisch in die Defensive geraten und hat sich international isoliert. Bisher hat er vergeblich versucht, eine Einladung ins Weiße Haus zu bekommen. Dagegen war Ariel Sharon bereits Anfang April und Ende Juni zu Gast in Washington. Zwischen Bush und Sharon scheint in wichtigen politischen Fragen weitgehende Übereinstimmung zu bestehen: Beide bedienen sich der Sprache des Kalten Krieges und fühlen sich bedroht vom »internationalen Terrorismus«, den sie mit »islamischem Terrorismus« gleichsetzen. Beide sehen den Irak und den Iran als größere Gefahr für die Sicherheit und Stabilität der Nahostregion als das Palästinenserproblem.

Die Bush-Administration hat sich vom Terminus »Friedensprozeß« verabschiedet. Colin Powell wies das Außenministerium an, ihn durch »Friedensverhandlungen« zu ersetzen. Die Rolle Amerikas veränderte sich nach Einschätzung der Regierung: Unter Bush senior waren die USA ein »Katalysator für den Frieden«, unter Clinton ein »ehrlicher Makler« und unter Bush junior »Förderer für Friedensverhandlungen«, der nur »assistieren, aber nicht insistieren« wolle. Vor Wiederaufnahme der Verhandlungen müssen nach Ansicht der USA und Israels »Gewalt« und »Terrorismus« eingestellt werden.

Unter diesen Voraussetzungen scheint die Vermittlungsmission des amerikanischen Außenministers von Ende Juni zu einer »Demonstration amerikanischer Parteilichkeit für Israel zu verkommen«, wie Victor Koher in der »Neuen Zürcher Zeitung« vom 26. Juni schrieb. Powell erklärte in einer Rede vor dem American Israeli Political Action Committee (AIPAC), der einflußreichsten Lobbygruppe für Israel in den USA, daß die USA keine Politik der Ausgewogenheit verfolgen und auch keinen Druck auf Israel ausüben werde. Auch würden die USA keine UN-Resolution unterstützen, die einen internationalen Schutz der Palästinenser verlangen würde.

Damit dokumentierten die USA einmal mehr, daß sie Israels Politik, die Intifada zu unterdrücken und die Autonomiebehörde zur Kapitulation zu treiben, billigen, während sie gleichzeitig Israel den Rücken von internationaler Kritik freihalten. Die Regierung hat Israel wiederum massive militärische Unterstützung zugesagt, um Amerikas Vormachtrolle im Nahen Osten abzusichern und mit amerikanischen Waffen die Kolonisierung Palästinas voranzutreiben.

Wer im Westen gehofft hat, daß eine israelische Regierung wirklich Frieden mit den Palästinensern anstrebt, verkennt die Ziele des Zionismus, auf die sich die alten Männer in ihrem letzten Kampf berufen.

Die jüngste Entwicklung vor Ort stimmt pessimistisch. Wie den Palästinensern ihr Land genommen wird und wie ein möglicher »Palästinenserstaat« einmal aussehen könnte, dokumentieren die folgenden Karten.

9. Die territoriale Realität des Friedensprozesses

Die im folgenden erläuterten Karten demonstrieren das Ausmaß der Problematik, die der »Friedensprozeß« den Palästinensern gebracht hat. Die Frage, was ihnen von den besetzten Gebieten bleibt, beschäftigt sie nunmehr fast 34 Jahre. (vgl. Karte 3) In Deutschland wird kaum bedacht, wieviel Land ihnen in diesem Zeitraum entzogen worden ist. Die Karte aus der Zeit vor dem Sechstagekrieg dokumentiert die offizielle palästinensische Position, die auch der UN-Resolution 242 entspricht. Damals stand die Westbank unter jordanischer Souveränität und der Gaza-Streifen unter ägyptischer Verwaltung.

Die »Grüne Linie« trennt die Westbank einschließlich Ost-Jerusalem von Israel; die sogenannte Kendall-Linie markiert die Grenze für das geplante palästinensische Ost-Jerusalem. Dieses dringend benötigte städtische Zentrum für die Westbank ist neben ausreichenden Wasservorräten eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau eines eigenständigen palästinensischen Staatswesens. Bei der prognostizierten Verdoppelung der palästinensischen Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren ist die Entwicklung einer eigenständigen Landwirtschaft dringend geboten. Ohne Zugang der Palästinenser zum Wasser des Jordan und zu Grundwasserreserven wäre dies unmöglich.

Die Karte weist die am stärksten bevölkerten Regionen aus; ihre Fläche entspricht ungefähr der des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Das Straßensystem verbindet die bewohnten Regionen mit Ost-Jerusalem, dem wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum der Palästinenser.

Diese Karte vergegenwärtigt die Entwicklung von knapp 30 Jahren. Die »Grüne Linie« gilt nicht mehr als Grenze zwischen zwei souveränen Einheiten, sondern als Abgrenzung zu den »verwalteten Gebieten«. Ost-Jerusalem ist in israelisches Hoheitsgebiet eingemeindet worden. Im Laufe der Besatzungszeit hat sich Israel die gestrichelten Gebiete, die 50–60 Prozent der Westbank ausmachen, durch Militär- oder Zivilgesetzgebung als Staatsland angeeignet. Da es keine arabische Verwaltung gibt, die die wirtschaftliche Entwicklung hätte befördern können, konnte die israelische Regierung der Öffentlichkeit diese Enteignungsform relativ einfach vermitteln. Die palästinensischen Wohn- und Siedlungsgebiete wurden zunehmend voneinander isoliert. Karte 4 zeigt deutlich den »Konflikt zwischen dem Bemühen der Israelis, seinen souveränen Anspruch auf das ganze Land durchzusetzen, und der Notwendigkeit für die Palästinenser, die arabische Souveränität wiederherzustellen, um das Potential der natürlichen Ressourcen der Westbank und von Gaza zu entwickeln«⁴⁸. Die vier Autonomiekonzepte für Palästina, die im folgenden vorgestellt werden, basieren auf der Entwicklung, die sich in den Karten 1–4 widerspiegelt.

Plan A zeigt den bekannten Allon-Plan, genannt nach dem ehemaligen Arbeitsminister Yigal Allon. Dieser Plan sah die Rücküberstellung des größten Teils der Gebiete unter jordanische Souveränität vor, mit Ausnahme des Jordan-Tals, Groß-Jerusalems und der südlichen Hälfte des Gaza-Streifens. Er entsprach der Siedlungspolitik der Regierungen der Arbeitspartei, obwohl er niemals offiziell gebilligt worden ist. Auf dieser Grundlage wollte sich Israel die zentral gelegenen, strategisch wichtigen und fruchtbaren Gebiete sichern, aber die einheimische Bevölkerung im wesentlichen ausgrenzen.

Der von Ariel Sharon vorgelegte Plan B sah eine weniger starke Abschottung zwischen Israelis und den dicht besiedelten palästinensischen Zentren vor.⁴⁹ Für die Palästinenser sollten vier größere Enklaven bleiben, die sich um die Städte Nablus, Ramallah, Hebron und Gaza konzentrieren, während 90 Prozent der jüdischen Siedler innerhalb des israelischen Staatsgebietes beheimatet werden sollten. Wie der vom israelischen Kabinett Mitte Januar 1998 beschlossene Umgruppierungsplan zeigt, hat sich Sharon mit seinen Vorstellungen zur Kolonisierung der besetzten Gebiete innerhalb der politischen Elite Israels durchgesetzt.

Plan C wurde vom Jaffee-Center für Strategische Studien unter seinem damaligen Leiter Joseph Alpher entworfen. Dieser Plan weist Israels Bereitschaft zum Kompromiß aus, hat aber inzwischen keinerlei Chance, realisiert zu werden, weil die politische Entwicklung fortgeschritten ist. Danach sollten 89 Prozent der besetzten Gebiete unter palästinensische Souveränität fallen, Abschnitte von zentraler Bedeutung für die Palästinenser wie Ost-Jerusalem, die Siedlungsblocks Ma'ale Adumim, Giv'on, Etzion und Shomron wären allerdings nicht dabei.

Plan D nimmt für sich in Anspruch, einen echten Kompromiß zwischen israelischen Sicherheits- und Entwicklungsinteressen und den Vorstellungen der Palästinenser anzubieten. Diese Vorstellungen der Partei des »Dritten Weges«, einer Abspaltung der Arbeitspartei, die sich gegen die Rückgabe des Golan ausgesprochen hat, repräsentieren wohl den größtmöglichen Konsens in Israel. Einer der Vorteile dieses Planes ist, daß er eine »relative Kontinuität« zwischen den von Palästinensern bewohnten Gebieten und den »jüdischen Nachbarn« garantiert. Inspiriert durch den Allon- und Enklave-Plan wollten die Initiatoren die arabischen Wohngebiete weiter einschränken und gleichzeitig der direkten Kontrolle der israelischen Verwaltung entziehen. Mit Ausnahme der Altstadt von Jerusalem sollte Ost-Jerusalem unter autonome Verwaltung der Palästinenser gestellt werden. Außerdem war eine Landstraße vorgesehen, die den Norden mit dem Süden der Westbank sowie Jericho und die Gebiete mit Jordanien verbinden sollte. Stellt man die Eckpunkte von Plan D in einen größeren Zusammenhang, wird die Fragmentierung der Palästinensergebiete deutlicher. In diesem Punkt unterscheiden sich die Vorstellungen der Arbeitspartei nur unwesentlich von denen des Likud-Blocks.

Auf Karte 7 zerfällt das Palästinensergebiet in Kantone. Der erste im Norden zentriert sich um die Stadt Nablus, gefolgt von drei kleineren im Zentrum um die Städte Ramallah, Bethlehem und Jericho und einem südlichen Kanton um die Stadt Hebron. Diese Kantone könnten mit Gaza und Rafah durch einen schmalen Korridor verbunden werden. Allerdings würden Gebiete mit wichtigen Ressourcen von den Kantonen abgespalten. Dazu gehören landwirtschaftlich nutzbare Flächen, Land für Bauzwecke und Wasserquellen. Durch diese Fragmentierung wären Ost-Jerusalem und der Gaza-Streifen benachteiligt, da beide das Potential zur Metropole besitzen, von der aus Handel getrieben und Industrieprodukte exportiert werden könnten.

Der Bezirk Jerusalem machte ursprünglich ein Drittel der Westbank aus. Nach vorliegenden Plänen würde er in drei Fragmente aufgeteilt und nicht mehr als 30 Prozent des

ursprünglichen Gebietes umfassen. Durch die Expansion von jüdischen Siedlungen und den Bau der Umgehungsstraßen würden die palästinensischen Kantone noch stärker fragmentiert und der Lebensraum für die Palästinenser zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan-Fluß weiter zusammenschrumpfen.

Das metropolitane Herzstück der Region, das sich von Ashod im Süden bis nach Netanya im Norden und von dort ostwärts nach Nablus bis nach Efrata im Süden der Westbank erstreckt, ist deutlich sichtbar. Tel Aviv und Jerusalem bilden das ökonomische Rückgrat und Tor zum Hinterland. Das 60 mal 60 Kilometer große Gebiet ist sowohl für Israel als auch für die Palästinenser von zentraler Bedeutung. Dort sollen bis zum Jahre 2010 weitere zwei Millionen Israelis leben (laut Prognosen soll die Bevölkerung um diese Zahl wachsen). Bisher konzentrierte sich das metropolitane Leben auf Tel Aviv oder die Küste, doch die Siedlungen Bet Shemesh, Modi'in und Rosh Ha'ayin können in die Westbank expandieren. Zudem wird die neue Straße Nr.6 von Süden nach Norden gebaut. Das Straßensystem, das die Siedlungen und die militärischen Einrichtungen verbindet, sichert auch nach einer Truppenverlegung die Kontrolle der Palästinenser.

Israel will so viele Siedlungen wie möglich unter seine direkte Kontrolle nehmen: Zirka zehn Prozent der Siedlungen mit insgesamt etwa 7000 Siedlern sind isoliert. Sie würden unter palästinensischer Autonomieverwaltung stehen. An Netanyahus »Allon-plus-Plan« überrascht, daß die Extremistensiedlungen in Kiryat Arba und Hebron von der Annexion ausgeschlossen sein sollen. 95 Prozent der palästinensischen Bevölkerung konzentrieren sich auf zirka 35 Prozent der Westbank. Die Palästinenser können von Israel maximal 40 bis 50 Prozent des Gebietes der Westbank als Autonomiegebiet erwarten.

Der palästinensische Distrikt Jerusalem umfaßt Ramallah, Bethlehem und den Distrikt Jericho. Auf diesen größeren Bezirk zielt der israelische Plan für Groß-Jerusalem, der von einem interministeriellen Ausschuß nach Unterzeichnung des Oslo-Abkommens im Jahre 1994 entworfen wurde. Das bisher nicht veröffentlichte Dokument wird bereits vehement in die Tat umgesetzt, um die ständige israelische Kontrolle zu sichern.

Wie in Karte 9 zu sehen ist, stößt unten links die Straße Nr.367 von Bet Shemesh mit Straße Nr.369 in der Nähe von Efrata zusammen. Beide Straßen grenzen den »Trans-Judea«-Korridor von Siedlungen ein, der um den Etzion-Block gebildet worden ist. Die Straße Nr.3 (im Westen) und Straße Nr.90 (im Osten) mit Straße Nr.5 im Norden bilden einen äußeren Ring um den »Trans-Samaria«-Siedlungskorridor. Ein inneres Straßensystem führt um

Ramallah und Bethlehem herum und verbindet Qiryat Arba (nicht im Bild) im Süden und Efrata mit Shilo und Ariel im Norden (Straße 60). Der zweite innere Siedlungsgürtel wird von Straße Nr.45 begrenzt, die als zukünftige Lebensader gilt.

Diese Projekte wirken sich auf das jüdische und das palästinensische Wachstum in Groß-Jerusalem konträr aus. Die engere Verbindung mit den übrigen israelischen Siedlungen hebt die Isolation auf, so daß Groß-Jerusalem für die Israelis als Zentrum fungieren kann. Zugleich verstärkt sich die demographische und ökonomische Marginalisierung der Palästinenser. Der demographische Druck auf Tel Aviv wird reduziert und nach Jerusalem auf Kosten der Palästinenser umgeleitet. Für sie bleibt nur eine Ausweichmöglichkeit, und zwar entlang der Straße Nr.60, die von Ost-Jerusalem wegführt.

Die palästinensische Bevölkerung im Jerusalem-Distrikt soll sich bis zum Jahr 2010 verdoppeln. Steigt die Anzahl der jüdischen Siedler um Ost-Jerusalem wie geplant von jetzt 300000 auf 800000, wird sich der Anteil der Palästinenser im Distrikt auf 60 Prozent der Gesamtbevölkerung reduzieren, die in nur 30 Prozent des Gebietes konzentriert wären. Im Gebiet, das israelisch bleiben soll (einschließlich der Siedlungen Bet Shemesh, Modi'in und Rosh Ha'ayin sowie West-Jerusalems), würde sich die jüdische Bevölkerung auf 1,6 Millionen erhöhen. Dies entspräche einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit von 60 Prozent. Eine eigenständige palästinensische Wirtschaft könnte sich unter diesen Umständen kaum entwickeln, da sich die geplanten Industrieparks am äußersten Rande des Gebietes in der Nähe der Siedlungen Ofarim, Modi'in und Betar befinden.

Abschließend ein Blick auf die Entwicklung Ost-Jerusalems. Karte 8 zeigt die reale und prognostizierte Ausdehnung der Stadt, einschließlich des Straßensystems. Die gepunktete Linie um die Altstadt von Jerusalem und deren nähere Umgebung markiert das metropolitane Jerusalem. Eine eigenständige palästinensische Entwicklung wurde dadurch unterbunden, daß die Israelis die Stadtgrenzen nach 1967 erheblich erweitert und Ost-Jerusalem de facto annektiert haben; dies wurde erst 1980 durch ein Gesetz nachträglich »legalisiert«. Der nächste Schritt war die Enteignung eines Drittels des neu hinzugekommen Gebietes für »öffentliche Zwecke«, und zwar für den Bau der Siedlungen Ramot und Neve Ya'acov. Da die Israelis angrenzendes Territorium zum »reservierten offenen Gebiet« deklarierten, stehen den Palästinensern lediglich etwas mehr als 15 Prozent Ost-Jerusalems zur Verfügung. Die Wohnungsnot ist dadurch dramatisch gestiegen.

Die »Judaisierung« Ost-Jeruselems schreitet voran. Für die dauerhafte Sicherung der Stadtviertel kommt den Siedlungsblocks rund um die Stadt größte Bedeutung zu. Im Augenblick wird mit der Siedlung Har Homa der Ring geschlossen. Würden, wie beabsichtigt, weitere 120000 Siedler nach Ost-Jerusalem geholt, erhöhte sich ihre Gesamtzahl auf 300000. Parallel dazu versuchen israelische Behörden die wachsende palästinensische Bevölkerung aus Ost-Jerusalem in die Westbank umzusiedeln.⁵⁰ Eine Methode ist die stille »ethnische Säuberung«: Palästinensern wird die Identitätskarte entzogen, die ihr Wohnrecht garantiert, und sie müssen innerhalb von 14 Tagen die Stadt verlassen.

Die Aussicht auf palästinensische »Souveränität« über den Ostteil der Stadt hat sich zunehmend verringert. Eine begrenzte Autonomie wie in der Westbank und im Gaza-Streifen wäre die einzige Möglichkeit für die Palästinenser, die Entwicklung zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Nach der Unterzeichnung des Wye-Memorandums erstellten Yossi Beilin und Abu Mazen den »Beilin-Abu Mazen-Plan« (Karte 10), der eine erhebliche Ausdehnung der Stadtgrenzen Jeruselems vorsieht. Alle Gebiete innerhalb der grauen Linie kämen zu Groß-Jerusalem hinzu, auch die palästinensischen Dörfer Abu Dis und A Ram, die 1967 von Israel nicht annektiert wurden, ebenso die Siedlungen Maale Adumim, Givat Zeev, Efrata und Betar. Dieses metropolitane Jerusalem soll von einem übergeordneten Stadtrat verwaltet werden, der sich aus Israelis und Palästinensern zusammensetzt. Eine Zweidrittel-Mehrheit der Israelis wäre gesichert, da Ramallah und Bethlehem (R und B) nicht einbezogen werden sollen. Ihre Zugehörigkeit wäre jedoch logischer als z.B. die der Siedlung Betar.

Die lokale Verwaltung der fünf Teile wäre dem Stadtrat untergeordnet. Ost-Jerusalem (3), bestehend aus israelischen und palästinensischen Wohngebieten (innerhalb der gestrichelten Linie), sollten von der israelischen Unterverwaltung (1) bzw. der palästinensischen (2) mitverwaltet werden. In der Jerusalemer Altstadt (4) würden sich die israelischen und palästinensischen Wohngebiete selbst verwalten unter lockerer Anbindung an ihre jeweilige Unterverwaltung. Der Haram al-Sharif würde weiter von der islamischen Behörde (Waqf) beaufsichtigt.

Der Geograph Jan de Jong hat auf die Konsequenzen hingewiesen: Mit Annahme dieses Plans würden die Palästinenser alle illegal gebauten Siedlungen in Ost-Jerusalem anerkennen; Israel könnte diesen Teil sowie die Altstadt weiter indirekt kontrollieren. Die Einwohner der eingemeindeten palästinensischen Dörfer würden keine Jerusalem-Identitätskarte erhalten.

Alle künftigen Bauanträge und Entwicklungsvorhaben müßten vom übergeordneten Stadtrat verabschiedet werden. Dies betrifft auch das enteignete Gebiet in Ost-Jerusalem (E 1).

Für die Palästinenser ist ein Bereich am Rande von Abu Dis (2) vorgesehen. E 1 würde ihnen die letzte Gelegenheit bieten, ein zusammenhängendes Wohngebiet zu erhalten. Sie sollten möglichst bald einen eigenen Entwicklungsplan für Ost-Jerusalem aufstellen, auch wenn dieser unter den jetzigen Machtverhältnissen nicht realisiert werden könnte.

In Karte 11 ist der zwischen Beilin und Abu Mazen ausgehandelte Kompromiß über einen Palästinenserstaat umgesetzt. Abu Mazen mußte sich auf Druck der Autonomiebehörde von diesem Plan distanzieren. Er dient den Palästinensern nicht mehr als Verhandlungsgrundlage. Der Plan verdeutlicht, daß die Palästinenser selbst von sogenannten Liberalen Israelis wie Beilin nicht mehr Gebiete erhielten, als ihnen die Extremisten überlassen wollen.